

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Nr. 444

19 .Februar 1998

Hallo!
Da uns bergeweise Post erreicht hat, mußten wir wieder mal eine enge Auswahl treffen. Wir haben versucht, für euch die textlichen Rosinen rauzupicken und möglichst viele von euch angesprochene Themenbereiche abzudecken.
Zu den Beiträgen:
- Das Papier zu "Sexualisierte Gewalt" ist die überarbeitete Fassung einer Diskussionsqrundlage zu einer Veranstaltung im Dezember ´97 zu einem benannten Vergewaltiger in Oberhausen. Eine Auswertung und Beschreibung liegt im Ordner.
- Fliegenpilz! Bezugnehmend auf deinen Zensurvorwurf - der ist im Ordner gelandet. Den Text haben wir diesmal abgedruckt. Trotzdem haben wir es lieber, wenn Texte weniger lang und besser layoutet sind.
- Die 1.Mai-Diskussion nimmt wie jedes Jahr viel Raum ein. Ansonsten noch einige Ankündigungen und inhaltliches zum Thema Antifa, sowie dies und das und das und dies...
Wir haben ja eigentlich damit gerechnet, daß auch noch was über den Brunnenstraßenkonflikt im Briefkasten landet, aber außer einem diffamierenden Comic, den wir weggeworfen haben, war nix drin. Die näxten Ausgaben erscheinen am 5.3. und 19.März.

Bis dann!!! eure I

P.S. Hiweis: am 5.März ist wieder ein bundesweiter Aktionstag der Erwerbsloaen unter dem Motto: Her mit der Kohle!
– 10 Uhr Landesarbeitsamt Bln. Friedrichstr.39 –
P.P.S. Am Freitag, dem 13.02., klebten gegen 0.00 Uhr ca.10 Nazis Plakate der NPD und JN im Bereich Admiralstr./Kreuzberg 36!Greift ein!!

Herausgeberin: Interim e. v.
Gneisenaustr. 2a 10S61 Berlin
Redaktionsanschrift: s.o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt:

ORDNER: Veranstaltung Qberhausen - Rundbrief 22 des LiFF - Karawane "Geld oder Leben?" nach Genf - Gedanken zum 1.Mai - Zensur in der Interim?

Kundgebung

Für die Würde intersexueller Menschen!

Gegen Geschlechtsnormierungen im medizinischen Bereich!

21. Februar 1998 um 11:00 Uhr vor dem Charité-Hochhaus

Vom 20.-22.02.1998 findet im Neubau Hörsaalkomplex der Charité das 3. Symposium für Kinder- und Jugendgynäkologie statt.

Im Zentrum stehen die Differenzierung von Normvarianten, echte Pathologie und präventive Auf-gaben. Veranstalter sind die AG Kinder- und Jugendgynäkologie (Vorsitz: Prof. Dr. med. H.-G. Dörr, Erlangen) in Zusammenarbeit mit der Österreichischen und der Schweizer AG Kinder- und Jugendgynäkologie. In der begleitenden Ausstellung präsentieren sich die finanziell unterstützenden Pharma-Konzerne und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. VertreterInnen aus medizinischen Fachgebieten aber auch JuristInnen und VertreterInnen der anwesenden Pharma-Konzerne treffen sich zum interdisziplinären Austausch.

Themen sind u.a. „Wachstums- und Gewichtskurven deutscher Mädchen und Normwerte des Körpermassenindex", „Juristische Aspekte der Schwangerschaftsverhütung bei behinderten und drogenabhängigen Mädchen", „Indikationen zur Sexualhormonbehandlung bei Mädchen" sowie „Intersexualität und genitale Fehlbildungen". Allein aus diesen Beispielen wird deutlich, daß der Kinder- und Jugendgynäkologie die Definition, Prävention und Behandlung geschlechtlicher Normabweichungen ein wichtiges Anliegen ist.

Besonders betroffen von derartiger Behandlung sind intersexuelle Kinder, also Menschen, deren äußere und/oder innere Genitale bei der Geburt als abnorm klassifiziert werden. Die Willkür dieser Klassifizierung wird allerdings an den medizinisch festgelegten Normen deutlich: Bei einer Klitoris bis zu 1 cm wird das Kind als Mädchen - ab einer Penisgröße von 2,5 cm als Junge eingestuft. Auch stellen diese Normen Ideale und nicht statistische Mittelwerte dar. Entsprechend den Normvorgaben gelten 0,4 bis 4% der Gesamtbevölkerung als intersexuell sowie 5 bis 15% der weiblichen Menschen als genital fehl- oder mißgebildet und ganze 70% als vermännlicht.
Im Mittelpunkt unserer Kundgebung soll die Situation hermaphroditischer Menschen stehen. Denn an hermaphroditischen Säuglingen werden bereits im Alter ab drei Wochen genitale Operationen vorgenomen. Zudem werden ihnen hochdosierte Hormonpräparate verabreicht, sie werden häufigen gynäkologischen Untersuchungen über mehr als ein Jahrzehnt ausgesetzt, Blutabnahmen, Urinkontrollen sowie die Dehnung einer künstlich angelegten Vagina folgen.

Die medizinisch nicht notwendigen Behandlungen sind extrem trauma-tisierend, denn neben massiven Integritätsverletzungen kommen strikte Tabuisierungsanweisungen, Reduktion zum Objekt sowie gesamtpersonelle Ablehnung seitens des sozialen Umfeldes hinzu. Lebenslange physische und psychische Schädigungen sind die Folge. Beeinträchtigungen, welche es offiziell zu vermeiden galt, werden dadurch noch verstärkt.

Mit unserer Kundgebung

- konfrontieren wir Ärzte mit den grausamen Folgen ihrer Lehrmeinung und ihres Tun;
- wollen wir Eltern betroffener Kinder zum Nachdenken über den Sinn und Unsinn unfreiwilliger irreversibler Eingriffe in den Körper ihres Kindes bringen;
- weisen wir auf die zerstörerischen Folgen von naiven und stereotypen Klischees geschlechtlicher und körperlicher „Normen" hin;
- nehmen wir den Umgang mit hermaphroditischen Kindern zum Anlaß, um die Illusion der Zweigeschlechtlichkeit zu hinterfragen.

Wir fordern

- Den sofortigen Stop unfreiwilliger und nicht somatisch begründeter körperlicher Eingriffe an hermaphroditischen Kindern;
- Eine Neuorientierung der Medizin in eine Medizin im Sinne der betroffenen Menschen und die Verabschiedung von einer Medizin die die herrschender Vorstellungen von Normalität vollstreckt;
- **Das körperliche und geschlechtliche Selbstbestimmungsrecht für alle**

17:00 Uhr Pressekonferenz und
18:00 Uhr Infoveranstaltung im Senatssaal der Humboldt-Universität
Hauptgebäude der HUB, Unter den Linden 6

Randale wegen Besuch von Kanther an der FU

Drei Personen festgenommen

BERLIN (I.B.) Am Rande einer Veranstaltung mit Bundesinnenminister Manfred Kanther kam es gestern abend vor der Silberlaube der Freien Universität zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und etwa 250 Gegendemonstranten. Wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte seien drei Personen vorläufig festgenommen worden, teilte die Polizei mit.

Kanther hatte auf Einladung der Jungen Union Zehlendorf und des Rings christlich-demokratischer Studenten (RCDS) im Café „Galileo" in der Silberlaube über die „Innere Sicherheit in Deutschland" referiert und sich anschließend einer Diskussion mit etwa 100 Studenten gestellt. Vor dem Gebäude waren mehrere Hundertschaften Polizei zur Sicherung der Veranstaltung zusammengezogen worden. Im Eingangsbereich der Silberlaube hielten sich etwa 200 Demonstranten auf, weitere 50 versammelten sich vor der etwa 150 Meter entfernt liegenden Rostlaube. Beide Gruppen wurde durch Polizeiabsperrungen voneinander getrennt.

Zu der Gegendemonstration hatte die sogenannte „AusländerInnen-Liste", eine Gruppe ausländischer Studenten an der FU, aufgerufen. Damit wolle man auf die ausländer- und minderheitenfeindliche Politik des Innenministers aufmerksam machen, hieß es bei den Veranstaltern.

Tagesspiegel, 12.2.1998



Polizei räumt auf: Riesen-Razzia am Hermannplatz

Von JULIANE BERNDT

Neukölln – **Hermannplatz, gestern um 16 Uhr: Großrazzia im Berufsverkehr. Unten auf dem U-Bahnhof fischen 60 BVG-Kontrolleure reichlich Schwarzfahrer aus den Zügen. Oben auf dem Platz überprüfen noch mal so viele Polizisten Drogenhändler und andere Verdächtige.**

Es war der erste Großeinsatz im Rahmen des am Vortag gestarteten „Berliner Modells". Mehr Grün auf der Straße hatte Polizeipräsident Hagen Saberschinsky versprochen, „Null Toleranz" Innensenator Jörg Schönbohm als Erfolgsformel aus New York mitgebracht. Dort wurde bei Großrazzien auf bestimmten Strecken jeder dritte Fahrgast als Schwarzfahrer enttarnt. Wenige Monate und viele Einsätze später hatte sich die harte Gangart ausgezahlt. New York gilt heute als sicherste US-Millionenstadt.

Der Hermannplatz – ein Brennpunkt des Verbrechens. Polizeirat Lars Neumann vom Abschnitt 54 zur BZ: „Wir wollen hier endlich die Drogenszene zerschlagen. Vor allem Marihuana wird vertrieben. Mit Hilfe des Berliner Modells werden wir ab jetzt präsenter sein können." Bisher, so der Beamte, waren maximal 20 Uniformierte gleichzeitig vor Ort: „Ab sofort werden es deutlich mehr sein."

Unbescholtene Bürger fanden die Razzia in Ordnung. „Endlich sieht man hier mehr Polizisten, da fühlt man sich gleich sicherer", so ein Fahrgast.

Bilanz: 8378 Überprüfungen, 108 Anzeigen – unter anderem wegen Betrug, Urkundenfälschung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Drogenhandel. Sechs illegale Ausländer wurden festgenommen.

Am Abend weiteten sich die Kontrollen auf Lokale in der nahen Hobrechtstraße aus. Unterm Strich stand aber schon fest: „Null Toleranz" und „Berliner Modell" haben ihre Feuerprobe bestanden.

BZ, 13.2.1998

Einkaufszentrum im Herzen von SO 36

An der Ecke Cuvrystraße und Schlesische Straße im Bezirk Kreuzberg wird das geplante Einkaufszentrum nun doch gebaut – allerdings erheblich kleiner als ursprünglich vorgesehen. Auf insgesamt 10 000 Quadratmetern Verkaufsfläche entstehen ein Baumarkt von 7 000 Quadratmetern sowie ein SB-Warenhaus von 3 000 Quadratmetern. Gegen das Ursprungsprojekt, das eigentlich doppelt so groß werden sollte, hatten Anwohner, Händler und die Kreuzberger Bündnisgrünen unter anderem mit 6 000 Unterschriften erfolgreich protestiert. Ihr Hauptanliegen war dabei, den vorhandenen Einzelhandel zu schützen. Ein daraufhin angefertigtes Gutachten der Forschungsstelle für den Handel wies 13 500 Quadratmeter als neue Obergrenze für die Verträglichkeit des Einzelhandels im Kiez aus.

Die Botag gibt sich nun mit besagten 10 000 Quadratmetern zufrieden und bietet die jetzt frei werdenden Areale des Hauses zur Ansiedlung von Gewerbe. Junge Firmen sollen laut Aussage der Botag mit Sondermieten von 12 DM pro Quadratmeter günstige Startkonditionen erhalten. Baubeginn wird vermutlich in der zweiten Jahreshälfte sein.

D.P.

Tagesspiegel, 15.2.1998

Brandanschlag auf Baufahrzeug in Friedrichshain

FRIEDRICHSHAIN (weso). Durch einen Brandanschlag ist in der Nacht zu gestern ein Radlader schwer beschädigt worden. Das Fahrzeug stand auf einer Baustelle auf einem Hinterhof der Rigaer Straße 27. Gegen 1.30 Uhr gestern früh beobachtete ein Zeuge eine dunkle Gestalt an dem Radlader. Unmittelbar danach seien Flammen aus dem Führerhaus geschlagen, berichtete ein Polizeibeamter. Der Täter konnte entkommen. Das Fahrerhaus brannte aus. Der Sachschaden konnte bisher nicht beziffert werden. Angeblich soll in der Vergangenheit bereits mindestens ein Brandanschlag in diesem Bereich verübt worden sein.

Tagesspiegel, 16.2.1998



Initiative „Kein Mensch ist illegal" c/o FFM, Gneisenaussr.2a, 10961 Berlin

Initiative „Kein Mensch ist illegal"
c/o FFM
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

an:
in Berlin tätige Beratungs-, Unterstützungs- und Betroffenen-Gruppen von und für Flüchtlinge

Berlin, 09.02.98

betr.: Bundesratsbeschluss vom 6.2.98 zur Streichung der Sozialgelder für Flüchtlinge mit Duldungsstatus - genannt „Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes"

liebe Leute,

Am 6.2.98 hat der Bundesrat beschlossen, für einen großen Teil hier lebender Flüchtlinge die Unterstützungsleistungen ganz zu streichen, um sie zur sogenannten „freiwilligen Ausreise" zu zwingen.
Damit gibt die Bundesrepublik den bisher noch geltenden Grundsatz ihrer Sozialpolitik endgültig auf, nämlich dass alle hier lebenden und hierher geflüchteten Menschen in existenzieller Not einen Anspruch auf Unterstützung besitzen. Dieser Anspruch bemaß sich an einem Existenzminimun auf der Grundlage des Sozialhilfesatzes. Mit der Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes 1997 wurde diese Grundlage für die meisten Flüchtlinge während der ersten drei Jahre , auch für die aus Kriegs- und Krisengebieten Geflohenen, schon so ausgehöhlt, dass zweierlei Maß für die Menschenwürde, zweierlei Kategorien von Menschen hier rechtlich verankert wurden. Die jetzt im Bundesrat verabschiedete „Novellierung" bedeutet nicht nur die noch weitere Reduzierung von Leistungen, sondern eben die völlige Streichung von Geldern und sogar von Sachleistungen, die Flüchtlinge sollen höchstens noch die Fahrkarte und das Butterbrot für die „Heimreise" bekommen.
Das Gesetz schafft im Nachhinein auch die Rechtsgrundlage für die vielen ungesetzlichen Schikanen und Drohungen mit dem völligen Leistungsentzug, denen schon jetzt viele Flüchtlinge mit Duldungsstatus von den Ämtern ausgesetzt wurden und werden, um sie zur „freiwilligen" Ausreise zu zwingen. Wenn aber dieses Gesetz auch den Bundestag passiert hat, wird für hunderttausende von Flüchtlingen - abgelehnte AsylbewerberInnen mit sog. Abschiebehindernissen und alle Flüchtlinge und Flüchtlingsfamilien mit Duldungsstatus einschließlich Kriegsflüchtlingen, darunter die bosnischen, die albanischen und die Roma-Flüchtlinge, die algerischen, die somalischen und andere aus afrikanischen Krisenregionen geflüchtete Menschen - nur noch die Alternative der sog. freiwilligen Ausreise oder eines Lebens

Postadresse: Initiative „Kein Mensch ist illegal" c/o FFM, Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin; Fax: 0561/71 43 58 (BARI Kassel); Telefon: 0172-891 08 25 (Di 18-21 Uhr); Mailto: grenze@ibu.de; Im World Wide Web: http://www.contrast.org/borders; Spendenkonto: Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V., Stichwort „Kein Mensch ist illegal". Berliner Sparkasse BLZ 100 600 00, Kto.Nr. 61 00 24 264

in Verelendung und Illegalisierung bestehen. „So wird Sozialrecht zum Brandbeschleuniger des Ausländerrechts - gnadenlos effektiv, lautlos und billiger als alle polizeilichen Abschiebemaßnahmen", schreibt dazu Vera Gaserow am 5.2. in der taz. Egal, für wie viele Menschen der Ausreiseweg versperrt ist, die in ihre Heimat nicht mehr können, weil ihnen dort Hunger, Verfolgung, Knast oder Ermordung drohen - Flüchtlinge mit Duldungsstatus gelten nach dem neuen Gesetz generell als ausreisepflichtig, ihr Bestehen auf ihrem Recht, hier zu leben, macht sie zu SozialbetrügerInnen und Kriminellen.
Seit dem sog. Asylkompromiss 1993 werden immer mehr geflüchtete Menschen in die von oben kalkulierte und geplante Illegalisierung getrieben. Mit dem neuen Gesetz wird sie noch größere Ausmaße annehmen, die für das gesamte soziale und ökonomische Leben dieser Gesellschaft bestimmend sein werden: eine parallele, ent-rechtlichte und jederzeit kriminalisierbare Schattengesellschaft wird immer mehr zur Grundlage für die Ausbreitung von Ausbeutungs- und Gewaltverhältnissen auch in der offiziellen Gesellschaft, die sich demokratisch nennt.

Wir schließen uns dem Vorschlag der „Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz" an, dass ein möglichst **breites Bündnis von Betroffenen- und Unterstützungsgruppen** sich zusammensetzen und darüber beraten sollte, wie gegen die Durchsetzung dieses neuen Gesetzes der Unmenschlichkeit Widerstand entwickelt werden kann.
Denn: **KEIN MENSCH IST ILLEGAL -**
keine Ent-Rechtlichung, gleiche Rechte und Menschenwürde gelten für alle !!

Die Ini gegen das Asylbewerberleistungsgesetz lädt euch ein, zu einem ersten Treffen in Berlin am **Dienstag den 17.2.98 um 19 Uhr im Mehringhof**, Gneisenaustr.2a, in den **Versammlungsraum** zu kommen.

Berliner Koordination von kein mensch ist illegal



Drohung für 40 000 Ausländer

Schönbohm zur Verschärfung bei Asylleistungen: „Unser Land ist kein Paradies mehr"

VON HANS TOEPPEN

BERLIN. Die angestrebte Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes könnte in Berlin nach Angaben von Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) rund 40 000 Personen betreffen. Die vom Bundesrat gestern befürwortete Kürzung von Leistungen droht allen Ausländern, die behördlich zur Ausreise verpflichtet sind. Dies könnte theoretisch auch für die Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien gelten, sagte Schönbohm dem Tagesspiegel. Es sei aber nicht damit zu rechnen, daß ihnen „über Nacht alle Unterstützungen gestrichen werden". Die Drohung, die Leistungen zu beschneiden, solle vielmehr vor allem in die Zukunft wirken.

„Wir müssen verhindern, daß Sozialhilfeflüchtlinge etwa aus Italien oder anderen Ländern zu uns kommen", sagte Schönbohm weiter. Die vom Bundesrat unterstützte Gesetzesinitiative des Landes Berlin sei ein „wichtiger Schritt, um zu zeigen, daß unser Land nicht mehr das Paradies ist, für das es gehalten wird". Würde das Rechenmodell des Innensenators tatsächlich bei 40 000 Personen zur Streichung von Leistungen führen, könnte dies für den Landeshaushalt nach Schönbohms Angaben gut eine halbe Miliarde Mark ausmachen. Die Innenverwaltung rechnet pro Monat mit 1300 bis 1400 Mark pro Empfänger.

Nach Angaben von Staatssekretärin Verena Boutalikakis aus der Sozialverwaltung sollte mit dem Berliner Vorstoß ursprünglich nur das Asylbewerberleistungsgesetz an das Bundessozialhilfegesetz angepaßt werden. Auf Sozialhilfe haben Ausländer nämlich gesetzlich keinen Anspruch, wenn „sie sich in die Bundesrepublik Deutschland begeben haben, um Sozialhilfe zu erlangen". Das heißt, nach einer Einzelfallprüfung können die Gemeinden bei einer entsprechenden Einstufung ihre Leistungen beschneiden oder streichen. Eine solche Streichung sehen die Asylbewerberleistungen – 80 Prozent der Sozialhilfesätze – aber bisher nicht vor: „Eine Ungerechtigkeit der Leistungsgesetzgebung", wie Butalikakis sagt.

Als Beispiel führte ihre Senatorin Beate Hübner (CDU) gestern vor dem Bundesrat rund 800 Menschen aus Ex-Jugoslawien an, die im vorigen Jahr illegal nach Berlin gekommen seien und Unterstützung in Höhe von zehn Millionen Mark erhalten hätten.

Im Bundesrat ist der Berliner Gesetzesvorstoß schließlich noch verschärft worden. Der Leistungsentzug droht jetzt auch allen Ausländern, die nicht abgeschoben werden können, weil sie ihre Pässe vernichtet haben und damit ihre Herkunft verschleiern. Schönbohm führt dazu das Beispiel von Hamburg an, wo es etwa 5000 Afrikaner ohne Ausweispapiere gebe.

Kriterium: Kein Paß und keine freiwillige Ausreise

Ferner sollen alle Empfänger betroffen sein, die zwar eine Ausreise-Aufforderung erhalten haben, die Bundesrepublik aber nicht verlassen. Als Beispiel nennt Schönbohm etwa Vietnamesen ohne Aufenthaltsstatus. Sie können nur nach einem umständlichen Verfahren abgeschoben werden.

Wenn das Gesetz den Bundestag passiert, müßten die Sozialämter ihre Klienten künftig überprüfen. Als Beispiel für eine denkbare Streichung nannte Butalikakis einen „30jährigen Bosnier aus Tuzla oder Sarajewo, der nicht traumatisiert ist und dessen Heimreise keine anderen tatsächlichen Hindernisse entgegenstehen".

Bei einer traumatisierten Frau aus Bosnien dagegen, „die in Behandlung ist, wird das Sozialamt sicherlich prüfen, ob der Rückkehr nicht anerkannte Hindernisse entgegenstehen". Der Gesetzentwurf bedeute jedenfalls nicht, daß Leistungen automatisch gestrichen werden sollten. Jede Einzelfallprüfung könne auch ergeben, daß die Unterstützung unverändert bleibe.

Tagesspiegel, 7.2.1998

Hände Weg vom Golf !!!
Tod dem US -Imperialismus

DEM
KRIEG ★ KRIEG

Bei Angriff auf den Irak :
18.oo Gedächniskirche

ANTIFA HA-HA-HA!?

Am 24.01.1998 sind wir, wie auch einige andere, nach Dresden gefahren, um den Faschisten offensiv gegenüberzutreten und ihren Aufmarsch zu verhindern. Dies ist nicht mal im Ansatz gelungen. Mit einer entschlossenen, lautstarken Demonstration von ca. 1000 durchgehend militanten Nazis dominierten sie unserer Meinung nach eindeutig das Geschehen an diesem Tag. Auf Platz zwei folgten die Schergen die sich alle Mühe gaben, die Goldmedaille zu erringen. So waren sie in der ganzen Innenstadt zahlenmäßig dermaßen präsent, daß keine Zweifel über ihr Anliegen aufkommen konnten. Weit abgeschlagen folgte als dritte Partei das Bündnis gegen Rechts und die von ihm organisierte Gegendemo, die von ihrem Charakter her eher an einen Spaziergang erinnerte. Von entschlossenem Auftreten keine Spur.
Wie konnte es zu so einer Situation kommen?

Uns drängen sich folgende Fragen auf:
War die Demo falsch organisiert ? Oder w[illegible] eine Demo die richtige Aktionsform unter den gegebenen Bedingungen?
Unserer Meinung nach war und ist eine Demo fast in allen Fällen richtig. Sie muß dann aber auch als Grundlage für darauf folgende Aktionen genutzt werden. Und gerade das fand nahezu nicht statt! Nur einige Gruppen kamen in unmittelbare Nähe der Nazis und zeigten damit, daß es möglich war durch die massiven Bullensperren zu kommen. Warum also waren wir so Wenige am Treffpunkt der Faschisten? Von der Vorbereitung her war die Gegendemo unserer Meinung nach relativ gut organisiert und durchdacht, wofür wir dem Bündnis eindeutig danken wollen. Uns fielen allerdings zwei Mankos auf. Das Koordinationsbüro hätte durchgehend erreichbar und arbeitsfähig sein müssen. Außerdem hätte die Routenänderung des Faschistenumzugs allen bekannt gemacht werden müssen, aber das nur am Rande.
Warum kamen so wenig Menschen in Dresden zusammen, um den Faschisten zu zeigen, was sie von ihnen halten?
Der Termin war lange genug bekannt. Es kann also niemand sagen, daß alles viel zu kurzfristig war. Trotzdem kamen nur ca. 1000 Menschen zusammen. Dies halten wir für erschreckend. So stellt sich unter anderem die Frage, warum es in einer Großstadt wie Dresden scheinbar nur ein sehr geringes antifaschistisches Potential gibt. Aber dies ist wohl ein noch viel weiterreichendes Problem, daß nicht nur Dresden betrifft.
Wurde falsch oder zu wenig mobilisiert?
Wir fanden den Aufruf zu einer bundesweiten Antifademo von der Begründung her sehr einleuchtend. So wurde auf die Situation in Dresden und Sachsen aufmerksam gemacht, die unter anderem dadurch gekennzeichnet ist, daß die NPD/JN dort den mitgliederstärksten Landesverband hat und diese Region verstärkt zum zentralen Aktionsgebiet der Faschisten ausgebaut werden soll. Außerdem wurde auf die vergleichbare Situation zur Zeit der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht in München hingewiesen, wo es zum größten Naziaufmarsch seit Ende der 60er Jahre gekommen war. Grund genug also die schon lange bekannten Bestrebungen der Nazis zur Organisierung einer weiteren öffentlichkeitswirksamen „Großdemonstration" ernst zu nehmen. Nach unserem Wissen gehen wir weiterhin davon aus, daß die Aufrufe flächendeckend verbreitet wurden.
War die Situation im Vorfeld der Demo zu unklar und damit für viele Gruppen abschreckend?
Richtig ist, daß sowohl die antifaschistische Demo als auch der Naziaufmarsch erst am Donnerstagabend endgültig genehmigt wurden. Doch es war offensichtlich, daß die Nazis auf jeden Fall einen Aufmarschversuch unternehmen würden. Damit war doch auch klar, daß wir zahlreich vor Ort sein müssen, um dies zu verhindern, oder nicht?
Ist die Antifabewegung mittlerweile soweit, daß sie ihr Tun von juristischen Entscheidungen abhängig macht?
Wir hörten außerdem, daß etliche Menschen nicht nach Dresden fahren würden, da es dort massive Vorkontrollen gäbe. Können solche Vorkontrollen, die mittlerweile scheinbar zur „Normalität" geworden sind, wenn sich antifaschistischer Protest ankündigt, wirklich ein Grund sein, einem so wichtigen Ereignis fernzubleiben?
Hat die Antifabewegung ihre Flexibilität und Spontaneität verloren, die sie lange Zeit auszeichneten?
Selbst wenn das Demonstrationsverbot wirklich abschreckend wirkte, entfiel dies Argument am Donnerstagabend. Dies war über das Info- Telefon in Dresden und auch aus der „Jungen Welt" zu erfahren. Dieser Zeitraum hätte doch ausreichen müssen, um aktiv zu werden. Oder brauchen Antifagruppen neuerdings mehrere Wochen für eine solche Entscheidung?
Dominiert die AA/ BO die bundesweite unabhängi[illegible] Antifabewegung?
Nach unserem Wissen gaben die meisten Gruppen aus der AA/ BO bekannt, daß sie nicht nach Dresden fahren würden. Warum dies so war, bedarf zahlreicher Erklärungen, zu denen wir hiermit aufrufen möchten, um möglich Mißverständnisse auszuschließen.
Unabhängig davon stellt die AA/ BO aber nur einen Teil der Antifa dar. Warum werden Entscheidungen, die weit über diese Organisation hinausgehen, also von ihr abhängig gemacht?
Gab es für Menschen, die sich als antifaschistisch bezeichnen, an diesem Tag wichtigeres zu tun?
Hat es die Antifa verlernt, überregional zu denken und zu handeln? Geht es also nur noch um den Kampf vor der eigenen Haustür?
Oder ist all dies gar nicht wichtig? Läßt sich die fehlende Anwesenheit und Bereitschaft einfach und ernüchternd auf ignorantes Denken und Handeln zurückführen?

Für uns war Dresden ein deprimierendes Erlebnis, das zu vielen Fragen und Überlegungen geführt hat. Wir haben sie bewußt provokant formuliert, um eine hoffentlich lebhafte und konstruktive Diskussion zu entfachen.

WE ONLY GONNA DIE BY OUR OWN IGNORANCE !

Antifa heißt in Bewegung bleiben!

Eine Antifagruppe aus Rostock

Zwei Komponenten

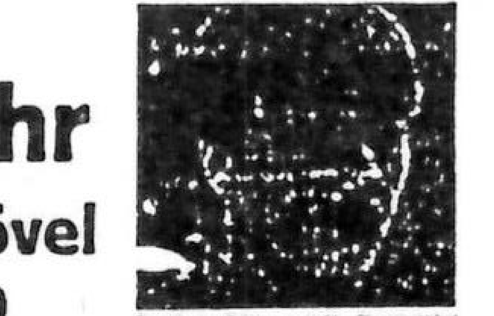


Der Ermittlungs-Ausschuß braucht dringend Geld!
Für Prozeßkostenübernahmen von Angeklagten.
Solipartys, Sammlungen, Einzelspenden – alles ist gut,
Daueraufträge wären optimal!
Sonderkonto: Klaus Schmid
Konto-Nr.: 20610-106 Postbank BLZ: 100 100 10



Dem Nazi-Koch in seine braune Suppe spucken! Demonstration am 07. März 1998 gegen den JN-Funktionär und Nazi-Musik-Vertreiber Dieter Koch, Sprockhövel





Wir rufen für den 07. März 1998 auf, massenhaft nach Sprockhövel zu kommen, um dem einschlägig bekannten Neonazi Dieter Koch die Ruhe für seine Geschäfte zu nehmen. Kochs Geschäft ist der immer größer werdende Markt für rechtsradikale und rassistische Musik. U.a. mit dem Wuppertaler Dieter Schirmer betreibt er in einem Nebengebäude einer Disko in Sprockhövel einen Musikversand. Dieter Koch vertreibt das gesamte Nazimusikprogramm und vertickt „T-Hemden" mit rechtsradikalen Sprüchen. Seine Anzeigen lässt er u.a. in der NS-Postille 'Hamburger Sturm' abdrucken. Außerdem produziert er eigene CD's mit lokalen Nazi-Bands, so auch das Soloprojekt von Steve Bramekamp, der vor Hakenkreuzfahnen in einem dänischen Videomagazin posierte.

Dieter Koch war lange Jahre im Landes- und Bundesvorstand der JN, leitete den JN-Buchdienst und war Herausgeber der JN-Publikation „Einheit und Kampf".

Nach den Verboten der verschiedenen Naziparteien und Gruppen wurde die JN mehr und mehr zum Sammelbecken des gesamten militanten NS-Spektrums. Die JN, gemeinsam mit ihrer Mutterpartei NPD, versucht alle wichtigen Themen der Rechten für sich zu besetzen. Die größte Mobilisierung der JN war der Massenaufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung in München im März 1997, wo sich über 5000 Nazis versammelten. In Dresden marschierten unter den Fahnen der JN über tausend Faschisten.

Eng verknüpft mit diesem offensiven Auftreten ist der Versuch innerhalb der rechten Jugendsubkulturen mit ihrer organisierten Nazipolitik Fuß zu fassen. Das Konzept im ländlichen Bereich oder in Kleinstädten „befreite Nazizonen" durchzusetzen, ist in manchen Gegenden Ostdeutschlands schon bittere Realität. Kader der Neonazis bauen gezielt örtliche Kameradschaften auf, übernehmen Jugendzentren, terrorisieren die linken Jugendlichen und werden zur lebensbedrohenden Gefahr für die in Ostdeutschland lebenden AusländerInnen.

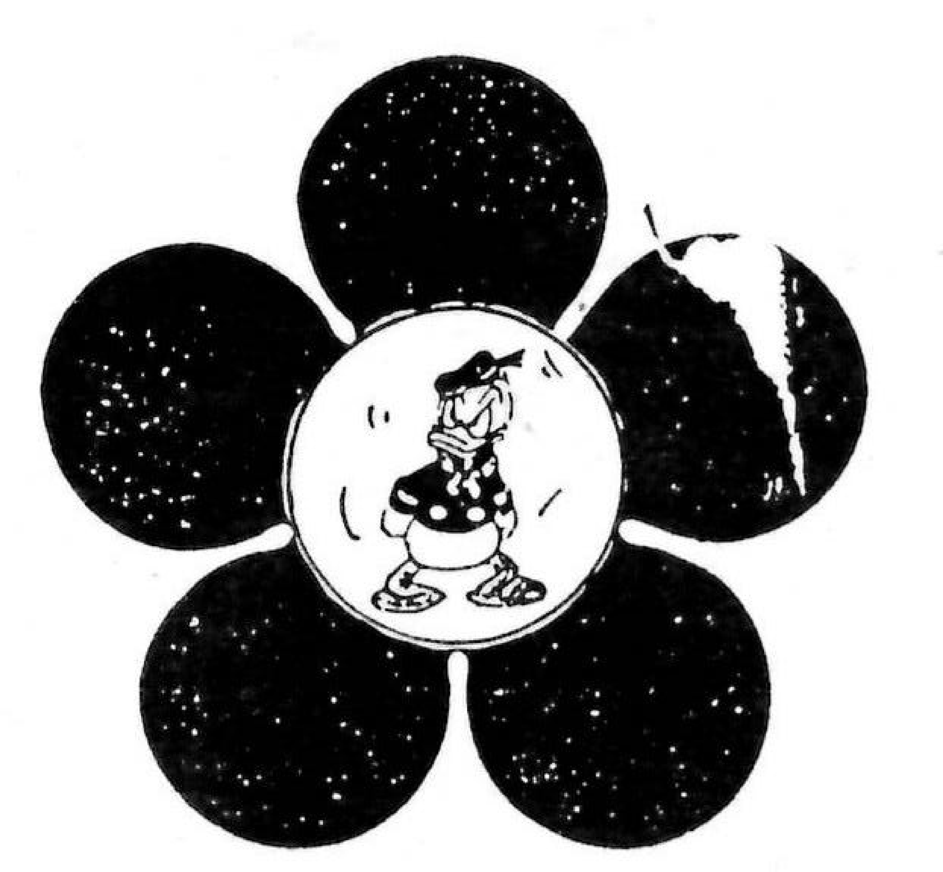
Dieter Koch ist einer der alten JN Funktionäre aus Wuppertal, die auch in schlechten Zeiten den Jungen Nationaldemokraten die Treue gehalten haben. Aus dieser Zeit stammen auch die vorzüglichen Kontakte in alle Spektren der Naziszene und diese Kontakte machen sich im wahrsten Sinne des Wortes bezahlt. Der Rechtsruck in dieser Gesellschaft, hat leider auch einen großen Markt für rassistische Faschomusik geschaffen. Um das Geld der Nazis und rechten Jugendlichen buhlen inzwischen zahllose Firmen, die sich gegenseitig aus dem Feld schlagen wollen. Obwohl die Konkurrenz unter den Nazimusikverlagen groß ist, scheinen alle Verlage gute Gewinne zu machen. Allein in NRW konkurrieren Rockorama aus Brühl, Lemmer in Langenfeld, der Donnerversand in Lüdenscheid und Dieter Koch um die Gunst der Faschisten. Intriegen, gegenseitige Beschuldigungen und Hetzkampagnen unter den Nazimusik-Dealern zeigen, daß es sich lohnt mit Nazimusik zu handeln. Deswegen haben sich fast alle Naziorganisationen einen florierenden Versandhandel mit dieser Art von „Volksmusik" aufgebaut.

Wir bekämpfen die Nazimusik nicht nur, weil sie die Ausdrucksform der Nazisubkultur und der organisierten Neonazis ist. Auch die Inhalte der Musik, die Texte, die Cover, die Interviews und die Liveauftritte sind ekelhaft, frauenverachtend, antisemitisch und rassistisch. Sie sind durch und durch menschenverachtend. Deswegen kämpfen wir gegen die Nazimusiker, ihre Plattenlabels und Produzenten und gegen die Firmen, die die Nazimusik gewinnbringend vermarkten.

Wir wollen Koch aus seiner ländlichen Idylle herausreißen, wo er bisher ungestört war. Wir wollen mit den antifaschistischen Jugendlichen und allen anderen antifaschistisch orientierten Menschen aus der Region zusammen verhindern, daß sich um Wuppertal herum ein brauner Gürtel ausbreitet. Den Nazis in Sprockhövel, Ennepetal, Velbert oder Schwelm dürfen wir keine Ruhe lassen. Wir müssen uns gegenseitig unterstützen, uns vernetzen und gemeinsam zuschlagen.

Kontakt Autonome Antifa c/o Infoladen Wuppertal, Brunnenstraße 41, 42105 Wuppertal
Tel./Fax 0202/311790
Wer die Demo unterstützen will, melde sich bitte bei der Kontaktadresse!
Ein regionales Vorbereitungstreffen ist am Donnerstag 19.02.1998 im Autonomen Zentrum in Wuppertal, Wiesenstraße 11 um 19.3o Uhr!!!

Für alle Interessierten:
Im Rahmen des Antifa-Cafés findet am Freitag 27.02.1998 eine Veranstaltung zum Thema „Nazimusik und ihre Vertrieb-strukturen" (mit regionalem Schwerpunkt) um 19.3o Uhr im Autonomen Zentrum Wuppertal statt



1. Mai

Zusammen schwänzen?

Was tun, wenns brennt...

Antifa heißt meine Gruppe bereitet grad was wichtigeres vor -
Antifa heißt Ausschlafen -
Antifa heißt doch eh nur an den Symptomen rumkurieren -
Antifa heißt mächtig Rumposen -
Antifa heißt hab ich früher mal gemacht -
Antifa heißt Einpacken -
Antifa heißt du ich muß jetzt an mein Privatleben denken -
Antifa heißt hey, ist doch viel zu weit weg -
Antifa heißt müssen sich auch mal andere drumkümmern -
Antifa heißt hab ich jetzt kein Geld für, sorry -
Antifa heißt passiert doch eh wieder nichts -
Antifa heißt Aufpassen
Antifa heißt sich und seine Politik ernstnehmen
Antifa heißt Angriff!
Oder??

Angesichts der aktuellen Befindlichkeit des antifaschistischen Spektrums, bzw. dem desaströsen Erscheinungsbild der Antifa angesichts jüngster Entwicklungen und Aktivitäten des rechtsradikalen/neofaschistischen Lagers, sprach uns der Artikel „Gelaber, Diskussionen, Sprüche, Phrasen!!!" (interim 443) von GenossInnen aus McPomm aus dem tiefsten Inneren unserer roten Herzen - Balsam für die schwarzen Seelen.

Zur Kritik am NPD-Bundesparteitag in Stavenhagen und damit einhergehender antifaschistischer Ignoranz am 10.01.98 ist leider nichts hinzuzufügen - Kurzfristigkeit hin oder her.

Nur zwei Wochen später die nächste Bewährungsprobe für praktischen Antifaschismus: NPD-Demo gegen die „Wehrmachtsausstellung", Hilferuf aus Dresden, daß mit eintausend plus x organisierten Faschos zu rechnen sei, was zum einen realistisch eingeschätzt war (vgl. München), zum anderen hätte verhindert oder zumindest massiv gestört werden können (vgl. Hamburg). Aber außer, daß Hamburg und Dresden bekanntlich an der Elbe liegen, ist ihnen wohl ansonsten nichts gemein, wo sonst waren die rund dreieinhalbtausend entschlossenen Linksradikalen/Antifas vom September vergangenen Jahres? Hatten die DresdnerInnen bundesweit auf tatkräftige und erfahrene Unterstützung gebaut, so kann die praktische Antwort seitens antifaschistischer Zusammenhänge nur als blanke Verarschung bezeichnet werden. Der NPD gelang es denn auch - wie ja hinlänglich bekannt sein dürfte - mit mindestens 1.200 „Kameraden" absolut souverän und äußerst öffentlichkeitswirksam aufzumarschieren, was ihre Position in der Region Ostsachsen (hier allein >1000 Mitglieder) und auch bundesweit (vgl. Mobilisierungserfolg zu Passau: ca. 4.000 Teilnehmer, bedeutend höhere Anfrage, der aus Transportkapazitätsgründen „leider, leider" nicht entsprochen werden konnte) deutlich gestärkt haben dürfte.
Und die Antifa?

Harmlos wie Himbeerpudding.

Nicht einmal 1.000 AntifaschistInnen versuchten sich in Dresden dem Faschomob entgegenzustellen, anderslautende Pressemeldungen dienen doch wohl eher dazu, das Image der sächsischen Elbmetropole wieder ins Lot zu bringen. Weder konnte ein geplanter Durchbruch trotz günstigen Terrains realisiert werden, noch machten ausreichend Leute vom Durchsickern an verschiedenen Stellen Gebrauch, wofür mann oder frau nun wirklich nicht sehr viel mehr als einen Stadtplan und ein paar halbwegs zivile Klamotten braucht. Wie vielleicht einige mitbekommen haben werden, war die Bullenpräsenz am „Antreteort" der Faschos trotz Großaufgebot in der Stadt z.T. mehr als lächerlich. Anyway - mit 30-40 Leuten dicht am Versammlungsort sind weit über tausend Faschos auch mit Obelix und drei Fässern Zaubertrank nicht zu stoppen. Es war eher der „Diszipliniertheit" der Gegenseite zu verdanken, daß die Antifas nicht ganz mörderlich aufgemischt wurden. Der folgende Zusammenbruch der Dresdner (Info-) Infrastruktur war denn auch nur sinnbildlicher Ausdruck allgemein grassierender Desorganisation und Hilflosigkeit.

Das muß nicht sein!!

Auch uns ist klar, daß praktischer Antifaschismus - und speziell der zu Großereignissen - nicht mehr als ein - zutiefst notwendiges - Abarbeiten an den Symptomen gesellschaftlicher Entwicklungen sein kann, die sich so im besten Fall stoppen lassen, niemals aber eine Alternative zu kontinuierlicher Arbeit zur Umwälzung der vielzitierten beschissenen *herrschenden* Verhältnisse im Sinne einer sozialrevolutionären Perspektive darstellen können. Dazu reicht es eben nicht aus und zeugt von Hilflosigkeit bis Unfähigkeit, lediglich zu bestimmten Daten ritualisiert hohle Phrasen zu dreschen.



Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste!

Die hinlänglich bekannten faschistischen Symptome erreichen zusehends Ausmaße, die bedrohlicher kaum sein könnten. Es ist kein Geheimnis, daß sich der Rechtsradikalismus/Neofaschismus nicht mehr wie bis in die achtziger Jahre als politische Subkultur Ewiggestriger und vermeintlicher Außenseiter präsentiert, der auf breite Ablehnung in der Mehrheitsgesellschaft von BRD wie DDR stieß und in seinem abgeschottenen politisch-sozialem Milieu verblieb, sondern mittlerweile das Ausmaß einer *neuen sozialen Bewegung von rechts* angenommen hat. Erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik ist es den Faschos seit Anfang der neunziger Jahre gelungen, „soziale Fragen" aufzugreifen, in denen sie mit weiten Teilen der Bevölkerung übereinstimmen (AusländerInnen/Asyl), bzw. auf potentiell offene Ohren stoßen („Arbeit zuerst für Deutsche").

So ist denn auch das Gerede von der NPD als „Sammlungsbewegung" und „APO von Rechts" hinsichtlich Masse, Kader und Konzeption alles andere als auf die leichte Schulter zu nehmen. Die Mobilisierungsfähigkeit aufgrund der letzten Ereignissse, kann bereits als denkwürdig eingestuft werden. Hinsichtlich der Quervernetzung verschiedener Faschonetzwerke und dem Versuch, eine „Sammlungsbewegung" zu schaffen, kann zwar nachwievor viel gemutmaßt werden, als Beobachtung eingeflochten sei nur das Stelldichein von (ehemaligen) Topkadern wie Christian Worch, Friedhelm Busse, Wolfram Narath, Michael Swierczek oder Torsten de Vries bei der Passauer zentralen NPD-Wahlveranstaltung was als quasi integrative Maßnahme schon eine gewisse Aussagekraft besitzt.

Darüber hinaus wird es wohl keineswegs ein Zufall sein, daß etwa beim ersten Aktionstag der Arbeitslosen in Berlin Andreas Storr höchstpersönlich aufkreuzte, um Flugblätter („Arbeit zuerst für Deutsche") zu verticken - und, nur am Rande erwähnt, sich schon vom Acker gemacht hatte, bevor das, was gemeinhin als Antifa bezeichnet wird, endlich zusammen-

gefunden hatte, um ihn dann doch umzuhauen. Auf rätselhafte Art und Weise zierten auch viele, viele Plakate des „Nationalen Widerstands" die spätere Route der ansonsten äußerst gelungenen Spontandemo zum Berliner Roten Rathaus. Gott sei Dank - ja, wirklich - gibt es noch Linksradikale, die sich des sozialen - oder großspurig gesagt: sozialrevolutionären - Widerstands zugehörig fühlen und die Verhältnisse an diesem Tage ein wenig zum Tanzen brachten (die Erwerbslosen, nicht die Autonomen...hähä).

Aber:

Was wird wohl am nächsten bundesweiten Aktionstag (5.März) geschehen? Werden die Faschos dank linker Sprachlosigkeit zum Thema vielerorts kurzerhand die Regie übernehmen können? Was wird in den kleinen und mittleren Städten gerade im Osten geschehen? Und vor allem:

Was geschieht am 1. Mai in Leipzig?!

Es dürfte sich vielleicht herumgesprochen haben, daß sämtliche Veranstaltungen einer in der BRD ordentlich zugelassen Partei (wie dies die NPD ist), die als Wahlveranstaltung deklariert sind, nicht verboten werden können, da sonst die gesetzlich verbriefte Chancengleichheit des Wahlkampfs blabla hinfällig würde ... und einer späteren Anfechtung der entsprechenden Wahl durch die betroffene Partei vom Bundesverfassungsgericht oder sonstwem stattgegeben werden müßte.

Gerüchten zufolge ist die NPD-Demo zum „Tag der nationalen Arbeit" am 1.5.98 bereits seit geraumer Zeit angemeldet. Vermutlich bedarf es keiner Propheten, um sich ein Szenario dieses Tages nachhaltig vor Augen zu führen: Revanche für den 1.5.97, Wahlkampf, hohe Mobilisierungsfähigkeit im eigenen Spektrum, vermutlich nicht unerhebliche Mobilisierungschancen/Sympathieeffekte in der Bevölkerung ... wir halten eine Zahl von bis zu 10.000 Faschos samt Bürgermob an diesem Tag für alles andere als unrealistisch. Die fatalen Folgen des Eintretens eines solchen Szenarios müssen wohl nicht extra beschrieben werden. Wir appellieren deshalb an alle:

Antifa heißt Eingreifen!

Bitte überdenkt Eure Konzepte für „revolutionäre" Demonstrationen, Feste, Kundgebungen usw. - es bleibt doch vermutlich auch dieses Jahr ein linksradikales Happening im hausgemachten Szeneghetto, also laßt es bleiben und machts dann später besser: gesellschaftliche Relevanz von Aktionen ist sowieso eher bei Erwerbslosendemos oder Ähnlichem zu erwarten, als beim Hochhalten der inhaltsleer-ritualisierten „Achtzigerjahre-Traditionen".

Und an die Antifaschistische Aktion ein ganz besonderes Wort: Antifa heißt sich selbst ernstnehmen.

Zusammen kämpfen - am 1. Mai 1998 in Leipzig!

Denn wer zu spät kommt, den bestraft das Leben...





Dieses Papier kursiert als erste Diskussionsgrundlage seit kurzem in mehreren ostdeutschen Städten. Mit der Veröffentlichung wollen wir, einige Leute aus Berlin und Leipzig, nun die Diskussion um ein gemeinsamens Vorgehen zum 1. Mai öffentlich machen.

Wir bitten alle Gruppen, die sich bereits an der Diskussion beteilgten, ihre Anmerkungen, Ergänzungen und Kritiken jetzt auch öffentlich zu äußern, um in eine breite Diskussion mit möglichst vielen Gruppen aus verschiedenen Städten einzusteigen.

Erster Mai, Nr. drei

Das AAB-Papier beginnt mit einer quasi naturalistischen Feststellung „Naturlich gibt es auch dieses Jahr wieder eine 1 Mai Demo." Soviel scheint klar Weil: es hat sich ja nicht viel verändert. Der gänzlich auf die hiesigen sozialen und rassistischen Verhaltnisse zugeschnittene Analyse-Durchlauf der AAB-Einladung zeigt dies deutlich

Auch sonst dreht das AAB-Papier alles auf Null zurück, was in den letzten beiden Diskussionen um den 1. Mai kontrovers war. Weder die Diskussion um den Umgang mit ostspezifischen Ansätzen (Route durch Prenzelberg), noch die Debatte um stalinistische/leninistische Gruppen wird inhaltlich reflektiert Nach einem schematischen „linksradikalen" Pluralismus sollen alle kommen dürfen, die sich angesprochen fühlen. Die gemeinsame Grundlage im AAB-Verständnis ist der Wille zur Umwälzung der bestehenden kapitalistischen, rassistischen und „patriachalen" Verhältnissen - letztere tauchen nicht nur falsch geschrieben, sondern auch vollkommen ohne nähere Spezifizierungen auf. Im Rahmen der 1. Mai-Vorbereitung sei aber keine Zeit, darüber zu streiten - da stellt sich doch die Frage: Wie soll denn anders herausgefunden werden, ob eine Stromung/Gruppe dieser postulierten „gemeinsamen Grundlage" zustimmt oder nicht? Eine solche „Grundlage" ist also nichts weiter als eine verlogene Behauptung.

Das AAB-Papier konstruiert zum dritten Mal in Folge bezogen auf den 1 Mai eine gemeinsame „Linke". Dieser Versuch, vollkommen verschiedene politische Ansatze lediglich als nebeneinander gültige Strömungen *einer* heterogenen Linken zu vereinnahmen und jede Abgrenzung als „innerlinke Diskussion" abzubügeln, fordert Widerspruch heraus.

„Linksradikal" und „Revolutionär" sind keine Etiketten, die sich über alle Verständnisse von Emanzipation und Befreiung drüberstülpen lassen. Gerade weil sie unterschiedlich gefüllt sind, besteht keine Notwendigkeit zur Zusammenarbeit unter dem gleichen Label. Das Ziel, ein „möglichst breites linksradikales Spektrum an diesem Tag auf die Straße zu bringen", ist eine einem bestimmten Ansatz verhaftete Idee, aber kein zu verallgemeinerndes Muß Für uns gilt das ganz klar nicht.

Eine Zusammenarbeit zum 1. Mai ist vorstellbar, aber nicht zwingend Dafür stellen wir uns vor.

- Keine Bündnisse mit stalinistischen oder leninistischen Gruppen/Stromungen
- Keine Hierarchisierung von Unterdrückungsverhaltnissen
- Eine antinationale und internationalistische Ausrichtung
- Keine Fetischisierung von Widerstand und (Macker-)Militanz

einige autonome gruppen

Warum Mitte der falsche Ort ist für eine 1.Mai-Demonstration

und andere Gedanken zum Tag gegen die Arbeit

Mit Entsetzen haben wir wahrgenommen, daß die traditionsbewußte Antifa wieder am 1.Mai durchs Scheunenviertel schreiten möchte. Dabei scheinen uns die Gründe für eine 1.Mai-Demo dort diffuser und fragwürdiger als je zuvor; falls es überhaupt noch eine Reflexion über die Gründe gibt, *warum* wir *wo* am 1. Mai demonstrieren wollen.
Das Scheunenviertel hat eine besondere Geschichte. Hier lebten in der Weimarer Republik viele jüdische Flüchtlinge, hier fand eines der 1923 ersten innerstädtischen antijüdischen Pogrome statt, hier marschierte die SA durch die Gassen und räumte auf. Wir denken, das Scheunenviertel ist historisch der richtige Ort für eine antifaschistische, antinationale Kundgebung/Demo. Wie verhält sich aber eine revolutionäre 1.Mai-Demo zu dieser Geschichte ? Bisher unseres Wissens noch gar nicht.
Welchen inhaltlichen Bezug gibt es hier überhaupt ? Ostdeutscher Realsozialismus etwa, die Romantik des autoritär-preußischen Staates ?

Heute ist die Gegend in Mitte, durch die wir im letzten Jahr gelaufen sind, das Zentrum weißer, deutscher Yuppiekultur. MigrantInnen sind hier praktisch nicht zu finden, hier wohnen auch fast keine, viele fahren auch grundsätzlich nicht hierher; sie finden den Osten nicht so prima und schick wie viele Autonome und Jung-Studis. Für eine revolutionäre 1.Mai-Demo gibt es in dieser Gegend (zumindest dort, wo wir im letzten Jahr langgelaufen sind) eigentlich keine sozialen Bezüge; das aufstrebende Bürgertum bildet die Hauptbevölkerung -- die Yuppies hier haben zwar Angst um ihre Autos, freuen sich aber auch über das bunte Spektakel mit den tollen Gewaltszenen (wenn unsere Freunde und Helfer 'durchgreifen'), das man(n) vom Balkon aus mit einem Gläschen Sekt anschauen kann; live ist immer noch besser als im Fernsehen.
Wenn mensch es schaffen könnte, zwischen Regierungsviertel und Friedrichstraße am 1. Mai präsent und aktiv zu sein, dann wäre die Sache vielleicht anders; dann hätte der gezeigte Protest (von Widerstand kann ja keine Rede sein) möglicherweise noch ein sinnvolles Ziel, könnte die Gegnerschaft gegen die Kultur der Herrschaft und des Kapitals ausdrücken. Aber was um Himmels willen sollen wir am Rosenthaler Platz, in freudiger Erwartung der nächsten polizeistaatlich verordneten Prügel ? Wer das traurige Schauspiel des letzten Jahres miterlebt hat, kann sich wohl kaum über eine Wiederholung freuen. Unbemerkt von jeder störenden Öffentlichkeit (außer den staatsfreundlichen TV-Kameras) wurden wir immer wieder von der Polizei angegriffen, zusammengeschlagen, viel zu viele konnten rausgegriffen und festgenommen werden. Für den Innensenat jedenfalls war der 1.Mai in Mitte ein voller Erfolg, für die antiautoritäre Opposition eine Niederlage und Ausdruck ihrer Schwäche. An diesem Ort, bei der derzeitigen Situation der radikalen Rest-Linken, liegt dies jedoch in der Logik der Sache.

In Kreuzberg dagegen ist, trotz aller Yuppisierung der letzten Jahre, eine ganz andere soziale Basis (wenn auch kein "revolutionäres Subjekt" zu finden ist), wo ein 1.Mai noch Sinn machen *könnte*. Das hat u.a. das lebendige Fest am Mariannenplatz gezeigt.
Gerade in SO 36 leben über die Hälfte MigrantInnen. Kreuzberg ist der ärmste soziale Bezirk der Stadt, hier leben viele, die am härtesten von der sozialen und politischen Ausgrenzung betroffen sind, die die Gewalt des Kapitalismus und des deutschen Staates alltäglich zu spüren bekommen. Hier zeigt sich zugleich ein heterogenes Spektrum, hier gibt es eine Geschichte jüngerer Revolten und Proteste. Hier gibt es auch noch einige Lebenszusammenhänge und Häuser, die vielleicht nicht immer politisch sichtbar werden, aber zum Bruch mit der herrschenden Gesellschaft noch einen Bezug haben; Leute, die sich die zunehmende Repression nicht einfach gefallenlassen. Zu idealisieren ist die Gegend nicht, in einer Zeit allgemeiner Entsolidarisierung und Entpolitisierung; aber Mitte und Kreuzberg -- das sind schon deutliche Unterschiede.

In Kreuzberg könnte eine Demo auch noch politisierende Effekte haben und nicht nur zur Belustigung der Yuppies dienen; die Trennlinie zwischen Demo-TeilnehmerInnen und 'den anderen' ist hier nicht genauso starr, sondern zum Teil fließender; es gibt in SO 36 noch SympathisantInnen am 1.Mai. In Kreuzberg hat es immer auch konkrete Unterstützung "von außen" gegeben, weil dort viele vom Bullenterror die Schnauze voll haben. Die Staatsgewalt hat es hier erfahrungsgemäß schwerer.

Welche inhaltlichen 'Gründe' gibt es nun dafür, nicht mehr nach Kreuzberg zu gehen, wo seit 1988 am 1.Mai die zeitweise jährlich einzige bundesweite revolutionare Demonstration stattgefunden hat ?

Sinn macht es unserer Meinung nach, sich weiterhin Gedanken zu machen, wie Nazi-Aufmärsche anzugehen/ zu verhindern/ anzugreifen sind. Wenn statt einer Demo die antifaschistischen Aktivitäten im Zentrum stehen würden, fänden wir dies nach wie vor gut. Die Nazis in Berlin und Brandenburg sind so aktiv und organisiert wie seit Jahren nicht, nur die Antifa ist zu großen Teilen zusammengebrochen. Doch wenn mensch eine Demo machen will, die auf einen Nazi-Aufmarsch reagiert, so ist dies von Kreuzberg aus so gut -- oder besser -- zu organisieren wie von Mitte.

Der Hauptgrund gegen eine Demo in Kreuzberg war in den letzten Jahren jedoch, daß mensch nicht mehr mit der RIM/den Stalinisten demonstrieren wollte. Debatten über den Ort und den Charakter der Demo sind mit diesem Argument zumeist direkt abgebügelt worden; wer in Kreuzberg demonstrieren wollte, der konnte nur ein RIM-Sympthisant/Autoritärer/Stalinist etc sein. Zu inhaltlichen Bestimmungen und Diskussionen darüber, was denn ein antinationaler, antikapitalistischer, antirassitischer und antisexistischer Antiautoritarismus sei, der durch eine 1.Mai-Demo vertreten wird (und auf den wir uns beziehen), ist es fast

nicht gekommen. Gezählt hat nur, sich von den -- ohne jede Frage völlig durchgeknallten und zum Teil gefährlichen -- RIMlern abzugrenzen, nach dem Motto: nie wieder am 1.Mai gegen die RIM kämpfen müssen.

Hinter dieser verständlichen Position (die RIM hat echt lange Zeit genervt, sich nie an Absprachen gehalten usw.) ist in den letzten Jahren allerdings die Fähigkeit verloren gegangen, Realitäten wahrzunehmen: Realität ist, daß die RIM ein kleiner Haufen ist, den wir mit unserer "Flucht-aus-Kreuzberg-Demo" im Osten groß machen. Die Frage ist einerseits, ob wir vor 200 Stalinisten kapitulieren und fliehen müssen. Sind wir wirklich schon so am Boden ? Überlassen wir die Politik in Kreuzberg den den Maoisten-Stalinisten ?
Zum anderen hat sich die RIM nun tatsächlich in den letzten Jahren ziemlich zurückgehalten; sie ist auf anderen Demos präsent und hat unseren Wissens nach seit 1993 nicht mehr versucht, vorne zu laufen und die Demo kaputtzumachen. Die Entscheidung, sich etwas Neues, anderes zu überlegen (Antifa-Mobilisierung vom O-Platz aus; Rosa-Luxemburg-Platz-Demo danach) war damals berechtigt. Heute halten wir die Flucht aus Kreuzberg für falsch -- es ist an der Zeit umzudenken, neu zu diskutieren, wo eine antiautoritäre, radikale Gesellschaftsopposition am 1. Mai ihren Ort haben könnte.

Als RevolutionärIn/ Antiautoritäre konnte mensch sich bei der Demo in Mitte im übrigen, jenseits der o.g., äußerlichen Gründe, nicht gerade o.k. fühlen. Die Demo war zu großen Teilen dominiert von sexistisch und rassistisch pöbelndem berlin-brandenburgischem, deutschem Jungmänner-Volk; Frauen wurden übel angemacht, es wurde tierisch gesoffen, für Bullen fiel nicht selten der Begriff "Schwuchteln". Gar nicht so revolutionär und antiautoritär, sondern eher deutsch und scheiße. Leider war das auch nicht die Ausnahme oder die Minderheit, und in diesem Fall blieb auch das konsequente Einschreiten der RevolutionärInnen konsequent aus. Zu dieser Gruppe gesellten sich, wie bekannt durch Funk und Fernsehen, dann einige hundert Zivibullen. Ach ja, deutsche Autonome und ein paar vereinzelte linksradikale/antiautoritäre MigrantInnen waren auch noch da. Zu fragen ist nur, ob diese Demo emanzipatorischere Qualitäten aufzuweisen hatte als vergangene Demos, bei denen zwar auch die Mörder Stalin und Mao auf Fahnen wehten, diese Konterrevolutionäre aber nie in der Mehrheit waren. Was heißt denn nun antiautoritär ? Mit deutschen Jungmilitaristen durchs Yuppie-Homeland streifen ?

Apropos deutsch: die Demo in Mitte hat sich vor allem als eine weiße deutsche (Männer-)Sache erwiesen. Wir wissen von vielen MigrantInnen, die -- wie einige von uns -- am 1.Mai zum O-Platz gehen, ohne Stalin und Mao etwas abzugewinnen. Wir können doch nicht ernsthaft wollen, daß es künftig immer eine (primär) MigrantInnen-Demo in Kreuzberg gibt und eine (primär) deutsch-autonome im Osten. Der 1. Mai als Avantgarde der "Ethnisierung" der Politik ?

Statt dessen sollten sich die antifaschistischen/autonomen Deutschen überlegen, wie sie sich mit denjenigen emanzipatorisch orientierten MigrantInnen solidarisieren können, die keinen Bock haben, aus Kreuzberg zu fliehen und in den Osten zu fahren, und die auf der Kreuzberger Demo im letzten Jahr *nicht* in der Minderheit, sondern in der Mehrheit waren.

Wir suchen kein "revolutionäres Subjekt", das wir irgendwo hinführen wollen, aber es macht unserer Meinung nach auch keinen Sinn, sich von jeder möglichen sozialen Basis bewußt abzuschotten oder vor der "Großmacht RIM" ins Niemandsland zu fliehen.

Wir fordern alle dazu auf, die *politische* Diskussion über Sinn, Charakter und Ort eines revolutionären 1.Mai zu führen.

Unsere Idee wäre eine starke Demo in Kreuzberg, bei der die Stalinisten genauso das Nachsehen haben wie kraftmeierende deutsche Jungmänner, die in nationalen Männerbünden besser aufgehoben wären. Gut wären außerdem so lebendige Straßenfeste wie im letzten Jahr und ein gut organisierter antifaschistischer Gegenangriff gegen Nazi-Märsche.

Einige Berliner radikale Linke aus der BRD und von anderswo



Widerspenstig und lebendig

Straßenfest am 1. Mai auf dem Humannplatz

Auch am 1. Mai 1998 soll es auf dem Humannplatz ein buntes, offenes und solidarisches Fest gegen den grauen Alltag geben.
Wie in den Vorjahren wollen wir ein Fest organisieren, auf dem unterschiedliche Vorstellungen von herrschaftsfreiem Zusammenleben jenseits von Kommerz und Anpassung ihren Platz finden sollen. Dieses Fest soll auch dazu dienen, unsere Präsenz im Kiez zu demonstrieren, zu zeigen, daß es uns noch gibt, und daß wir nicht aufhören, uns gegen herrschende Ungerechtigkeiten in diesem System zu wehren.

Geplant sind bis jetzt:

- Infostände von Antirassismus bis MieterInnenberatung
- Diskussionszelt in dem sich verschiedene politische Gruppen präsentieren können
- Musikprogramm von Ska bis Politrock
- Kinderfest von Sackhüpfen bis Clowns
- internationales Essen von Bulette bis Bockwurst

Die Organisation des Festes ist nur mit großem Aufwand zu gewährleisten. Deshalb benötigen wir zur Gestaltung des Festes noch Eure tatkräftige Unterstützung, kreative Ideen und kritische Hinweise. Gruppen, Projekte und Einzelpersonen die sich angesprochen fühlen, und z.B. einen Infostand machen oder sich im Diskussionszelt präsentieren wollen, melden sich bitte beim

Festvorbereitungskollegium
c/o Bandito Rosso
Lottumstr.10 A
10119 Berlin,

oder Ihr kommt am Donnerstag abends im Laden vorbei.

Das Festvorbereitungskollegium

Stellungnahme zu der „Bekanntmachung" der Mehringhof-MieterInnen-VV

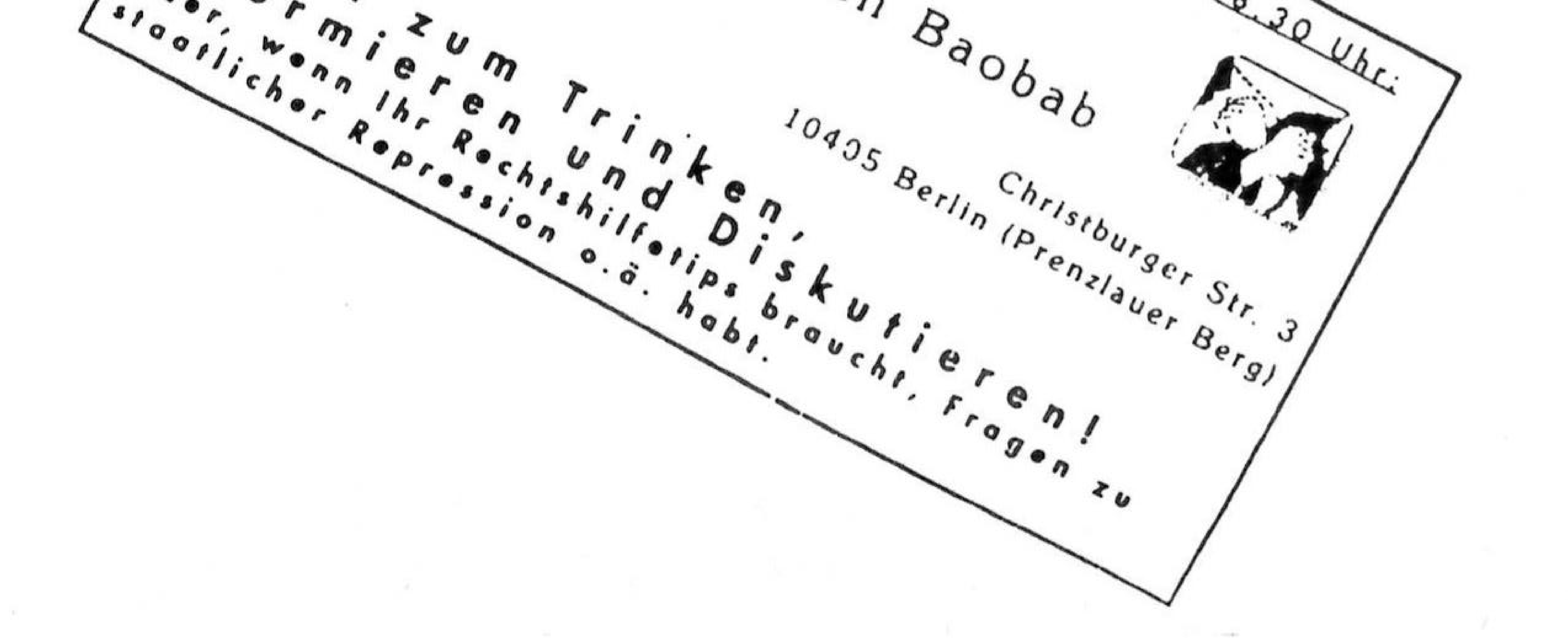
Der Vorwurf, wir würden den Vorfall auf der Gollwitz-Veranstaltung „verschweigen und verharmlosen" ist absurd: **Ein klärendes Gespräch** mit einer Person, die kurz nach dem Vorfall zugegen war, **wurde vom Mehringhof selbst abgesagt.**

Zum Vorfall auf der Gollwitzveranstaltungam 8.November 97:
Ein Mann kommt in die Veranstaltung, bleibt eine Zeit, fragt nach dem Theater und geht dann wieder hinaus. Ohne für uns erkennbaren Grund - so stellt sich uns die Angelegenheit dar, und so haben wir es auch wiederholt den Leuten vom MH vorgetragen - greift er zwei jungen Migrantinnen, die sich im Gang sitzend unterhalten haben, zunächst verbal an.
Er fordert sie ziemlich barsch auf, sie sollen den Hund - ein verspieltes, kleines Hundejunges - zur Seite nehmen, weil er nicht genug Platz hätte, zum Treppenhaus zu kommen.
Dass die beiden den Hund zur Seite genommen hatten, reicht dem Mann wohl nicht, und er fängt mit seinen rassistischen Bemerkungen an, sie hätten „keinen Anstand in Deutschland gelernt". Die beiden Genossinnen wehren sich **verbal**.
Daraufhin wird der Mann sofort handgreiflich, und als er einer der Frauen in die Haare greift und den Kopf zurückreißt, führt ihr Aufschrei dazu, dass mehrere Leute rauslaufen.
Wir wissen nicht, was die MH-Leute in solch einer Situation gemacht hätten, aber wir finden es vollkommen richtig, dass erst einmal sichergestellt wurde, dass der Mann die beiden Frauen nicht weiter angreift. Dabei hat er eins auf die Nase bekommen, und ist nur mit mühseligem **Reden** davon zu überzeugen gewesen, dass es besser ist, wenn er den MH ganz schnell verlässt.
Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: **Ein Baseballschläger oder irgendeine andere Waffe war zu keinem Zeitpunkt im Spiel.**

Wir sind auch nicht glücklich über diesen Vorfall gewesen, denn immerhin wurde eine Genossin wirklich ernsthaft verletzt und der Fortgang unserer Veranstaltung gefährdet - von diesem Mann.
Mehr gibt es dazu von unserer Seite nicht zu sagen.

Berlin, Februar 1998
Leute aus der Gollwitz-Vorbereitung





Für ein kämpferisches und lustvolles Wochenende in Berlin!!!

Schickt Delegierte zum Städtetreffen
am Samstag, den 7. März 1998; 14:00 Uhr
in die KÖPI; Köpenicker Str. 137, 10179 Berlin

Kontaktadresse: 3.5. Vorbereitung; c/o M99; Manteuffelstr. 96; 10997 Berlin

Infotelefon: (0177) 320 4028; Freitags von 16 bis 20 Uhr.

Gegen sexualisierte Gewalt

Dies ist ein sprachlich überarbeitetes Diskussionspapier für eine Veranstaltung in Oberhausen von vier Männern aus Münster.

1."Definition" von Vergewaltigung

- es gibt keine allgemeingültige Definition von Vergewaltigung
-Vergewaltigung ist die offensichtlichste Form von Männergewalt
- Vergewaltigungen sind für uns sexualisierte Grenzverletzungen, deshalb sprechen wir auch von sexualisierter Gewalt. Wir benutzen den Begriff sexualisierte Gewalt, weil es nicht um die vermeintlichen sexuellen Bedürfnisse oder sexuelle Lust des Täters geht, sondern um Gewalt, wobei die "Sexualität" nur Mittel und Ausdruck ist.

-Vergewaltigung ist ein Angriff auf die Existenz und kann Leben zerstören.

- Es kann keine objektive Definition von Vergewaltigung geben, weil jedeR ihre/seine Grenzen nur selbst bestimmen kann.

2. Benennungsmacht

(der Begriff "Definitionsmacht" erweckt den Eindruck, als ginge es um eine allgemeingültige Definition, deshalb benutzen wir den von den "Seppls" (bayrischer Männerzusammenhang) eingebrachten Begriff "Benennungsmacht".)

- Es ist für uns klar und wichtig, daß die Benennungsmacht bei der vergewaltigten Frau liegt. Es geht um die Gefühle der Frau, ihre Grenzen und ihre Verletzungen und darüber können weder Frauen noch Männer und auf gar keinen Fall der Täter urteilen und entscheiden.
- Die konkrete Geschichte, die genaue Situation und der Zusammenhang der Tat kann nur von der vergewaltigten Frau benannt werden.

- Außenstehende können kein objektives "Außen" abgeben, da auch sie Teil einer durch und durch patriarchalen Gesellschaft sind, d.h. sie haben Bilder und Klischees im Kopf, mit denen sie Informationen einordnen und interpretieren.

- die benennede Frau bestimmt alleine den Zeitpunkt der Bennenung und den weiteren privaten und politischen Umgang damit, das kann in der Praxis z.B. heißen: sie bestimmt
  - wann sie welcher/welchem davon erzählt
  - ob sie sich den Auschluß des Vergewaltigers aus einer bestimmten Struktur/Gruppe wünscht (wenn ja, in welchem Umfang)
  - ob sie den Täter körperlich verletzen will.
- Die Bennenung kann auch Jahre nach der konkreten "Tat" erfolgen.

NEIN

einer Vergewaltigung betroffenen Frauen

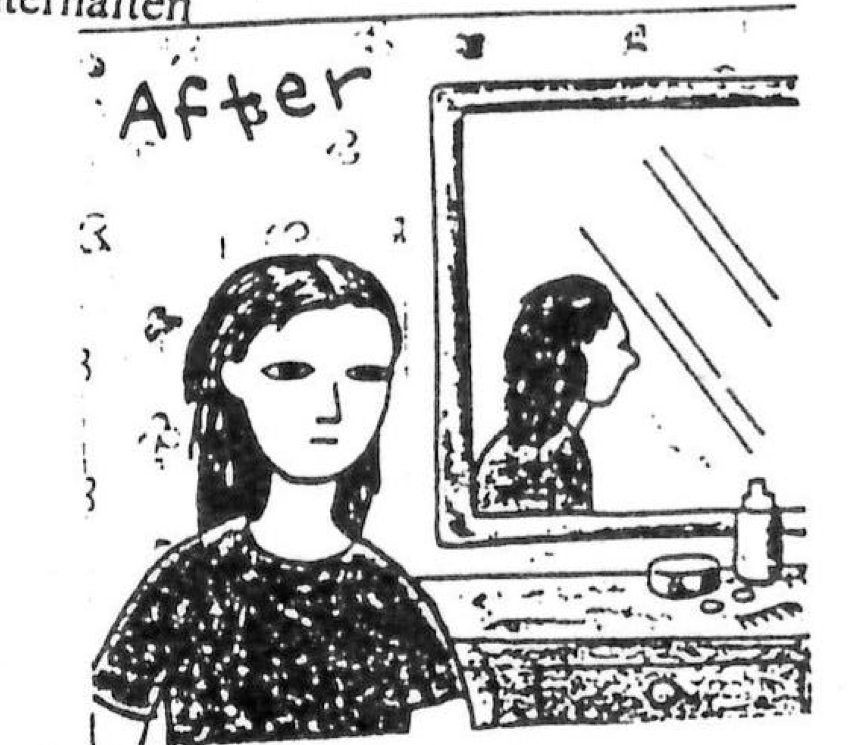
Die Auswirkungen einer Vergewaltigung sind für jede Frau anders, dennoch glauben wir, daß die Symptome, die danach auftreten, und die Versuche danach weiterzuleben sich in ihrer Struktur ähneln, wobei sich keine Frau hier wiederfinden muß, da die Folgen ebenso wie die Grenzverletzungen individuell sind.
- Todesangst
- sich in ihrer ganzen Existenz bedroht fühlen
- der Schrecken breitet sich in ihrem ganzen Körper aus und verläßt sie nicht sobald wieder
- schwer erträgliche tiefgreifende, lähmende Gefühle von Angst, Ohnmacht, Lebensbedrohtheit
- "Flashbacks" können jederzeit ausgelöst werden durch z.B. eine bestimmte Körperbewegung eines Menschen auf der Straße; einen Freund der sich nichtsahnend und sorglos der Frau von hinten nähert ("Flashbacks" sind plötzlich auftretende Erinnerungen, Bilder oder Gefühle einer Vergewaltigung)
- die Bewegungsfreiheit ist massiv eingeschränkt wegen Angst vor "Flashbacks" und Menschen
- allein sein ist schwer erträglich
- viele fühlen sich nach einer Vergewaltigung blockiert und ohne jede Initiative
- viele Selbstverständlichkeiten fallen weg und sie muß in allen Lebensbereichen gucken, zu was sie sich noch in der Lage fühlt
- Angst vorm Verrücktwerden und vor Psychatrisierung
- Zweifel an der eigenen Wahrnehmung
- viel Schmerz und Trauer
- Schlaf-, und Konzentrationsstörungen
- Selbstverletzungen (z.B. wiederkehrendes Armeaufschneiden mit Glasscherben)
- Einzelheiten oder die ganze Tat wird aus dem Bewußtsein verdrängt
- unbewußtes Bedürfnis der Verdrängung ist riesengroß und kostet viel Kraft
- Depressionen
- Schwierigkeiten mit jeglicher Form von Körperlichkeit und Nähe (diese beinhaltet alle Sinne und auch das Reden über Körperlichkeit); Angst davor, daß dies so bleibt

nen Stärken
- Schuldgefühle
- Schamgefühle
- Selbsttötung
- Identifikation mit dem Täter
- einerseits können heftige Reaktionen folgen, wie stundenlanges Weinen, Zittern, die Wand anstarren, andererseits kann das Erlebte direkt verdrängt werden durch Schuldgefühle: die Verantwortung für das Ungeheuerliche bei sich selbst suchen / selbst zu übernehmen, statt sie beim Täter zu lassen ("ich habe mich nicht genug gewehrt...", "... hab mich falsch gekleidet...", "... war zur falschen Zeit am falschen Ort..."). Durch die Übernahme der Verantwortung muß die Frau das unerträgliche Gefühl von Ohnmacht nicht spüren.
- jegliche Art von Suchtmuster kann exzessiv ausgelebt werden um die schrecklichen Gefühle nicht spüren zu müssen: "Drogen" (Heroin, Alk, Tabletten...), Magersucht, Eß-Brech-Sucht,...
- das Gefühl, beschmutzt worden zu sein, sich vor sich selbst zu ekeln, was z.B. dazu führen kann, sich reinigen zu müssen (bis hin zum "Waschzwang"), sich zu isolieren oder zu prostituieren
- Isolation von Außen durch Konflikte und abwehrende Ignoranz der Mitmenschen
- Die Aufarbeitung kostet viel Kraft, wodurch alle Lebensbereiche eingeschränkt sind
- viel Geld- und Zeitaufwand für die Aufarbeitung und für die Lebensumstände, die sich verändert haben oder verändert werden müssen
- körperliche Folgen: z.B. Blasenentzündung, Magengeschwür, Kopfschmerzen, Migräne,...
- Schwangerschaft, Übertragung von (Geschlechts-)Krankheiten
- Angst vor Schwangerschaft, Übertragung von (Geschlechts-)Krankheiten
- Schwierigkeiten, die eigenen Grenzen zu erkennen oder auch die von anderen

- Angst von Männern vor Nähe und Zärtlichkeit
- fehlende antipatriarchale Zusammenhänge
- in dieser Gesellschaft wird viel dafür getan, daß Frauen sich nicht wehren können, sich nicht abgrenzen können und verständnisvoll sind



esellschaftliche Folgen:
Durch die Zerstörung des Selbstwertgehls und der Isolation der Frauen wird das itriarchat aufrechterhalten



- der Status der Frau als Sexualobjekt wird festgeschrieben
- eine Folge der Tabuisierung ist die Verdrängung der eigenen Sexismen von Männern auf "Triebmonster"
- durch die Verwaltung des Leides (von ÄrztInnen, Bullen, PsychaterInnen) wird sexualisierte Gewalt unsichtbar gemacht und normalisiert
- durch die Verharmlosung von sexualisierter Gewalt ist es überhaupt nur möglich, daß der "gesamte" gesellschaftliche Alltag weitergeht (der geschlechtsspezifisch organisierte Produktions- und Reproduktionsbereich)

- "Szene"-Folgen: die mangelnde Sensibilität im Umgang mit Vergewaltigungen hat viele politische Strukturen den Bach runtergehen lassen
- eine Folge der Tabuisierung ist absolute Hilflosigkeit, was dazu führt, daß Menschen sich von der Frau distanzieren, so tun, als hätte die Tat nicht stattgefunden und/oder sich mit dem Täter solidarisieren.

8. Was wir gut fänden

Solange es Männer und Patriarchat gibt, wird es weiterhin Vergewaltigungen geben, deswegen finden wir es wichtig, grundsätzlich Männlichkeiten anzugreifen
- wir finden profeministische Männergruppen wichtig, profeministische Männer-Medien und profeministische Männerwohnzusammenhänge
- Verantwortung für Kinder (auch und gerade wenn es nicht die "eigenen" sind) übernehmen
- daß wir Männer wieder Kinder sein dürfen
- lachen können, weinen können
- den Spaßzwang vom Sockel schubsen
- kontinuierliches, verantwortliches Thematisieren von sexualisierter Gewalt und Patriarchat in gemischten Zusammenhängen, ohne daß es äußere Auslöser (Verhaltensdruck gegenüber Frauen,...) gibt
- Dekonstruktion von Männlichkeit, Männer dürfen Röcke, Stöckelschuhe, Strumpfhosen anziehen
- daß Männer sich gegenseitig berühren dürfen, Homophobie abbauen
- mehr Mut zum Eingreifen bei sexistischen Übergriffen
- gesellschaftliche Verantwortung übernehmen gegen das Patriarchat, z.B. sexistische Werbung, Lesungen,... verhindern
- Mut zur Schwäche (z.B. Veranstaltung zur letzten Bullenrazzia beginnt mit "Ich habe Angst...")
- die herrschenden Medien boykottieren
- an den eigenen Strukturen arbeiten
- an der eigenen Kindheit arbeiten, sich mit der eigenen Geschichte auseinandersetzen
- mehr Ohnmacht zulassen
- weniger rumchecken
- die Wichtigkeit von "Sexualität" herunterschrauben, entdecken, daß Ohrenkraulen auch Klasse ist, von sich aus längere Zeit keine Sexualität mit anderen und sich selbst ausleben
- Verantwortung für Verhütung übernehmen
- mehr Unfruchtbarkeit (Sterilisation)
- es gibt keine richtige "Sexualität": mehr Schamgefühle und weniger Leistungsdruck
- Akne als neues "Schönheitsideal" anerkennen
- mehr Stricken, Häkeln, Kochen
- mehr männerkritische Militanz
- Mut zur Homo-, Trans-, Bi- oder A"sexualität"
- für weniger Muskeln, weniger Kopf, mehr Gefühl und weniger Härte
- mehr männerkritische Theorieproduktion
- feministische Bücher lesen
- malen, singen, tanzen, töpfern
- auf die eigene Sprache achten
- in der Öffentlichkeit weinen
- den ganzen Körper als angenehm empfinden lernen

Robbie, Tobbi, Fliewa und Tüüt

Eine "historische" Kritik an unserem Papier

Inhaltlich finde ich das alles richtig. Aber das Papier haben wir zusammen als Diskussionsgrundlage konzipiert. Als Text, der in Zeitungen erscheint, hätte ich ihn gerne anders aufgebaut, mehr dazu geschrieben, wie wir als Männer dazu kommen, soviel zu diesem Thema zu schreiben. Ich hätte gerne den Punkt "**5. Geschichte**" als Rahmen gehabt und aufgezeigt, daß das, was wir geschrieben haben, keine willkürliche Kopfgeburten oder endgültige Wahrheiten sind, sondern einen geschichtlich bedingten Diskussionsstand wiedergeben. Diese Diskussion hat eben eine lange konkrete, kämpferische Geschichte, die von FrauenLesben vorangetrieben worden ist und wo wir als profeministische Männer Trittbrettfahrer sind, die allerdings manchmal auch mithelfen können, den feministischen Karren anzuschieben, wenn er mal gerade nicht so richtig weiterkommt (wie jetzt z.B. ?) Ich hätte gerne unsere Thesen um Zitate und Literaturhinweise erweitert, nicht um die Richtigkeit zu "beweisen", sondern um zu zeigen, wie die Geschichte verlaufen ist und damit Ihr an bestimmten Punkten selbst weiterlesen könnt. Naja, dafür gab es in unserer Gruppe keinen Konsens.

Einer, der auch durch Lesen und Nachdenken größer wird, jeden Tag ein Stück



...ten Text schreiben wollen...

Wir hatten bei uns in der Gruppe Konflikte um Raum für gender-theorie und Geschichte der Männerbewegung. Unser Bedürfnis war es, einen leicht nachvollziehbaren und verständlichen, gefühlvollen Text zu sexualisierter Gewalt zu schreiben.
Uns ist wichtig, den Konsens gegen sexualisierte Gewalt in der autonomen Szene zu vergrößern. Uns macht der backlash wütend, wie er bei Geronimo (Männer, die sich auf FrauenLesben-Positionen beziehen, als Trittbrettfahrer zu diffamieren), den Unglücklichen, in der sogenannten Sexualitätsdebatte in der interim Anfang letzten Jahres und in unzähligen Vergewaltigungsdiskussionen (in denen immer wieder die gleichen verharmlosenden und relativierenden täterschützenden "Argumente" dominieren) vertreten wird.
Wir wollen mit einfachen Worten unsere Parteilichkeit mit den benennenden Frauen ausdrücken, die Frauen und ihre realen und möglichen Verletzungen sollen im Mittelpunkt stehen. Davon wollen wir so wenig wie möglich ablenken, auch damit bei Männern Gefühle von Betroffenheit und Trauer ausgelöst werden, wenn ihnen direkt die (möglichen) Folgen einer Vergewaltigung für die Frau vor Augen geführt werden.
Zudem halten wir Theoretisieren für ein typisch männliches Verhaltensmuster: möglichst unpersönlich und unklar zu sein, damit es auch nicht zu viel mit ihnen zu tun hat und weil mann sich mit dem Veröffentlichen abstrakter Texte viel Raum nehmen kann.
mmmtja, ein weiterer wichtiger Grund für uns ist, daß wir beide als Kind sexualisierte Gewalt erleben mußten und es deswegen wichtig finden, Gefühle zu dem Thema zu haben, und wir uns nicht noch weiter von unseren Körpern abtrennen wollen.
Außerdem verwirren uns sehr komplexe nicht durchschaubare Themen, und Verwirrung erinnert uns an die erlebten Grenzverletzungen, weil diese widersprüchliche Gefühle ausgelöst haben.
Wir wünschen uns mehr Raum für Überlebende!

Zwei, die sexualisierte Gewalt erlebt haben

"Zur Vergewaltigung im Wendland"
Reaktion auf die Frauen/Lesben aus Interim 434, Oktober 1997

Zunächst sind wir (gemischtgeschlechtliche Gruppe, die sich mit der Vergewaltigung, bzw. dem Nichtverhalten im Wendland während des letzten Castortransportes beschäftigt) über eure Reaktion erfreut, weil wir eure Kritik als konstruktiv empfunden haben. Wir möchten hiermit, wenn auch etwas spät, auf einige eurer Fragen/Aussagen eingehen. Zunächst ist es noch einmal notwendig kurz etwas zur Struktur der Gruppe zu sagen. Seit den ersten Treffen, welche für alle offen angekündigt waren (und sind), wurde eine kontinuierliche, tiefgehende, inhaltliche Arbeit erschwert, weil die am Treffen beteiligten Personen mehrmals wechselten. Es lag jedoch im Anliegen, eine möglichst große Öffentlichkeit und eine breite Beteiligung zu erreichen, um Einschätzungen, Ergebnisse usw. aus den Zusammenhängen der einzelnen Personen zusammentragen zu können, aber auch die Diskussion aus dem Treffen zurück in die jeweiligen Gruppen zu bringen. Dabei war es auch angedacht möglichst oft und von verschiedenen Personen verfaßte Texte öffentlich zu machen. Das ist uns leider nicht gelungen. Mittlerweile sind wir ein halbwegs fester Personenkreis, wobei einige von Anfang an dabei waren, andere später hinzukamen. Der häufige Personenwechsel ist ein Grund, warum wir wichtige grundsätzliche Diskussionen nicht, bzw. nur ansatzweise diskutiert haben. Weiterhin waren wir (zu) schnell dabei uns mit praktisch/technischen Dingen zu beschäftigen, auf die wir später eingehen.

Eurer Darstellung zur gesellschaftlichen Dimension von sexualisierter Gewalt und Vergewaltigung konnten viele von uns vorbehaltlos zustimmen. Trotzdem haben wir dies nur ansatzweise auf unseren Treffen thematisiert. Lag es an unserer Struktur? Daran, daß wir es vorausgesetzt haben? Daran, daß wir nach konkreten Handlungsmöglichkeiten gesucht haben? Wir können es bisher nicht beantworten. Natürlich wirken diese patriachalen Strukturen auch in unseren (gemischtgeschlechtlichen) Zusammenhängen, auch wenn das häufig nicht gesehen wird. Wenn wir von CastorgegnerInnen als homogener Masse ausgehen, in welcher jedeR antisexistisch, antirassistisch, antifaschistisch ist, handelt es sich um eine Fehlannahme. Dennoch hatten viele von uns in Ansätzen ein Bild im Kopf, daß wir mit dem momentan gleichen Feind (Castor), automatisch weitere Gemeinsamkeiten hätten. Auf dieser Fehlannahme (die schon vor Ort als solche klar war), beruht auch der Schock, den einige von uns empfanden, aber auch eure Feststellung, daß viele erleichtert waren, daß der Vergewaltiger keiner von "uns" war.

Ihr habt recht, wenn ihr darauf verweist, daß wir uns bisher kaum mit der Tatsache beschäftigt haben, daß wir eine gemischtgeschlechtliche Gruppe sind. Auf einen der ersten Treffen wurde vorgeschlagen zeitweise getrennte Plena durchzuführen. Obwohl wir diese Praxis für sehr sinnvoll halten, haben wir es bisher nicht getan. Selbstverständlich gibt es Interessensgegensätze, die ein gemischtgeschlechtliches Herangehen erschweren, bzw. spätestens ab bestimmten Punkten die unausweichlich eine Verletzung für Frauen darstellen, unmöglich machen. Das ist in unserer Arbeit spürbar, denn nahezu alles was nicht praktische/technische Arbeit ist, stellt uns vor zunächst nicht im gemischten Rahmen lösbare Anforderungen. Deshalb streben wir getrennte Gruppen an, die sich zeitweise treffen, um Ansätze zu diskutieren und eventuelle Ergebnisse zusammen zutragen. Dabei ist es selbstverständlich, daß in den getrennten Gruppen vorher geklärt wird, was im gemischten Rahmen ansprechbar ist. Wir halten den Versuch zusammenzuarbeiten, zumindest transparent zu bleiben nach wie vor für notwendig, gerade weil viele von uns sich in gemischten Zusammenhängen bewegen. Inwieweit das möglich ist, wird uns die Zukunft zeigen.

Es ist schwierig zu sagen, wo unsere Diskussion ansetzt, und "bei Null" anfangen, war sicher eine unglückliche Formulierung. Denn mal davon abgesehen daß nicht klar ist wo Null ist, betrachten wir es als selbstverständlich, daß das Definitionsrecht bei der von sexualisierter Gewalt betroffenen Frau liegt, und sie über weiteres Vorgehen entscheidet, auch wenn zum Schutz vor weiteren Übergriffen ein Öffentlichmachen des Täters anzustreben ist. Dabei ist sexualisierte Gewalt nicht erst eine Vergewaltigung, sondern ebenso, auch in der Szene alltägliche, sexistische Sprüche, Anmachen... . Denn das ist bereits Ausdruck einer HERRschaftstruktur. Es geht uns deshalb darum, in möglichst vielen Zusammenhängen Sensibilität zu schaffen, damit "nicht sexistisch" kein Etikett bleibt, sondern zu leben versucht wird. Dabei sind die von euch als männlich bezeichneten Aktionsformen (Flugis, Bekämpfung von Mackerverhalten, verstärkte Arbeit in Männergruppen) ein Weg, der zumindest teilweise nicht Männern vorbehalten bleibt. Allerdings wird keine Frau unserer Gruppe Männern eine Anleitung für nichtsexitisches Verhalten geben. Ansätze für gemischtgeschlechtliches Arbeiten (auf praktisch/technischer) Ebene ist nur möglich, wenn Männer an sich arbeiten und bereit sind eine HERRschaftsstruktur zu bekämpfen, in der sie die Herrschenden sind.

Im Sommercamp im Wendland (Pölitz, Sommer 1997) haben wir eine Diskussionsrunde versucht, um einen Umgang mit dem kollektiven Nichtverhalten zu finden und um Menschen anzuregen sich auch in Antiatomzusammenhängen in der Szene und mit Sexismus und Patriachat auseinanderzusetzen. Weiterhin haben wir in Krümmel (Schienenaktionstage, September 1997) erstmals zwei sogenannte Krisen- und Ruhezelte (wobei dieser Name vorerst ein Arbeitstitel ist, und wir noch nicht sicher sind ob uns nicht etwas geeigneteres einfällt) organisiert. Es handelt sich dabei um ein Frauenlesbenzelt und ein gemischtes. Dabei gibt es letzteres nur unter der Bedingung, daß sich mindestens genauso viele Männer wie Frauen bereit finden, das Zelt als AnsprechpartnerInnen zu besetzen. Aufgabe dieser Zelte soll in erster Linie die Schaffung eines Frei- und Ruheraumes sein. Dabei hat das Frauenlesbenzelt Priorität. Die AnsprechpartnerInnen sind Menschen die im Ernstfall Hilfe vermitteln können (z. B. Adressen von Frauenhäusern), denn es ist nicht möglich ständig professionelle Hilfe zu leisten. Ansonsten wird angestrebt in den Zelten eine ruhige entspannende Atmosphäre zu schaffen. Es geht uns darum in Extremsituationen (z. B. bei Castortransporten) die Möglichkeit zum abschalten und ausruhen zu bieten, denn wenn wir zu Aktionen reisen, sollten wir nicht nur starke unverwüstliche KämpferInnen sein, die zu funktionieren haben, sondern auf uns und die uns umgebenden Menschen achten. Die Lippenbekenntnisse von nichtsexistischem, nichtrassistischen, verantwortungsbewußtem Umgang miteinander sollten sich endlich mehr in unserem Handeln zeigen. Deshalb halten wir diese Zelte für wichtig, sie entsprechen zwar längst nicht unserem Anspruch einer HERRschaftsfreien, solidarischen Gesellschaft, sind aber unter den momentanen Bedingungen eine Möglichkeit auf dem Weg dahin. Da möglichst viele Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, und wir uns weder in der Lage sehen noch Lust dazu haben diese Zelte allein zu tragen (dann wäre nämlich ein Abschieben von Verantwortlichkeit wirklich sehr leicht), möchten wir daß sich viele Menschen beteiligen. Das heißt sich vor Ort mal eine Stunde als AnsprechpartnerIn bereit zu erklären, was von jedeR bei der jetzigen Funktion der Zelte leistbar ist. Leider hat das in Krümmel noch nicht so gut geklappt, so daß die Zelte oft nicht besetzt waren oder als Schlafzelte genutzt wurden. Wir streben eine Standardisierung dieser Zelte für mehrtägige Aktionen (Castortransporte, Schienenaktionstage) an. Einen Freiraum für FrauenLesben in gemischtgeschlechtlichen Camps halten wir für sehr wichtig, um Frauenlesben aus Gemischtgeschlechtlichen Zusammenhängen die Möglichkeit zu bieten, mit ihren Bezugsgruppen zu Aktionen zu fahren und trotzdem Freiräume zu haben und eben nicht die gesamte Zeit patriachalen HERRschaftsstrukturen ausgeliefert zu sein. Auch wir sind gespannt, ob es uns möglich ist den Widerspruch, diese Diskussion als gemischtgeschlechtliche Gruppe zu führen, auszuhalten.

Einige Frauen und Männer aus Berlin

EINLADUNG

an Lesben, Frauen, Drags u.a. Nicht-Männer -

- Männer dürfen kommen, wenn sie eine Bescheinigung vorweisen, daß sie unter ZeugInnen mehrfach von den Unglücklichen als „politikunfähig" oder „Vertreter identitätsfeministischer Positionen" angegriffen wurden -

zu einem Treffen zum Thema

(ET)WAS DEM ANTI-FEMINISTISCHEN ROLLBACK ENTGEGENSETZEN?!

Ich möchte mich gerne mit anderen KritikerInnen der *Arranca* Nr. 8 und des Papieres der Unglücklichen „*Legende von Paul und Paula*" austauschen.

Grundlage sollten meines Erachtens insbesondere die Texte von Ida F. (*Zur „Legende von Paul und Paula"*, *interim*, Nr. 437), von M.O.M.B.A.K. (*Über die Schwere des Verstehens*, Nr. 438), von einer Nicht-Frau-Lesbe (*Kuschelsex ODER Kuschelpolitik?*, Nr. 440 + 441), von Nepomuk (*Nicht jetzt - aber wann?*, Nr. 441) und dem glückliche Huhn (*Kommentar kurz vor Mitternacht*, Nr. 441) sein. Ich würde mich freuen, wenn die Autorinnen der genannten Texte, sowie die **LeserInnen, die ihren Positionen in diesen Texten wiedergefunden haben**, kommen und mitdiskutieren würden.

Außerdem finde ich noch folgende älteren Texte aus der *interim* wichtig für eine Debatte um das anti-feministische *rollback* in der autonomen Szene: a) *Zur Politik der Frauen aus dem antirassistischen Zentrum und grundsätzliche Überlegungen zur antirassistischen Arbeit*, Nr. 184/185, 19.03.1992 b) Sterin, *Die inhaltliche Debatte weiterentwickeln*, Nr. 210, 08.10.1992 c) *Eine feministische Kritik*, Nr. 229, 25.02.1993 d) *antwort auf den text „feministische perlen vor antii.. E.."*, Nr. 239, 06.05.1993 und schließlich selbstverständlich e) FrauenLesbenTag im Infoladen Schwarzmarkt und die Frauen aus der gemischten Ladengruppe des Schwarzmarkt, *Transparenz in der Zensur* oder Warum wir die Arranca Nr. 8 nicht verkaufen, Nr. 374, 02.05.1996.

Ich möchte gerne folgende Fragen diskutieren:

- **Warum kommt es gerade jetzt zu diesem *rollback*?** Handelt es sich überhaupt um eine neue Entwicklung? (Immerhin hieß es in der o.g. Kritik am ARZ schon 1992: „mittlerweile sind auseinandersetzungen um sexistische strukturen innerhalb der linksradikalen gruppen/strukturen fast vollständig in die 'privaten bereiche' abgedrängt worden. eine offene auseinandersetzung um sexistische gewalt/vergewaltigung wird wieder tabuisiert.") Seit wann existiert diese Entwicklung? Was hat sich (gegenüber wann?) verändert?
- Ist das Kräfteverhältnis tatsächlich so, wie es in der *interim* erscheint? (*Auf der einen Seite* organisierte *Gruppen* [die *Arranca*, die Unglücklichen, die Mutlosen] und diverse Einzelpersonen [Kermit, Carrie & R.P. McMurphy, MY.T., Sven Glückspilz u.a.] und *auf der anderen Seite* allein die Schwarzmarkt-FrauenLesben und die, anscheinend, fünf *Einzelpersonen*, die die eingangs genannten Texte geschrieben haben; schließlich die analytisch interessanten, aber politisch indifferenten Positionen von Fliegenpilz und N.T. [*interim*, Nr. 440 + 441]). Warum äußern sich (außer den Hamburgerinnen) keine organisierten FrauenLesben-Gruppen? Warum wurde (wiederum außer von den Hamburgerinnen) die *Arranca* Nr. 8 im vorletzten Jahr ohne grundsätzlichen Widerspruch hingenommen? Warum erschienen auch jetzt (mit Ausnahme des Textes von Ida F.) die Kritiken an den Unglücklichen so spät? Handelt es sich um eine bewußte Schwerpunktsetzung von FrauenLesben? Oder **gibt es Strukturen in der Debatte, die verhindern, daß sich mehr FrauenLesben einmischen? Wie können wir dies ggf. ändern?**
- Stimmt die These aus der *interim* Nr. 440, daß die Debatte von dem grundlegenden Widerspruch zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen feministischer Organisierung gekennzeichnet ist (vgl. den Vorwurf der *Arranca* und der Unglücklichen, die Frauenbewegung habe den Austausch mit Männern vernachlässigt etc.)? Falls diese These stimmt: Wie lang kann dann noch *zwischen* diesen Positionen über diese Frage diskutiert? Müssen dann die BefürworterInnen feministischer Organisierung nicht unter sich **diskutieren, wie anti-patriarchale Strukturen unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen und unter der Bedingung des anti-feministischen *rollbacks* in der Szene verteidigt und ausgebaut werden können?** Kann es eine Verbindung von revolutionärem Feminismus und theoretischer De-Konstruktion geben oder schließen sie sich gegenseitig aus? **Was kann praktisch gegen das anti-feministische *rollback* getan werden?**

Ort: Papiertiger, Cuvrystraße 25, 10997 Berlin-Kreuzberg

Datum: Freitag, den 27.02.1998 **Uhrzeit:** 19.00 Uhr

„in einer gesellschaft, in der weltweit frauen und mädchen aufgrund patriarchaler machtordnung unterdrückt werden, vergewaltigt werden, ihre gefühle, ihre kreativität, ihre körper, ihre phantasie, ihre lust, ihre arbeitskraft, ihre intelligenz, ihr wissen ausgebeutet werden, in der frauen eine unterstellte, eine kolonisierte soziale klasse sind, haben frauen individuell und kollektiv die berechtigung, mit jedem mittel gegen das system ihrer unterdrückung und gegen jeden einzelnen unterdrücker vorzugehen! [...]. feminismus ist nicht allein der gesellschaftliche rückzug in frauengemeinschaften. das empören gegen ungerechtigkeit, wut im bauch, die theorie von unterdrückung und veränderung. feminismus ist mehr als die reaktion auf politische umstände und materielle bedingungen. feminismus ist das bewußtsein, nicht nur von ursachen der unterdrückung, sondern auch von bedingungen, notwendigkeiten und möglichkeiten der veränderung. dieses bewußtsein ist nicht abstrakt, sondern die benennung von verantwortlichen, täglich, nächtlich, privat und öffentlich, hier und international!"

***Feministische Kritik, interim* Nr. 229**

„*Da die Neue Weltordnung die Probleme der alten Weltordnung nicht löst, da sie außerstande ist, sie zu lösen, und sie folglich auch nicht aus der Welt schafft, erfordert diese neue Etappe die Anwendung* neuer Methoden der Vorbereitung der alten Lösung der alten Probleme. *Diejenigen, die die Tatsache leugnen (oder nicht begreifen), daß vor uns die alten Probleme stehen, daß wir ihrer alten Lösung entgegengehen müssen, verlassen den Boden des Feminismus und der Revolution und erweisen sich in Wirklichkeit als Gefangene der Liberalen und der Idealisten.*"

Vladimira Iljevna Uljanova über das unglücklichen Plädoyer für eine „neue Politikfähigkeit", für einen 'neuen Feminismus' (*interim*, Nr. 436, S. 24 f., Abs. 286, 297 - 302), der sich von der alten Lösung der alten Probleme verabschiedet, in: *Werke*, Band 17, S. 53 f.

1

Was die Arranca ihren LeserInnen nicht mitteilte ...

Diesen LeserInnenbrief druckte die Arranca in der Ausgabe Nr.13, Herbst 1997 auf Seite 25 rechts nur auszugsweise. Zur Verdeutlichung werden die Passagen, die ausgelassen wurden, unterstrichen. Es wird sofort deutlich, daß der Abdruck lediglich eine formale Handlung war. Diese Praxis paßt zur (Nicht-)Auseinandersetzung der Arranca mit den Inhalten feministischer Kritik.

Eine Kritik am 'nachspiel' der arranca-redaktion zur Nr.8

Das Papier hinterläßt einen windelweiche Eindruck, so als hätten sich nach gut einem Jahr die Wogen so weit geglättet, daß man sich auf ein taktisch bestimmtes (Selbst)-Kritikpapier einigen konnte.
Als wesentlichste Selbstkritik wird immerhin festgestellt, daß die Nummer 8 ahistorisch und theoretisch dünn wie noch keine arranca war. Gerade das Ahistorische und die fehlende theoretische Reflektion mußten die Nummer 8 zu einem Armutszeugnis machen, denn Unterdrückung von Frauen erschließt sich Männern (in Grenzen auch gemischten Gruppen) nicht aus eigener Erfahrung, sondern nur durch theoretische Aneignung ihrer gesellschaftlichen Grundlagen und der historischen Erfahrung von Frauen.
Aus „gutem" Grund war Sexualität und die Auseinandersetzung mit ihren historischen und konkreten Formen von Anfang an ein zentrales Thema der Frauenbewegung. Es gibt meterweise nachlesbare hervorragende Literatur dazu, u.a. seit zwei Jahrzehnten dokumentierte Diskussionen von FrauenLesben. Selbst ohne jahrzehntelange Erfahrung realisieren Frauen täglich, daß Männer (und in Grenzen gemischte Gruppen) kein wirkliches Interesse an diesen Diskussionen haben. Ganz anders sieht es bei Themen wie Soziale Frage oder Euro/Linke und Maastricht aus, aber auch da wird ein feministische Analyse dieser Themen nicht wahrgenommen. Man quält sich durch Robert Kurz, Joachim Hirsch oder Detlef Hartmann - denn das wirkt wichtig, wird als grundlegend dargestellt. Das muß mann eben kennen. Aber, wer ist Mascha Madorin, wer Roswitha Scholz?
Wenn der linksradikal Anspruch formuliert wird, einen gemeinsamen (!) Kampf um Befreiung zu führen, muß mehr Interesse und Respekt für 51% der Menschheit vorhanden sein.
Wenn die arranca den Stand ihrer Diskussion zur Nr.8 im „nachspiel" als ein Manko anerkennt, wie gedenkt sie diesen Zustand zu überwinden? Warum sind feministische Beiträge in der arranca selten, und wenn, dann meist von Frauen von außerhalb geschrieben? Wieso erarbeitet sich die arranca keinen eigenen Standpunkt - außer dieser diffusen Abgrenzung zu Feministinnen, wie sie in der Nr. 8 vorherrschte?. Wieso wird „den Frauen" einerseits abstrakt das Recht zugebilligt, bei Diskussionen Grenzen setzen zu können, aber im konkreten Fall den Schwarzmarktfrauen vorgeworfen, daß sie ihre Boykott-Grenzen gezogen haben. Dürfen Frauen ihre Definitionsmacht nur ausüben, wenn sie der arranca nicht in die Quere kommen?
Mit der Art, mit der die arranca das Thema Sexualität und „Feministinnen" abhandelt, ist sie ein Beispiel für genau die „pc-Kultur", die sie an Feministinnen oder anderen kritisiert. pc-mäßig halbherzig wird zugestanden, daß Feminismus seine Berechtigung hat, aber eine wirkliche Auseinandersetzung gibt es in der arranca nicht. Es werden höchstens aufgeschnappte Versatzstücke vereinnahmt. Entsprechend wurde in der Nr. 8 der Text einer in der FrauenLesbensszene sehr umstrittenen lesbischen Frau (Susie Bright) als "unsere Erfahrungen" vereinnahmt.
Die arranca stellt im „nachspiel" nochmals die Organisations-Prämissen der Gruppe f.e.l.s. kurz dar: Es gebe zwar berechtigte Gründe dafür, daß Frauen sich autonom organisieren, aber "letztendlich kann die Auseinandersetzung um Befreiung jedoch nur in einem gemeinsamen Lernprozeß ausgetragen werden, auch, damit Männer sich ihm nicht entziehen können." Laut f.e.l.s. können Männer also nur bzw. gerade durch gemischte Organisierung zu einer Auseinandersetzung gebracht werden.
Genau dieses altbekannte Argumentation mit den „Lernschwierigkeiten" von Männern spricht für eine autonome Frauenorganisierung, denn als Gruppe (sprich: Machtfaktor) können Frauen in der Linken Männern viel besser etwas „beibringen", als in Einzelgesprächen einer gemischten

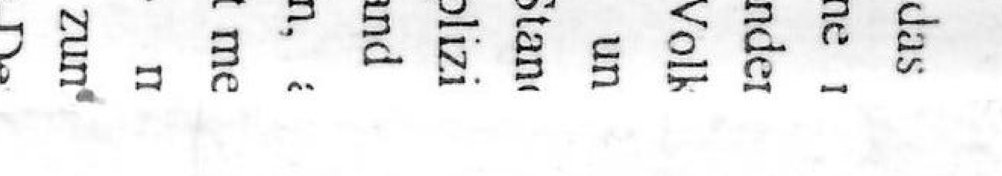
2

Gruppe. Schließlich ist es eine gesellschaftlich-politische Auseinandersetzung und keine individuelle - oder?
Organisierungsansätze wie der von f.e.l.s. waren und sind ein Grund für autonome FrauenLesbenorganisierung. Er ist samt dazugehöriger theoretischer Unterfütterung in Bezug auf Frauen ebenso ahistorisch wie die Sexualitätsnummer:
Die neue FrauenLesbenbewegung entwickelte sich aus der 68er Bewegung. FrauenLesben machten in den gemischten Zusammenhängen die Erfahrung, daß in den Analysen der zumeist männlichen Theoretiker gesellschaftliche Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen nicht vollständig erfaßt wurden. Spezifische Erfahrungen von FrauenLesben kamen gar nicht vor oder wurden als nicht so wichtig eingeschätzt. Bestenfalls bekamen Frauen klassisch marxistisch einen „doppelten Opferstatus" zugesprochen, unterdrückt durch Hausarbeit und Lohnarbeit. Ein Thema waren weder die sexistische Arbeitsteilung noch die die patriarchale Wertung der Produktions- und Reproduktionsarbeit. Die Reproduktionsarbeit, Grundlage jeder gesellschaftlichen Existenz, rangiert in dieser Hierarchie hinter der angeblich bedeutenderen Produktion. Folgerichtig werden Gewalt gegen Frauen, Zwangsheterosexualität und Sexualität als die Gesellschaft maßgeblich strukturierend und sexistische geschlechtsspezifische Rollen produzierend und reproduzierend, nahezu unterschlagen.
Die 68er Bewegung hatte zwar ansatzweise Sexualität und die gesellschaftliche Organisierung durch die bürgerliche Kleinfamilie thematisiert, aber ihr patriarchal-männliches Credo „Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Etablishment" offenbarte in frauenverachtender Weise, daß es vielen Typen nur um Rumvögeln ohne soziale Verantwortung ging.
Frauen erfuhren durch die 68er und 80er und heutige Linke immer wieder, daß sie eine gesellschaftliche Theorie und Praxis, die nicht nur die männliche Hälfte der Menschheit erfaßt, besser in einem Rahmen entwickeln können, in dem sie nicht ständig gegen orthodoxe Theorien anrennen und sich behaupten müssen.
Wichtig waren auch die Erfahrungen der Schwarzen Frauenbewegung: Schwarze Frauen mußten feststellen, daß ihre Teilnahme am Kampf gegen rassistische Unterdrückung nicht ihre Befreiung von den sexistischen Strukturen innerhalb der eigenen Bewegung einschloß. Eigene Frauenstrukturen innerhalb der Schwarzen Bewegung wurden ebenso eine Notwendigkeit wie, aufgrund der Kritik an der Weißen FrauenLesbenbewegung, die autonome Schwarze Organisierung.
Die eigenen Strukturen sind ein Machtfaktor, die Machtbasis, ohne die frau nicht mit der nötigen Durchschlagskraft Bündnisse eingehen kann. Eigenständige FrauenLesbenorganisierung ist eine strategische Frage: Wie setzen Frauen sich gegen das patriarchale System, aber auch gegen patriarchale Strukturen innerhalb der linken Bewegung durch?
Die Geschichte hat es immer wieder bestätigt: Nur wenn es starke autonome FrauenLesbenstrukturen gab, wurden feministische Positionen ernstgenommen und bekamen ihren Platz auch in der allgemeinen linken Bewegung. Das nur scheinbar konsequente Argument, daß Fraueninteressen doch überall vertreten sein müßten, hat in der Praxis gemischter Zusammenhänge immer nur zu einem Zurückdrängen feministischer Positionen geführt. (Ein Beispiel ist die Frauenseite in der taz: Sie wurde mit der Begründung abgeschafft, Artikel mit feministischer Perspektive müßten auf allen Seiten kommen. Das Resultat sieht frau heute: Artikel aus feministischer Perspektive sind noch seltener geworden.)
Inwieweit bei der arranca „Frauenthemen" angesprochen oder fester Bestandteil sind, seitdem die f.e.l.s.-Frauen-AG sich aufgelöst hat, läßt sich an der Zeitung generell - und eben der Nr.8 - beurteilen.
Frauenstrukturen bauen den Druck auf, damit gemischte Strukturen und Männer überhaupt in Bewegung kommen - das gilt auch für die arranca und f.e.l.s.
Die arranca hat mit dem „nachspiel" leider nur wenig an dem geändert, was an der Nr. 8 kritisiert worden war. So wie die Nummer oberflächlich und ärgerlich war, ist das „nachspiel" wohl nur dem guten Ton geschuldet. Das ist für eine linksradikale Zeitung/Gruppe zu wenig.
Wer sich mit Sexualität aus feministischer Sicht auseinandersetzen will, sollte das neue Heft der beiträge zur feministischen theorie und praxis lesen.

Wir wollen nicht Ursache und Wirkung miteinander verwechseln, aber die deutsche Armee hat mit dem Oder-Einsatz gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Das angeschlagene Image unserer schlagfähigen Truppe - ihre Außenwirkung - hat diverse Schmisse erhalten. Soll doch allseits dokumentiert werden, daß Sandsäckefüllen und -stapeln zu ihren originären Aufgaben gehören. Die prima Flut hat den Ruf der unterbeschäftigten Mörder auf das Allerbeste wiederhergestellt.
So konnte die Akzeptanz der Bevölkerung umfassend gewonnen werden. Wer heute zu entsprechenden Anlässen gegen die Bundeswehr agiert, weiß wovon die Rede ist. Da ist dann zumindest eine Bewaffnung zu wünschen, um sich den Angriffen des zivilen Mobs zu erwehren. Der scheint das Hammelburg-Video im Wohnzimmerschrank, hinter dem Eichenholzimitat, aufzubewahren - aus pädagogischen Gründen.
Ebenso wie in Bosnien, konnte ein Großeinsatz trainiert werden. Dazu gibt noch nicht alle Tage die Möglichkeit. Deswegen schmeckte das Oder-Wasser sooo gut.
Und noch eine geschlagene Fliege: Die Eingliederung von zivilen Katastrophenschutzorganisationen in militärische Strukturen konnte erprobt werden. Und das klappte wie am Schnürchen.
Die Männer, in bestem Untertanenstolz, parierten, schleppten und schauten auf, zu all den Offizieren und Generälen, die sich augenscheinlich in die Tiefen des Zivilen herabließen, um mir und dir und dir und dir und Allen zu helfen. Die Frauen schmierten Schmalzbrote, daß selbst den professionellen Schmalzbrotschmiererinnen vom Roten Kreuz schwindelig wurde.
Deutschland malt sich. Die Wehrpflicht wird nun niemand mehr ernstlich in Frage stellen. Keine Kritik gab es an der gleichförmigen Sprache der Berichterstatter, die täglich militärischer wurde. Kein Wort. Aus Deichverläufen, aus allen, wurde der "Frontverlauf". Immer und überall. Dergleichen Beispiele ließen sich viele finden. Wird schon wieder zurückgeschossen?
Egal was passierte: Die eingesetzten Truppen erstickten fast im öffentlichen Lorbeer. Im Verbund mit dem Militär verstieg sich der sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Manfred Stolpe zu der Formulierung: "Die **Nation** hat im 7. Jahr der Einheit ihre nationale Bewährungsprobe bestanden." Vorsicht ist geboten, wenn eine Nation, eine deutsche, sich bewährt. Nun sind Sandsäckeschleppen und Kaffeekassespenden augenscheinlich keine allzu hohen Hürden für die Bewältigung einer Probe, die der Himmel, in Form von Regentropfen, 73 Millionen Blutsdeutschen aufgebürdet hat. Was und wer also hat sich wem oder welcher Sache gegenüber bewährt? Deutschland den Deutschen? Deutsche dem Deutschland?
Eine **Halluzination** hat sich bewährt. Die Halluzination der "nationalen Verantwortung" hat sich als alltagstauglich erwiesen. Eine Verantwortung, mit der man am liebsten die ganze Welt belästigen will. Es wurde propagandistisch verankert, daß das Militär adäquates Mittel zur Wahrnehmung "nationaler Verantwortung" sei. Also v.a. nationalistischer und ökonomischer Machtinteressen. Wer für die Deutschen Sandsäcke schleppt, darf auch für Deutschland morden - das ist unweigerlich die gedankliche Konsequenz, wenn eine stumpfe Hilfsarbeit zur Frage der Ehre hochstilisiert wird. Wenn das Kriegsministerium es schafft mit den Fluten der Oder fertig zu werden, dann doch wohl auch mit der Asylantenflut, der Flut der Gewalt hier und überall sonst. Und mit den Flutwellen des Terrors, von denen deutsche Bierkonsumenten in Kenia bedroht werden. Jedes "Ja" zur Bundeswehr bedeutet in diesem Kontext ein ja zur Kriegsfähigkeit. Und sei es auch noch so eingeschränkt. Und es dient der Vorbereitung zum Kriegswillen auf Abruf. So weit ist die Militarisierung der Gesellschaft fortgeschritten, daß die Zustimmung zu Kriegseinsätzen kontinuierlich in gleichem Maße steigt wie die Kriegstauglichkeit des deutschen Militärs. Was von Volker Rühe vor kurzem noch als mittelfristiges Ziel benannt wurde, hat sich kurzfristig erfüllt. Die Bundeswehr wird als Helfer, als Retter in der Not betrachtet. Das wird so bleiben. Egal, ob sie schaufelt oder schießt, baggert oder bombt. Sie ist Erfüller und Vollstrecker der "nationalen Verantwortung".
Auch die letzten Aufregungen wegen des Roeder-Vortrages sind der Mühe nicht wert. Es ist schlicht zwingend, daß eine Armee, in der die Soldaten mit den Werten Opfermut, Disziplin und Vaterlandsstolz vollgestopft werden, und die angreifen will, immer wieder auf ihre historischen Vorbilder zurückgreift. Derer gibt es genug aus dem imperialistischen **1.** Weltkrieg und dem nationalsozialistischen **2.** Weltkrieg.

Wenn ausgebildeten Mördern Lösungskompetenz für reale und halluzinierte gesellschaftliche Probleme zugestanden wird, bleibt das nicht ohne Folgen. Es folgt dem auf den Fersen eine Veränderung der Wahrnehmung sozialer Prozesse; sie wird militarisiert. Der deutsche Konformismuszwang führt dazu, daß jede Abweichung von der Norm als ordnungs- und sicherheitspolitisches Problem gedacht wird. Es scheint als würde es den Menschen erst warm ums Herz und heimelig in der Stube, wenn draußen martialisch ausgerüstete und rassistisch motivierte Schlägertrupps durch die Straßen patrouillieren. Na, wer wird denn jetzt gleich an finstere Skinheadhorden denken? Nein, nein. Es geht um "Security-Dienste", Polizei, BGS, Bürgerwehren und dergleichen mehr; und um den Wunsch des einfachen Mannes, an diesen Manifestationen der Machtdemonstration und -ausübung Teil zu haben, indem er ihr Verhalten als legitimes und einzig richtiges Mittel übernimmt. Er wird zum Vollstrecker, der Untertan zum Herrenmenschen.
In diesem Zusammenhang werden Soldaten dann nur noch als Polizisten mit erweiterten Kompetenzen wahrgenommen - wenn es denn sein muß, können sie also auch im Lande mal für Ruhe und **Ordnung** sorgen. Wenn sie gezeigt haben, daß sie "die Serben" in Serbien klein kriegen, dann hier doch wohl auch die serbische oder wer weiß was für eine Mafia. Das ist die Logik, die bald ihre Wirkung zeigen wird - und die in einer Militarisierungswelle mündet, im militärisch abgesicherten Kontrollstaat. Neu ist das alles nicht. Es erklärt aber teilweise den Zusammenhang zwischen der Militarisierung der Außenpolitik und der innergesellschaftlichen Militarisierung. Das unentwegte Denken in militärischen Kategorien stößt an keine Grenzen und findet seinen Ausdruck in jeder Form individueller und öffentlicher Handlungsoptionen. Es suggeriert die Macht, beherrschen zu können. Und es erschafft die Macht, Andere zu vertreiben oder zu töten.
Daß so eine Entwicklung nicht widerspruchslos ist, dürfte offensichtlich sein. Nationalistische Machtgelüste stoßen allein im rechts-konservativen Elitediskurs auf eine äußerst simple, aber noch sehr effektive, Grenze: Deutsche können sich noch nicht alles leisten, wonach ihnen gelüstet. Des Ansehens wegen. Die Abhängigkeit des internationalen Ansehens Deutschlands von der ökonomischen Potenz (v.a. Export) setzt Grenzen. Die lassen sich allerdings durchbrechen, indem eine "gestiegene nationale Verantwortung" herbeigeredet wird. Auch wenn so der militärische Rahmen ausgebaut werden kann, gilt es zur Zeit noch, sich vorsichtig auf internationalem Parkett zu bewegen.

Gleichwie die Akzeptanz der außenpolitischen Militarisierung Einfluß auf innergesellschaftliche Prozesse hat, setzt an diesem Punkt der umgekehrte Mechanismus ein. Es entsteht eine Wechselwirkung.
Denn wovor es außenpolitische Bedenken gibt, macht innerhalb der Grenzen kaum jemand mehr halt. Die Schaffung der innenpolitischen Voraussetzungen für die Umsetzung des politischen Primats einer zunehmend kriegerischen Außenpolitik sind inzwischen weit vorangeschritten. Wesentliche Bedingungen für eine nach außen gerichtete Macht- **und** Hegemonialdebatte wurden durch die sog.



10999 Berlin
Oranienstr. 25
Fon 030/61500530
Fax 030/61500529

EINLADUNG ZUM STÄDTETREFFEN

Zur bundesweiten DEMO gegen verkantherte Innenpolitik und staatliche Repression am Sonntag, den 3. Mai 1998 in Berlin

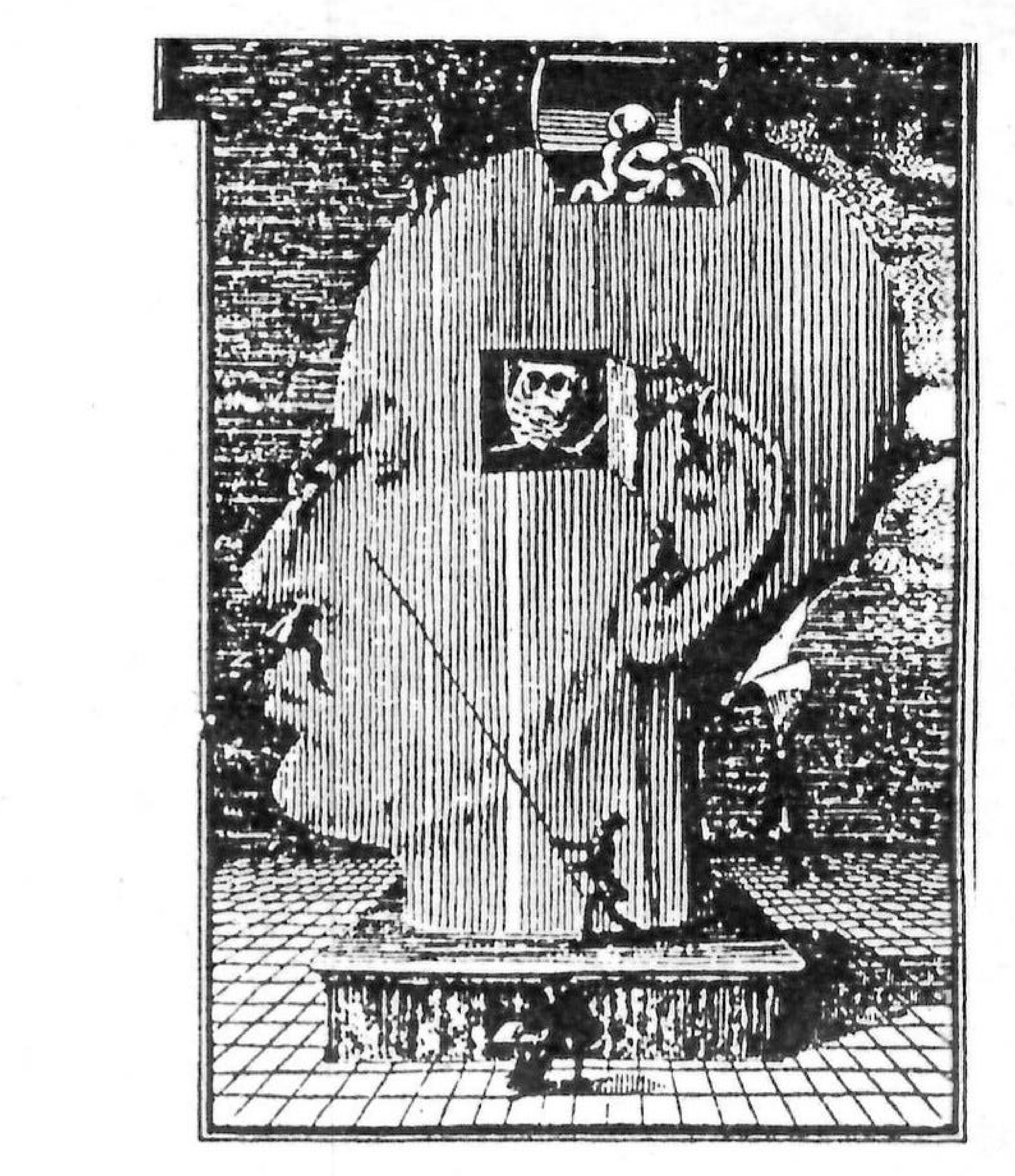
Liebe Leute,
wir sind ein Bündnis von Menschen und Gruppen aus unterschiedlichen revolutionären und autonomen Zusammenhängen. Wir versuchen, den Staat von innen heraus anzugreifen, daher beschäftigen wir uns mit der HERRschenden repressiven Innenpolitik. In Berlin nennen wir unsere Kampagne „Weg mit demPrinzip Schönbohm", denn nicht umsonst haben die HERRschenden einen Ex- General zum Innensenator gemacht und mit der Befriedung der neuen, alten Reichshauptstadt beauftragt. Unser Widerstand richtet sich jedoch nicht vorrangig einzelne RepräsentantInnen (Kanther, Schönblöd) sondern gegen die HERRschende Innenpolitik an sich.

WEG MIT DEM PRINZIP KANTHER

Das Prinzip Kanther beinhaltet die Militarisierung der Innenpolitik zur Durchsetzung HERRschender Interessen: massive Umverteilung von unten nach oben; rigorose Durchsetzung der „Festung Europa" durch immer menschenverachtendere Abschiebepraktiken, die lautstarken Forderungen nach einer erneuten Verschärfung des § 218, sowie gewaltsame Großeinsätze der Polizei gegen Anti- AKW- oder antifaschistischen Widerstand (Castortransporte, Saalfeld).
Auf Länder- oder kommunaler Ebene läuft die gleiche Scheiße ab: „Säuberung" der bundesdeutschen Großstädte; Verteibung andersaussehender Menschen aus den Innenstädten; Zerschlagung gewachsener Kiezstrukturen im Interesse der Großkonzerne und der Reichen denen sie gehören.
Die im Zusammenhang mit der neoliberalen, sexistischen und rassistischen Politik notwendigerweise entstehenden sozialen Probleme werden von den HERRschenden in Kauf genommen; dagegen werden die Sicherheitsapparate wie Polizei und Geheimdienste massiv aufgerüstet und mit immer weitreichenderen Befugnissen ausgestattet („Großer Lauschangriff"). Damit schaffen sich die HERRschenden präventiv die Mittel um zukünftigen Widerstand wirkungsvoll zu zerschlagen.
Um Widerstand vorzubeugen, werden Feindbilder wie *„Sozialschmarotzer"* oder *„kriminelle Ausländer"* konstruiert und mittels Medienpropaganda unter die Leute gebracht. Die dabei auch von CDU- und SPD- SpitzenpolitikerInnen präsentierten Gedankengänge unterscheiden sich nicht merklich von denen eines Schönhuber (REP) oder Andreas Storr (NPD-JN; z.Zt. größte militante Neonaziorganisation).

Warum eine *bundesweite* Demo am 3.5. in Berlin?

Bisher haben wir unseren Widerstand stark auf Berlin bezogen. Die HERRschende, neoliberale Innenpolitik halten wir aber für ein internationales und somit auch bundesweites Problem. So patrouillieren z.B. in der City von Hannover Bullen



mit Maschinenpistolen; im Ruhrgebiet sollen Bundesligaspiele wegen dem Castortransport nach Ahaus abgesagt werden. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.
Deshalb denken wir, dass es an der Zeit ist eine bundesweite Kampagne zu organisieren. Die „Innere Sicherheit" ist ein zentrales Thema im Wahlk(r)ampf was die entsprechende mediale Aufmerksamkeit nach sich zieht.
Außerdem werden viele Menschen wegen der Revolutionären 1. Mai- Mobilisierung ohnehin an diesem Wochenende in Berlin sein und die Auswirkungen der gegenwärtigen Innenpolitik heftigst am eigenen Leibe zu spüren kriegen. (Remember last year!) Auch die Leute, die sich an Antifa-Aktionen in Leipzig oder anderswo beteiligen, werden von repressiven staatlichen Maßnahmen nicht verschont bleiben.
Wir halten eine kraftvolle, bundesweite Demo 2 Tage später in Berlin für eine passende Antwort!

Wir würden uns um Pennplätze und ein kulturelles Rahmenprogramm für Leute von außerhalb kümmern. Die Infrastruktur dafür ist in Berlin vorhanden.

Standortdiskussion und das
Es hat mit beidem eine
"Deutschland" stattgefunden
einer nationalistischen Volk
scheint allgegenwärtig un
Mobilmachung zur "Stan
abgeschlossen ist) implizi
"Deutschland. Deutschland
wird der Maßstab sein,
Gesellschaftstauglichkeit me
dieser Entwicklung - n
ökonomischen Zwangs zun
wieder mit der "Standort-De

Bezeichnend für die allge
Kriegstauglichkeit sind die
vorhandene Widerstand
Bundeswehr, sowie gegen d
der Armee. Ausgerüstet wir
in der Lage sein wird, üb
Deswegen übt das Komman
Nicht Robben-, sondern Me
Mordgelüste, braucht es taug
Satellitenkommunikation
Abbildende Aufklärung (AG
(BR 1150 SIGINT, NDV
(AWACS), Transporthub
Feldlager/Lazarett, Transpo
(MULTI), Fernmel
Führungsinformationssystem

SoZ – Sozialistische Zeitung Nr. 3 5.2.1998

Freibrief für Konzerne

MAI: Soziales nur in der Präambel

Schon Ende der 80er Jahre haben verschiedene Industrieländer versucht, in der achten Verhandlungsrunde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens, der Uruguay-Runde des GATT, über ein multilaterales Investitionsabkommen zu verhandeln. Als dies scheiterte, gab der Ministerrat der Organisation für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) 1991 eine Studie in Auftrag, um alternative Möglichkeiten zu entwickeln. Die Empfehlung der Studie war ein eigenes Investitionsabkommen, das auch für Nicht-OECD-Länder offen sein sollte. Seit 1995 verhandelt die OECD nun unter Ausschluß der Öffentlichkeit über das Multilaterale Investitionsschutzabkommen (MAI).









Karikatur: R. Alff

Recht unmißverständlich beantwortete das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) die Kleine Anfrage des fraktionslosen Bundestagsabgeordneten Kurt Neumann zu MAI. „Es ist nicht beabsichtigt, einen Entwurf des MAI der Öffentlichkeit zu unterbreiten." Die Bundesregierung sei jedoch bereit, interessierte Gruppen über den Inhalt des Abkommens zu informieren. Zu diesem Zweck, so das BMWi, existiere bereits seit zwei Jahren ein Arbeitskreis, „in welchem neben den Bundesressorts die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft sowie einzelne Großunternehmen vertreten sind".

Während Wirtschaft und Industrie also aus erster Hand über MAI informiert werden, beantwortet das BMWi Eingaben von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) pauschal und mit beschwichtigendem Ton. Einblick in den Wortlaut erhalten sie schon gar nicht.

Doch die NGOs lassen sich nicht so leicht an der Nase herumführen. Seit Mitte des letzten Jahres ist die englische Textversion des Vertragsentwurfs im Internet erhältlich. Die Analyse von 50 Umwelt-, Entwicklungs- und Verbraucherorganisationen aus mehr als 20 Ländern vom Oktober 1997 ist alarmierend. Sie kritisierten das geplante Abkommen bei einem Treffen in Paris als „Freibrief für transnationale Konzerne". MAI sieht weitgehende Liberalisierungsmaßnahmen vor, die von Konzernen gegenüber Nationalstaaten eingeklagt werden können.

Nach einer Konsultation der MAI-Verhandlungsgruppe bezeichnen die NGOs MAI als „schädliches Abkommen, das in der jetzigen Form nicht weiter verhandelt werden sollte". Das MAI beseitige „Verantwortlichkeiten für transnationale Unternehmen", die die OECD noch in ihren Richtlinien für multinationale Unternehmen von 1976 – allerdings unverbindlich und daher nicht einklagbar – verabschiedet hatte.

Zudem, so die NGOs weiter in ihrer Stellungnahme, beziehe das MAI „keines der zahlreichen relevanten internationalen Abkommen ein" und stehe internationalen Verpflichtungen, die bereits von den OECD-Mitgliedsländern eingegangen wurden, diametral entgegen. Die NGOs nennen hier die Rio-Deklaration von 1992, die Agenda 21, die UN-Richtlinien zum Verbraucherschutz (1985), die UNCTAD-Serie multilateral verabschiedeter Prinzipien für die Kontrolle wettbewerbsbeschränkender Geschäftspraktiken (1991) und den Habitat-Weltaktionsplan.

Vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer werden von den Liberalisierungsmaßnahmen des MAI betroffen sein. Sie haben keinen Einfluß auf den Vertragstext, sollen aber dem Abkommen beitreten. Der Niederländer Frans Engering, Leiter der MAI-Verhandlungsgruppe, drohte sogar während eines MAI-Symposiums in Seoul Anfang April 1997 Ländern außerhalb der OECD Konsequenzen an, sollten sie dem Abkommen nicht beitreten. Viele Länder erhielten zur Zeit Auslandsinvestitionen, so Engering, müßten sich allerdings fragen, „ob das in den nächsten Jahren immer so sein wird ... Länder, die nicht dem MAI-Vertrag beitreten, riskieren, dafür teuer zu bezahlen."

Die Öffnung ihrer Märkte für ausländische Investoren, die sie gemäß MAI gleich den inländischen Investoren behandeln müssen, nimmt den Regierungen jeden Spielraum für regulierende Eingriffe in die jeweilige Nationalökonomie.

In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts haben viele frühere Kolonien zum Zeitpunkt ihrer Unabhängigkeit Regeln aufgestellt, mit denen sie ausländische Investitionen von bestimmten Kriterien abhängig machten. Sie schränkten die Rückführung von Gewinnen ein und verwehrten eingen Banken und Versicherungen den Zugang zu ihrem Land, um landeseigenen Unternehmen gegenüber den Multis überhaupt eine Chance zu geben. Diese Regeln werden künftig als Investitionshemmnisse gelten und von Schiedsgerichten nach den Bestimmungen des MAI sanktioniert. Die formelle Chancengleichheit des MAI für inländische und ausländische Investoren ist eine Farce. Gerade in den lukrativen Zukunftsbranchen im Hightech-Bereich werden Unternehmen aus Entwicklungsländern den transnationalen Konzernen im Wettbewerb hoffnungslos unterlegen sein. So verdankten die Tigerstaaten Südostasiens ihren wirtschaftlichen Aufstieg in erster Linie umfangreicher staatlicher Steuerung und einer intensiven Vorzugsbehandlung der nationalen Wirtschaft gegenüber ausländischen Unternehmen.

Trotzdem setzen viele Länder ihre Hoffnungen auf ausländische Investoren, die Arbeitsplätze, eine bessere Infrastruktur und Technologietransfer bringen sollen. Aus diesem Grund sitzen bereits Brasilien, Argentinien, Chile, Slowenien und Hongkong als Beobachter mit am Verhandlungstisch. Anträge auf Beobachterstatus liegen von Rußland, den baltischen Staaten und Kolumbien vor. In Asien, Lateinamerika und Afrika hat die OECD Informationsveranstaltungen durchgeführt, um noch mehr Länder für das MAI einzuwerben.

Noch gibt es eine Reihe offener Fragen bei den MAI-Verhandlungen, die vor allem die im Anhang aufgeführten Ausnahmeregelungen betreffen. Das MAI definiert „Investitionen" äußerst großzügig. Investitionen sind demnach nicht nur Produktionsstätten, sondern alle Finanzanlagen, Dienstleistungen, geistiges Eigentum (Patente) und auch reine Aktienbeteiligungen.

Dementsprechend unterschiedlich sind auch die Anträge auf Ausnahmeregelungen. „Kulturelle Angelegenheiten" erachten vor allem Frankreich und Kanada als besonders schützenswert. Die EU sowie die US-Bundesstaaten beharren darauf, eigene Unternehmen gegenüber auswärtigen Investoren bevorzugen zu dürfen. Strittig ist zudem die Aufnahme einer „Vorschrift zum Verbot von staatlichen Investitionsboykotts mit extraterritorialer Wirkung". Das betrifft vor allem das US-amerikanische Helms-Burton-Gesetz, wonach Staaten sanktioniert werden, deren Unternehmen mit Kuba geschäftliche Verbindungen pflegen.

Einig sind sich die Verhandlungspartner hingegen über ein Verbot, „inländische Umwelt- und Sozialstandards abzusenken, um hierdurch gezielt ausländische Investoren anzulocken", so das BMWi. Weitgehende Einigkeit bestünde auch darüber, daß das MAI kein geeignetes Instrument sei, „um verbindliche Normen im Bereich des Umweltschutzes und des Sozialrechts festzulegen". Deshalb wollen die OECD-Länder ihre „bestehenden internationalen Verpflichtungen zum Umweltschutz sowie die international anerkannten arbeitsrechtlichen Minimumstandards" lediglich in der Präambel des Abkommens bekräftigen, so das BMWi.

Ursprünglich sollte das MAI schon im Sommer 1997 verabschiedet werden. Der Aufschub löste bei einigen NGOs die Hoffnung aus, mit einem verstärkten Druck der Öffentlichkeit doch noch verbindliche Sozial-, Umwelt- und Arbeitsschutzstandards in das Vertragswerk einzubinden. Diese Einschätzung teilt Peter Wahl von der Nichtregierungsorganisation WEED angesichts des geplanten MAI-Abschlusses im April nicht. Gegenüber der SoZ erklärte er Ende Januar, er halte wegen der aktuellen Kräfteverhältnisse bei den Verhandlungen eine verbindliche Formulierung für unwahrscheinlich.

Gerhard Klas

Gegenkongreß zur WTO-MinisterInnenkonferenz

vom 18.-20. Mai in Genf/Schweiz

Gegenkongress in Genf

Mittwoch 18.2.
Empfang der TeilnehmerInnen des Kongresses

Donnerstag 19.2.
Beginn der Diskussionstische
Diese werden von Einzelpersonen oder Gruppen vor Ort organisiert und dauern 1 bis 5 Tage, je nach Lust der OrganisatorInnen

Hier eine unvollständige Liste von möglichen Themen: • Frauen • Migration • Ökologie • Wirtschaft • öffentliche Dienste • Lateinamerika • Globalisierung und neue Formen der Ausbeutung und Sklaverei • Landwirtschaft • Gentechnologie, Biotechnologien • Menschenrechte • sozio-ökonomische Politik • Indigene Völker • Politische Macht der Lobbies.
Diese Diskussionstische sind offen für alle

Samstag 21.2.
Diskussionstische und Film über Frauen in Indien

Sonntag 22.2.
Schluss der Diskussionstische & Eröffnungsabend des Kongresses mit einem kubanischen Trio und bolivianischer Folklore.

Montag 23.2.
Diskussion im Plenum, anschliessend in Arbeitsgruppen **über das Manifest der weltweiten Aktion gegen die WTO**, am Abend Konzert der **«Frères Kulibali»** aus Burkina Faso

Dienstag 24.2.
Koordination der weltweiten Kampagne und der Aktionen. Am Abend Theaterstück über die Globalisierung.

Mittwoch 25.2.
Schlussplenum & Demonstration. Am Abend Konzert der Gruppe **«Carnaval Latino» & Salsa-StrafBar.**

Donnerstag 26.2.
Koordination und Planung der Kampagnengruppen und **Velotour** durch die Stadt

Freitag 27.2.
Europäisches Treffen für eine Bewegung des Zivilen Ungehorsams gegen den «freien» Handel. Schluss des Kongresses

Kontaktadresse und Anmeldung für Kongress siehe Seite 9.
Kontaktadresse in Genf: Genève, tel/fax 022/344 47 31, email: red.red2@span.ch

AUTONOME POLITIKUNFÄHIGKEIT (2)

Warum die Radikale Linke keine Revolution will

Wie schon in meinem letzten Beitrag (Interim Nr.440) beziehe ich mich auf die sogenannte „Paul und Paula Debatte", wobei ich diese Bezeichnung für merkwürdig sinnentleert halte. Das führt dann dazu, daß diverse Leute das ganze als alleinige Diskussion um Identitätsfeminismus oder gar als „Sexualitätsdebatte" mißverstehen. Den Unglücklichen ging es aber um Identitätspolitik und den Umgang mit abweichenden Positionen innerhalb der „Szene" überhaupt. Identitätsfeministische Zensur war dafür nur der Anlaß. Mein Text geht daher hauptsächlich der Frage nach dem Sinn und Unsinn Identitätspolitischer Ansätze, vor allem in der Autonomen Linken nach. Das ist daher auch der Titel, den ich dieser Debatte gerne geben würde. Alles andere dient meines erachtens nämlich nur der Ablenkung von genau dieser Fragestellung. Eine Bewegung, die über ihre Krise lamentiert, und andererseits in völlige Hektik verfällt, wenn einige mutige Versuchen Ursachenforschung zu betreiben (Die Unglücklichen), kann einem echt die Motivation rauben. Hier geht eine hochinteressante Fragestellung im üblichen autonomen Abgrenzungswahn (Kermit u.a.) und in Arroganz und Nichtverhalten (Frauen/Lesben) unter.
Im ersten Kapitel werde ich mich noch einmal mit dem Papier der Unglücklichen beschäftigen, um mich dann aber sehr schnell meinem eigentlichen Anliegen zu widmen.
Ich bediene mich im Folgenden häufig eines ironischen Stils. Das heißt nicht, daß ich hier nur über andere lästern will. Des öfteren bin ich durchaus auch selber gemeint. Ich finde nur, daß mensch bei all dem Mist den Humor nicht verlieren sollte.

I. Zur Form der Diskurse - Ein Nachtrag

Die Unglücklichen haben sich in Interim Nr.440 zurecht gefragt, warum sie von vielen so penetrant mißverstanden werden. Das mag zum einen daran liegen, daß sowas einer Avantgarde wie der Radikalen Linken, und ihrer Speerspitze, den Frauen/Lesben natürlich nicht passieren darf: Daß es welche wagen ihr Weltbild in Frage zu stellen. Ein anderer viel einfacherer Grund scheint mir aber wesentlich wahrscheinlicher.
Und zwar ihre Sprache. Die Unglücklichen haben sich, angesichts ihres intellektuellen Hintergrundes, sichtbar Mühe gegeben auf Fremdwörter und endlose Zitate zu verzichten. Doch der gute Wille allein reichte eben nicht. Trotzdem kommt das ganze Papier oberintellektuell, kompliziert, schwer verdaulich und offensichtlich mißverständlich rüber. Im Gegensatz zu den meisten Autonomen habe ich nie die Universität besucht. Trotzdem beteilige ich mich an diesem Diskurs, und ich habe auch nicht das Gefühl deswegen weniger schlüssig und logisch zu argumentieren. Ich mußte „Paul und Paula" dreimal lesen um es vollständig zu erfassen. Für „Kuschelsex oder Kuschelpolitik" brauchte ich schon vier Durchgänge. Anderen reicht da vielleicht ein Durchgang. Und der eine oder die andere hat den Text eben nur einmal gelesen - und das reichte *nicht*. So einfach ist das! Für die AutorInnen nur mal so in den Raum gestellt: Wenn Eure eigene -doch recht akademisch zusammengesetzte- Szene Euch schon nicht mehr versteht, wie glaubt Ihr eigentlich Eure Inhalte jemals außerhalb Eures linken Sumpfes verbreiten zu können? Agitationsmaterial für die linksliberalen Oberschichten der BRD, oder was?

In bestimmten Fachdiskursen sind Verklausulierungen, Interpretation von Klassikern, komplexe Textaufbauten und Fachsimpeleien sicherlich unumgänglich. Schließlich zehre auch ich davon, daß sich Menschen wie Foucault oder Butler einmal sehr abgehoben den Kopf zerbrachen. Ist das aber in dieser Zeitung, in diesem Diskurs, notwendig? Ich behaupte nein. In diesem Sinne grüße ich die VerfasserInnen des Seminarscheines in Interim Nr.442. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.
Daß die Form eines Textes noch überhaupt nichts über die Brauchbarkeit seines Inhalts aussagt beweist der Beitrag „Kuschelsex oder Kuschelpolitik" von „EinE Nicht-FrauLesbe"(von mir im folgenden *Lesberich* genannt) in Interim Nr.440/441. Da erbringt jemand den Beweis, daß er das mit dem Zitieren und Schwafeln besser beherrscht, als die Unglücklichen - toll! Und sonst? Da bemüht Lesberich über 19 Seiten Althusser, Foucault, Butler und sogar Lenin um mir klarzumachen, daß ich in meinem letzten Beitrag eine besonders „gute" Identität vergessen hatte: Die Lesben, die Reinkarnation der absolut widerspruchsfreien guten revolutionären Bewegung. Dieser Auslasser war natürlich aufgrund meiner heterosexuellen Sozialisation absolut unausweichlich. Ich bedauere dies im nachhinein zutiefst. Leider war dies der einzige Lernerfolg bei meinen Bemühungen, den Text zu verstehen. Denn, da ich mich leider im Zweifelsfall nur als bisexueller Mann outen kann, darf ich bei Lesberichs Revolution nicht mitmachen. Und so bleibt mir nur ein kleiner Verweis: „Wenn ich hier nicht tanzen darf, dann ist dies nicht meine Revolution!" Ende der Diskussion.

II. Der Stand der Gesellschaft

Nepomuk (Interim 441) und die Mutlosen (Interim 438) motivieren mich dennoch weiterzuschreiben, obwohl ich mir manchmal nicht sicher bin, ob sich in diesem Blättchen überhaupt jemand dafür interessiert.

>> Ich werde im weiteren Verlauf wahlweise von „der Radikalen Linken" und von „den Autonomen" sprechen. Das hat nichts mit Begriffsverwirrung zu tun, sondern damit, daß ich davon ausgehe, daß es „die Autonomen" so schon lange nicht mehr gibt. Andererseits denke ich, daß große Teile der Radikalen Linken geschichtlich aus ihnen hervor gegangen sind und/oder sich in ihren Denk- und Handlungsansätzen mittelbar oder unmittelbar auf die Ansätze dieser Bewegung beziehen. Diejenigen, welche sich also in meinen Szenebeschreibungen nicht wiederfinden, lesen also bitte einfach „Autonome", statt „Linksradikale". Das ist natürlich auch ein bißchen verkürzend. Andersherum würde ich es aber leider etlichen Leuten viel zu einfach machen, welche sich zwar nicht als Autonome verstehen, sich aber wie welche benehmen. Trotzdem will ich hier betonen, daß es sicherlich engagierte Leute gibt, die in weiten Teilen meinem Textes nicht gemeint sind. <<

Ich stimme mit Nepomuk darin überein, daß Identitäten Mittel zum Zweck der Dekonstruktion sein sollten und durchaus einen emanzipatorischen Gehalt haben können. Ich bin auch davon ausgegangen, daß die Abschaffung von überkommenen Identitäten zu bestimmten Zeitpunkten eine Analyse der gesamtgesellschaftlichen und szeneinternen Situation voraussetzen. Aber im Gegensatz zu Nepomuk finde ich es gerade aus dieser Analyse heraus absolut notwendig, die Identität der Radikalen Linken über Bord zu werfen. Und zwar sofort! Ich werde dies im folgenden mal nicht anhand der Geschlechterfrage begründen. Zwar haben die Unglücklichen hier genau das richtige Thema getroffen, denn das Umgehen mit dieser Frage ist das einzige brauchbare Argument der Szene um ihre Identität überhaupt noch glaubwürdig zu verteidigen. Leider geht dabei momentan total unter, daß sich jene Identität an allen an-

deren relevanten Punkten seit langem völlig überlebt hat und teilweise schon konterrevolutionäre Züge annimmt. Und um das zu belegen brauche ich, anders als die Unglücklichen, gar nicht erst den Umweg über die Zensurfrage zu gehen.

Gesamtgesellschaftlich betrachtet befinden wir uns in einem historisch bedeutsamen Umbruch von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft, der allenfalls noch mit der Industrialisierung im 19.Jahrhundert vergleichbar ist. Die Folgen dieses Umbruchs sind das Wegbrechen ganzer Industriezweige, Massenarbeitslosigkeit einhergehend mit der Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Zunahme von Teilzeitarbeit und Heimarbeit, usw,usf. Eine der politisch bedeutsamsten Folgeerscheinungen ist zweifellos der ökonomische Zusammenbruch der „Arbeiter und Bauern"-Staaten. Dieser bedeutet für die Menschen weltweit den Verlust der einzig greifbaren antikapitalistischen Utopie. (Und in dieser Hinsicht ist völlig unerheblich, daß dies lediglich eine Illusion war.) Durch diese Situation ergeben sich für die Herrschenden völlig neue Möglichkeiten zur Etablierung und Transformierung ihrer politischen Macht. Vorbei die Zeiten, als „Sozialstaat" und „Demokratie" unabdingbare Voraussetzung in den Metropolen waren, um sich gegenüber den sozialistischen Staaten profilieren zu können und die Massen bei der Stange zu halten. Allein mit der Etablierung der EU (um nur ein Beispiel zu nennen) schaffen die Herrschenden derzeit, quasi durch die Hintertür, Stück für Stück die direkte, parlamentarische Demokratie in ganz Europa ab - bisher ohne nennenswerten Widerstand. Und was verschärfte Repression wirklich bedeutet, davon können jene ein Liedchen singen, die schon einmal versucht haben gegen einen EU-Gipfel zu demonstrieren. Die Abschaffung diverser Grundrechte, sowie die öffentliche Förderung des Rassismus zur Spaltung der Menschen, einhergehend mit der Durchsetzung einer neuen Bevölkerungspolitik(„Festung Europa"), sind ebenfalls Zeichen eines wachsenden Machtbewußtseins der herrschenden Eliten. Bis hierhin werden mir die meisten LeserInnen noch weitgehend folgen wollen.

Bei der Szeneinternen Analyse wird's da schon schwieriger werden. Denn während weltweit ein wahrhaft gigantischer Rollback im Gange ist, den die gesamte deutsche Linke lange Zeit völlig unterschätzt hat, und immer noch unterschätzt, übt sich die „Szene" in Selbstmitleid und Abgrenzungsdebatten. Ihre gesellschaftliche Relevanz hat einen historischen Tiefstand erreicht. Nie war die deutsche Radikale Linke so machtlos wie heute. Sie wird von der Entwicklung praktisch überrollt.
Um sich das anzuschauen braucht mensch nur mal einen Blick in die Interim Nr.441 vom 8. Januar `98 zu werfen. Da verteilt eine Antifa-Gruppe Flugblätter in einem Wohngebiet von KW - und schimpft bereits im beiliegenden Kommentar über „das oberspießige Bürgertum", dem das Flugblatt`eh egal sei. Warum haben sie es dann eigentlich verteilt? Mit der allesvernichtenden Behauptung „der Deutsche an sich" sei sowieso rassistisch, sexistisch, spießig und reaktionär hat sich die Radikale Linke vor allem in den letzten Jahren eine Menge politische Arbeit von vornherein gespart. Glücklich können da jene sein, die sich mit Flüchtlingspolitik beschäftigen. Sie haben wenigstens noch die Hoffnung, daß ihnen welche zuhören könnten. In der selben Ausgabe findet mensch in einem Aufruf zum LEGO-Treffen die bezeichnende Feststellung „Wir haben nix zu sagen, und wenn wir was zu sagen hätten, es fehlte uns das geeignete Publikum". Immerhin kann mensch den AutorInnen zugutehalten, daß sie sich des Problems der „sinnlos gewordene(n) Avantgarde-Vorstellung" bewußt sind und genau darüber Diskutieren wollen. Leider schwingt in der Fragestellung derart viel Orientierungslosigkeit und Selbstmitleid mit, daß mensch sich statt zu diskutieren lieber gleich hinterm Ofen verkriechen möchte. „Gibt es zwischen UNS und DENEN noch ANDERE?" „Sind die Massen noch zu retten?" Welch teifgreifende Sinnkriese, was für bedeutungsschwere Fragen.

„Nichts ist peinlicher für eine revolutionäre Führung, als über die Unwissenheit der Massen zu jammern"
Rosa Luxemburg[1]

Allein in Deutschland leben derzeit 5 Mio. Arbeitslose, 2 Mio. SozialhilfeempfängerInnen, mindestens 10 Mio. Frauen, die sexuellen Übergriffen ausgesetzt sind oder waren, und weit mehr als 500.000 illegalisierte Flüchtlinge. Und denen haben wir nichts zu sagen? Sind Forderungen, wie „Bleiberecht für alle", oder „1.500 DM Grundsicherung im Monat für alle" keine Inhalte? Diese Forderungen sind der Interim entnommen. Daß die Situation bereits im benachbarten Frankreich zeitweise eine andere ist, als hierzulande, liegt vermutlich nicht daran, daß „der Franzose an sich" progressiver ist. Es wird vielmehr daran liegen, daß sich dort Linke dazu herablassen mit den Leuten zu reden. Nehmen wir die deutsche Radikale Linke und die von ihr produzierten Berge von Theorien und Papier ernst, dann wird klar, daß das Problem kein vorrangig inhaltliches ist. Es ist eine Frage des Selbstbildes, sprich der eigenen Identität.

III. Der Stand der „Szene"
Zur besseren Verständlichkeit werde ich hier noch einmal einen kleinen geschichtlichen Exkurs einfügen. Geduld denjenigen, die das alles schon kennen.
Vor 18 Jahren waren einmal Autonome angetreten um die Identität der undogmatischen, radikalen Linken in der BRD neu zu bestimmen. Durch die Schaffung von Freiräumen z.B. in besetzten Häusern und die Entwicklung einer eigenen, neuen, radikaleren Kultur sollten revolutionäre Identitäten in Abgrenzung zur herrschenden Norm entstehen. Gleichzeitig sollte dieses Vorleben einer Alternative aber auch in die Gesellschaft hineinwirken, zum Nachdenken anregen und diese sozusagen mit revolutionieren. Die AkteurInnen begriffen sich dabei relativ klar als VorreiterInnen der Revolution, d.h. als Avantgarde. Die Machtfrage wurde gestellt. So war die Berliner Häuserbewegung z.B. anfangs auch angetreten, um den MieterInnen zu beweisen, daß mensch sein Haus auch ohne Staat, Hausbesitzer und viel Geld instandsetzen kann. Kiezansatz und Mietpolitik waren geflügelte Worte. Anti-AKW- und viele andere Bewegungen wurden als Agitationsfeld für die Revolutionierung der Gesellschaft begriffen. Zu diesem Zweck wurden taktische Bündnisse bis tief in die SPD hinein nicht gescheut. Von all dem ist *nichts* geblieben. Außer einer Sache: Der eigenen, revolutionären, avantgardistischen Identität.
Neugier trieb mich neulich nach Friedrichshain, in den autonomen Infoladen „Daneben" - Sitz der „Unglücklichen". Schlagartig wurde mir klar, warum genau hier der Begriff „Ex-Autonome" entstehen mußte. Nachdem ich den für Normalsterbliche (vorausgesetzt sie erfahren irgendwo von der Existenz dieses Etablissements) kaum zu findenden Hintereingang durchschritten hatte, betrat ich ein verschlafenes autonomes Wohnzimmer. An guten Büchern,

---

[1]Achtung! Diesen Satz zitiere ich aus dem Gedächtnis (hab leider keine Rosa Luxemburg - Sammlung im Regal). Er stammt aus einem Brief, irgendwann um 1910 rum. Ich übernehme also keine Haftung für eventuelle Satzbaufehler oder so.
Aber kommt doch echt voll cool und überzeugend rüber, wa? Und mit Fußnote!

schlauen Theorien, und Bergen von Infomaterial fehlte es nicht. Leider gab die dicke Staubschicht all dem eher das Flair eines seit zwanzig Jahren dahindämmernden Antiquariats. Warum machen sich diese Leute eigentlich all die Arbeit, wenn das ganze zusammengetragene Wissen von niemandem gelesen wird? Ein Infoladen für den weiteren Bekanntenkreis. Tja, liebe Unglückliche. Von der Erkenntnis des Scheiterns der Identitätspolitik, bis zur Entwicklung und Umsetzung neuer Ansätze ist es eben ein weiter Weg.
Letzte Woche war ich auf einer Bündnisdemonstration von etwa 4.000 Menschen gegen Fahrpreiserhöhungen bei der BVG - klassisches Kampf- und Agitationsterrain der Radikalen Linken. Bis auf sehr vereinzelte Ausnahmen (verlaufen, wa?) konnte ich keine Autonomen entdecken. Die Forderung „Nulltarif für alle" war ihnen wohl nicht revolutionär genug. Die Avantgarde strebt vermutlich nach Höherem (und keine/r kann mir erzählen, daß die alle in Dresden waren). Einen hörte ich mosern: Die fordern ja nicht mal „Bleiberecht für alle"- äußerst Konstruktiv! Hätte er doch einfach Flugblätter zum Thema mitbringen können - oder?
In bleibender Erinnerung ist mir auch das beschämende Ende der ostberliner Häuserbewegung 1996/97 geblieben. Da wurde wutentbrannt über den Verlust der eigenen Freiräume gejammert. Als Kampf- oder Agitationsbasis, als revolutionäre Struktur, als Brücke zur MieterInnenbewegung hat diese Häuser allerdings keine/r der beteiligten Avantgardisten mehr bewußt begriffen. Auch nicht jene Linksradikalen, die kopfschüttelnd abseits saßen und die anderen im Regen stehen ließen. Wen wunderts, daß das die „SpießerInnen" von nebenan nur müde lächeln ließ. Als rein private Freiraumbeschaffung war das mit dem Häuser besetzen aber auch nie konzipiert gewesen.
Am 1. Mai`97 zog mal wieder jene Demo durch die Stadt, die doch eigentlich Geschlossenheit, Stärke und Ausstrahlungskraft der Radikalen Linken repräsentieren sollte. Ganz in subkultureller Tradition war die Mehrzahl der Leute schön schwarz gekleidet. Daß diese Bekleidung ursprünglich auch noch einen anderen Zweck erfüllen sollte, nämlich den der Unkenntlichmachung und Geschlossenheit gegenüber den Bullen, wußte wohl kaum noch eine/r der anwesenden. Wie die Hasen liefen sie vor den Schergen davon. Niemand hatte sich die Mühe gemacht wenigstens dem Nachwuchs aus den eigenen Reihen durch Flugis den Sinn eines solchen Aufzuges zu erklären. Aber wozu auch? Die Avantgarde strebt eben nach Höherem. Was blieb, war lediglich die Repräsentation einer jämmerlichen Subkultur. Sonst nichts.

Wie diese Beispiele zeigen, gäbe es theoretisch also eine Menge zu tun. Und die immer wieder auflebenden sozialen Bewegungen, von SchülerInnen über MieterInnen bis zu Entlassungsbedrohten und Arbeitslosen könnten ja eigentlich auch hoffen lassen. Doch es gibt eben auch eine schier unendliche Liste von Argumenten, die scheinbar dagegen sprechen:
- Da wäre zunächst die unerträglich drückende Last des reaktionären Rollbacks und die kaum auszuhaltende Repression. Dazu erspare ich mir hier einen Kommentar.
- Desweiteren haben wir da eine deutsche „Masse", die keinerlei Drang zur sofortigen Revolution verspürt. Und viele wissen wahrscheinlich nicht einmal, was das ist, und wohin das führen soll. Und sollte es doch mal einer wissen, dann ist er bestimmt Sexist, Rassist und Nationalist in einem. Oder gar Stalinist. Komisch nur, daß diese Menschen scheinbar so geboren werden.
- Dann wäre da noch das Problem mit den „bösen" reformistischen Organisationen von den Mietervereinen bis zum BUND. Diese Gruppierungen vereinnahmen jede noch so revolutionäre Forderung sofort, grenzen aus, und machen die radikale Linke bei jeder Kontaktaufnahme im wahrsten Sinne des Wortes zur Schnecke. Gleiches gilt natürlich erst recht für andere radikale linke Gruppen von der AABO (=Antifaschistische Aktion /Bundesweite Organisation - uff) bis zu einigen K-Gruppen (=kommunistische orientierte), die nicht die reine autonome Lehre vertreten. Denkt eigentlich auch mal wer darüber nach, warum diese Gruppen, im Gegensatz zu den Autonomen ständig größer werden, wo ihre Inhalte doch so doof sind? Ach ja, ich vergaß, die Deutschen sind eben so beschränkt.
- Auch nicht vergessen darf mensch natürlich, daß die Radikale Linke nur ein paar lächerliche tausend Seelen zählt, daß sie nur über ein paar Dutzend Häuser und Läden verfügt, überhaupt kein Geld hat, und die Tatsache, daß wir immer weniger werden. Die Leute sind einfach überfordert. Eigentlich unfaßbar, daß dies niemanden dazu motiviert Öffentlichkeits- oder gar Jugendarbeit zu betreiben. Aber Agitation ist eben etwas, womit sich eine moderne Avantgarde nicht abgeben muß.
- Im Zweifelsfalle bleibt aber auf jeden Fall noch das Problem, daß es keine Konzepte gibt, wie mensch schnell zur perfekten Revolution kommt. Mit welchem Inhalt sollte denn agitiert werden? Eigentlich wußten die Linksradikalen das aber noch nie. Und keine/r kommt auf die Idee, sich zu fragen, ob das im Moment überhaupt so wichtig ist.

Diese Liste ließe sich unendlich fortsetzen. Was danach noch bliebt ist faktisch *nichts*.
Außer interne Diskussionen und Rechthabereien, Spaltungen in Gut und Böse und die Verteidigung der verbliebenen „Freiräume". *Das* ist der derzeitige Stand des linksradikalen Bewußtseins. Und wo, bitteschön, erkennt hier noch jemand die *positive* Wirkung einer Identität?

IV. Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg

Bei näherer Betrachtung entpuppt sich der ganze Affentanz mit Selbstzweifeln, Lamentieren und Abgrenzungsmanövern als das, was er wirklich ist: Eine Ausrede! Viele Ausreden dafür, daß sich die Radikale Linke still und heimlich aus der politischen Verantwortung verabschiedet.
Fragt sich nur, warum da eine ehemals revolutionäre Bewegung einfach so aufgibt. Die Antwort ist ebenso erschreckend wie einfach. Weil die Individuen, aus denen sie sich zusammensetzt, gar keine tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung wollen, und vielleicht auch noch nie wollten. Oder etwas milder ausgedrückt: Die Bereitschaft, dafür Unbequemlichkeiten, sprich nervige Kleinarbeit, einen langen, langen Atem und auch Niederlagen in Kauf zu nehmen, ist extrem gering. Die unselige autonome Vorstellung, daß Politik Spaß machen *muß*, erweist sich dabei zum wiederholten Male als Fußangel. Bisher gehen alle Beteiligten davon aus, daß die guten radikalen Linken auch tatsächlich eine Veränderung hin zur Revolution wollen. Ich halte das mittlerweile für nicht mehr als eine unbewiesene Behauptung, eher für ein Gerücht. Solange mensch noch in der warmen, deeskalierenden Wohlfahrts- BRD lebte, speziell im Westberliner Kindergarten, war dies noch gut zu vertuschen. Jetzt, wo es ernst wird, wo die Herrschenden sich nicht mehr so einfach an „demokratische" Spielregeln halten, wo sich mal so richtig zeigt, was Kapitalismus und Patriarchat wirklich bedeuten oder bedeuten könnten, da bekommen die tollen RevolutionärInnen kalte Füße.
Und dann ist da ja auch noch die eigene gesellschaftliche Stellung. Noch wesentlich krasser als schon in den achtziger Jahren setzt sich die Radikale Linke heute überwiegend aus AkademikerInnen und solchen die es werden wollen zusammen. Und diese gehören im Dienstleistungs-Deutschland im Zweifelsfalle zu den GewinnerInnen. Zwar ist es auch für Diplom-PolitologInnen kein Zuckerschlecken einen Job zu finden. Wer aber schon mal einschlägige soziologische Studien gelesen hat, der/die weis, daß in der Linken geschulte Managercharaktere im Kampf um gute

Jobs immer noch mit Abstand die besten Karten haben. Dazu kommt, daß die Flexibilisierung von Arbeitszeiten, und der Ausbau der Teilzeitarbeit dem autonomen Jobber- und Arbeitsethos fast wie ein Geschenk auf den Leib geschnitten ist. Wer frohlockt nicht bei einem 20h-Job mit flexibler Arbeitszeit, begrenzter Eigenverantwortung und 1.500 DM netto im Monat? Auch im sozialen Bereich werden die Jobs zwar rarer. Aber für die linksradikale StudentInnenszene reichen sie allemal. Klar, die Zeiten als Student im 15.Semester oder als Langzeitarbeitsloser waren lockerer. Aber vielleicht auch ein bißchen leer. Dabei müßte eigentlich klar sein, daß dieser Zustand nicht unbedingt von Dauer sein wird. In unseeliger alter, autonomer Tradition wird die Frage der ökonomischen Existenzsicherung aber weiterhin völlig individuell betrachtet. Das führt dazu, daß die Leute einfach drüber hinwegsehen können, daß der ökonomische Abstieg für die meisten anderen Menschen in dieser Gesellschaft wesentlich krasser ausfällt, als für sie selbst. Und da die Existenzfrage nicht politisch, sondern persönlich betrachtet wird, ist es kein Wunder, daß Demos gegen Sozialabbau die „Szene" kalt lassen.

Doch dumm sind die AkademikerInnen ja auch nicht. Denkt mensch nämlich still, heimlich und natürlich privat über die eigene berufliche Zukunft nach, dann ist die Erkenntnis doch etwas peinlich. Dann wird schon klar, daß mensch irgendwann, aber eben eher als allerletzte/r ein *echtes* Problem bekommt. Und dann hat der/die Durchschnittsrevolutinär/in, im Gegensatz zu den meisten anderen Menschen, immer noch die Wahl Karriere zu machen. Diese Gedanken lassen eine/n dann doch recht zufrieden schweigen. Bloß nicht über die eigene gesellschaftliche Position reden. Das könnte ja die gute revolutionäre Identität beschmutzen. Den Satz „Das Private ist politisch" hat die Radikale Linke nicht umsonst auf bestimmte Themen begrenzt gelassen.

Und dann sind da noch die „Freiräume". Will mensch nicht alleine wohnen, so bietet der Wohnungsmarkt vergleichsweise preisgünstige Mehrraumwohnungen an. Die Zeiten als Großfamilien und Wohngemeinschaften den Markt blockierten sind im postmodernen Deutschland nur noch Geschichte. Außerdem gibt es da noch an die hundert Exbesetzte Häuser, die teilweise händeringend nach Mitwohnis suchen. Klar, ab und zu wird mal eines geräumt oder angezündet, aber letztendlich ist auch diese Schlacht längst geschlagen. Von den paradiesisch wachsenden Vergnügungsmöglichkeiten mit Kneipen, Konzertsälen und Multiplexkinos im Berliner Hauptstadt-Dschungel will ich hier gar nicht erst anfangen.

So betrachtet zeigt sich dann auch, daß die gute revolutionäre Identität an entscheidenden Punkten völlig wirkungslos bleibt. Hier greift die gesellschaftlich zugewiesene Identität ungebrochen und bestimmt das Denken und Handeln der Radikalen Linken. Das Politikverständnis in der Sozialen Frage wird nämlich hauptsächlich von der Sorge um den eigenen Arsch dominiert.

Bleibt nur noch die Frage, warum der/die RevolutionärIn um die dreißig nicht einfach seinen Frieden mit dem System macht, und die revolutionären Ideologien über Bord wirft. Das hatten die 68`er doch eigentlich ganz gut hingekriegt. Doch die heutige Radikale Linke hat aus der Geschichte gelernt...

V. Die Identität als Selbstzweck

Die Ex-Revolutionäre von heute haben nämlich gar keine Lust von der nächsten Generation als Feindbild geoutet zu werden. Und mit der guten, korrekten, revolutionären Identität läßt es sich auch allemal besser schlafen, als mit einem fragwürdigen Knick in der eigenen Geschichte. Außerdem sind all die theoretischen Diskussionen und Lektüren ja auch recht sinnstiftend und lebensfüllend. Schließlich sind wir im Grunde ja alle für gesellschaftliche Veränderungen und Revolution. Nur tun mag mensch nichts Sinnvolles dafür, weil`s entweder keinen Spaß macht, oder eh keinen Zweck hat.

Die ehemals autonome Identitätsbildung erweist sich heute als wahrhaft diabolisches Instrument zur Verschleierung einer bereits stattgefundenen politischen Bankrotterklärung. Wie ich schon in meinem letzten Beitrag (I. 440) eingeführt habe, ist die Identität der Radikalen Linken von festen, sinnentleerten Begriffen in Form von Mythen (D.h. für mich, daß Begriffe nicht bewußt benannt, sondern unbewußt und unhinterfragt verinnerlicht werden.) geprägt, die sich, je nach Bedarf, flexibel handhaben und auslegen lassen. Da ist zum einen vor allem der Radikalitätsbegriff (radikal=gut; radikaler=besser; noch radikaler=revolutionär) und zum anderen der Gummibegriff der Political Correctness (welcher nicht zufällig von den Rechten als Kampfbegriff benutz werden kann). Mit ihnen ausgestattet können sich die „guten" radikalen Linken mittlerweile nicht nur durch - zuweilen äußerst aggressive- Abgrenzung gegenüber der „Masse" der Bevölkerung definieren. Da das allein schon lange nicht mehr glaubwürdig genug ist, wird diese Abgrenzung immer stärker auch gegenüber Andersdenkenden aus dem eigenen Umfeld praktiziert.

Dabei war das mit der identitären Abgrenzung eigentlich mal ganz anders gedacht gewesen. Nämlich als Abgrenzung gegenüber einer herrschenden Norm, bzw. Struktur und nicht gegenüber den Individuen, die dieser Norm unterworfen sind, und ihr nicht einfach so entschlüpfen können. Durch einen solch simplen, aber nicht unbeabsichtigten, Fehlschluß verkommt die ganze Identitätsbildung zur Farce. Diese Definition über Abgrenzungen, die theoretisch ja soo progressiv sein kann, wird von ihren VertreterInnen bis zum äußersten vorangetrieben. Je nach Abgrenzungsbedarf wird die Radikalitätsgrenze beliebig hoch angesetzt. Entscheidend ist letztendlich nicht der tiefere positive Sinn dieser Kategorien, sondern das Bedürfnis besser zu sein als die anderen, um darüber hinwegzutäuschen daß mensch keinen Deut schlauer ist als sein Gegenüber. Denn nur wer penetrant feststellt, daß die anderen nix klar haben, kann sich heute noch einbilden, zu den Guten zu gehören. Der einzige Begriff, der dieser Identitätsbildung noch annähernd treffend gerecht wird ist der der Negation. Doch die Negation alleine hat noch nie etwas verändert. Dabei dienen „Freiräume" und Subkultur mittlerweile nur noch als eine Art Bestätigungsfeld für die eigene Identität. Eine irgendwie gestaltete öffentliche politische Aussage ist in ihnen jedenfalls nicht mehr erkennbar.

Meine Frage an die Mutlosen ist daher auch die, wie lange sie noch darüber meditieren wollen, „... wer in einer bestimmten historischen Situation eine Identität entwickeln (...) mußte, um sich zu Wort zu melden." Oder „...welche Unterschiede innerhalb der radikalen Linken noch akzeptabel (gewesen) sind und welche nicht...". Wirklich produktiv und auch radikal wäre es doch eher, sich mal ehrlich einzugestehen das das was heute als linksradikale Identität firmiert einfach absoluter Bullschit ist!

Nepomuk schreibt: „Das Festhalten an Identitäten ist um so notwendiger und wahrscheinlicher, je stärker das Bedürfnis nach einer Abgrenzung gegenüber anderen Identitäten ist." Wahrscheinlich ist das tatsächlich und, wie ich finde, gut formuliert. Aber notwendig? In einer Phase des forcierten und erfolgreichen antifeministischen Rollbacks drängt sich doch eher die Frage auf, ob dieses sozusagen automatische Festhalten an Identitäten nach dem Motto „Augen zu und durch" der feministischen Bewegung nicht derzeit das Genick bricht. Und ich erlaube mir die Frage, ob nicht die feministische Identitätsbildung, so wichtig sie auch sein mag, *in ihrer praktizierten Form* bereits bei ihrer Entstehung ein entscheidender eingebauter Stolperstein für die Zukunft war.

Wie dem auch sei, bleibt für mich festzuhalten, daß eine Identität, die einzig und allein dazu dient, sich als gute/r Revolutionär/in von anderen abzugrenzen, anstatt gesellschaftlich relevante Alternatividentitäten zu entwickeln, absolut überflüssig und nicht erhaltenswert ist.

VI. Was ist wohl der erste Schritt?

Diejenigen, die mir bis hierhin noch folgen mochten, werden nun aber immer noch sagen können, daß z.B. das Benehmen vieler Männer in der „Szene" eine Zusammenarbeit einfach unerträglich macht, mal ganz zu schweigen von den haarsträubenden Inhalten so mancher Gruppierung. Außerdem, daß all das Rumnörgeln ja nichts bringt, solange es keine schlüssigen Alternativkonzepte gibt. Die Identität einfach so wegwerfen, ohne eine kuschelige neue entworfen zu haben? Den zweiten Schritt vor dem ersten machen?

Klingt durchaus vernünftig. Fragt sich aber, ob die Radikale Linke sich solche Überlegungen im jetzigen Stadium überhaupt noch leisten kann. In einer historisch bedeutsamen, weltweiten Umbruchphase, in der die Herrschenden sich ökonomisch und vor allem politisch völlig neu positionieren; Einer Phase, deren verheerende gesellschaftliche Auswirkungen, sich heute selbst in unseren kühnsten Alpträumen kaum abschätzen lassen; in einer Zeit, wo die Umverteilung von unten nach oben fulminant voranschreitet und ganze Bevölkerungsschichten kurzerhand aus der Gesellschaft rausgekickt werden oder gar nicht erst hineinkommen, können es sich wahrlich nur die akademischen, deutschen, radikalen Linken leisten, zehn Jahre lang über den Sinn und das Ziel ihres Handelns nachzugrübeln, sich untereinander abzugrenzen und zu spalten und über den deutschen Mob zu schimpfen. Denn sie sind es ja nicht, die dabei über die Klinge springen. Die Befriedungsstrategen haben das im Gegensatz zu uns auch sehr schnell begriffen. Denn gemessen am heutigen Kräfteverhältnis fassen sie die „Szene" geradezu mit Samthandschuhen an. Was hier geschieht ist letztendlich nichts anderes, als das subtile Aufkaufen eine ehemals nervigen Opposition, mittels Spielräumen, Freiräumen und allem was im modernen Deutschland so dazugehört. Und die „Szene" läßt sich - natürlich föllig unbewußt - einkaufen und stiehlt sich heimlich aus ihrer historisch-politischen Verantwortung.

Dabei erfüllen die eigenen Identitäten einzig und allein den Zweck der Legitimierung dieses Prozesses. Schlimmer noch. Sie verhindern nämlich auch, das Entstehen eines Umdenkensprozesses. Sie dienen der Zementierung eines Status quo, der mit dem Titel dieses Blättchens „Interim"(Zwischenlösung) sehr treffend beschrieben ist. Dabei trifft der Begriff „radikal" höchstens noch im physikalisch-technischen Sinne zu: in dem der Aufspaltung in viele Radikale. So betrachtet dient die linksradikale Identität nicht mehr dem Voranbringen der Revolution, sondern immer mehr ihrer Verhinderung durch die konsequente Blockade neuer Perspektiven.

Deshalb halte ich die Zerschlagung dieser Identität über Abgrenzungen für den *allerersten* Schritt, den die Radikale Linke tun muß, um der Bedeutungslosigkeit zu entrinnen.

Es ist erschreckend sich die Frage stellen zu müssen, wie lange sie damit noch hadern wird. Einer der größten Vollidioten der linksradikalen deutschen Geschichte, Ernst Thälmann und seine KPD-Führung, ignorierte einen wichtigen gesellschaftlichen Umbruch so lange, bis die Linke komplett zerschlagen war. Es ist zu hoffen, daß es diesmal nicht auf andere Weise ähnlich weit kommen wird.

VII. Identitätspolitik als Reflexhandlung

Derzeit übt sich die Radikale Linke jedenfalls noch in Selbstgefälligkeit. Jeder verzweifelte Versuch, den autonomen Mainstream zu durchbrechen wird quasi automatisch wahlweise diskreditiert oder ignoriert.

So kann mensch die AABO-Gruppen zwar berechtigterweise an vielen Punkten kritisieren. Diese haben im Gegensatz zu den meisten ihrer KritikerInnen aber immerhin begriffen, daß Jugendarbeit, Bündnisarbeit und effektive Kommunikationsstrukturen lebensnotwendige Bestandteile einer politischen Bewegung sind. Und, daß Agitationsmaterial sich in Sprache und Form an den Gegebenheiten einer Mediengesellschaft orientieren muß. Mit dem Argument, daß ihr Politikansatz ewig gestrig sei und zudem Stalinisten mit am Werke sind, wird jede produktive Auseinandersetzung aber schon mal präventiv vermieden. Im Grunde ist es dann auch egal, wenn die Unglücklichen in der letzten Interim verkünden, daß deren Produkte im Infoladen „Daneben" nicht erhältlich sind. Da kommt sowieso niemand hin, der angesprochen werden könnte.

Da wird eine Formation wie „Fels"(=„Für eine linke Strömung"), die sich schon vor zehn Jahren mit konstruktiver und harter Kritik aus dem autonomen Sumpf verabschiedet hatte zum Mauerblümchen der „Szene" degradiert. Je nach Bedarf werden sie mit ihren politischen Aktionen förmlich im Regen stehen gelassen, oder zum Vorzeigen, daß da ja auch welche was anderes versuchen, instrumentalisiert. Und wenn die von „Fels" publizierte Zeitschrift „Arranca!" mal nicht das schreibt, was die Szene als ihre revolutionäre Erkenntnis propagiert, dann wird sie eben einfach wegzensiert. Nur eines darf mensch sich niemals eingestehen: Das diese Leute meistens schlicht und ergreifend recht hatten und haben. Und, daß diese „Szene" von ihnen bis zum Abwinken lernen könnte.

Außerdem sind dann da noch solche AbweichlerInnen wie die „Unglücklichen", die es doch tatsächlich wagen, die Identitätspolitik dieser Szene anzugreifen. Und dann auch noch an ihrer heiligsten Kuh, der Geschlechterfrage. So streitbar dieser Ansatz auch sein mag, so wenig zufällig ist er. Weil er da nachhakt, wo Fragen am wenigsten erlaubt sind. Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, werden sie je nach Laune ignoriert, zensiert oder diskreditiert. Da wird die Kritik am Identitätsfeminismus zum Angriff auf „den Feminismus"(die Mutlosen). Da eröffnen diverse AutorInnen (Ida F.; Lesberich) doch tatsächlich einen Machtkampf gegen den antifeministischen Rollback in der linken Szene. „Für das Gute - Gegen das Böse"(Kermit). Treffender hätten die Unglücklichen in ihrer Paranoia gar nicht bestätigt werden können. Die Tatsache, daß es ihnen eigentlich um Zensur ging, und daß die Frauen/Lesben es waren, die zuerst der anderen (gemischten) Fraktion in ihre eigenen Debatten reingeredet hatten, spielt so natürlich keine Rolle mehr.

Bei all dem passiert nur eines nicht: Daß die guten RevolutionärInnen mal über ihre Rolle und ihre eigenen Politikformen nachdenken. *Mauern* ist der übriggebliebene Sinn der tollen linksradikalen Identität. All diese Manöver haben nämlich offenkundig eines nicht im Sinn: Sich einer konstruktiven Diskussion zu stellen. Denn das hat die Radikale Linke ja nicht nötig. Es ist sowieso alles klar: Wir haben keine Chance, also lassen wir es gleich!

VIII. Gegen das Gute - Für das Nachdenken

Als Alternative fände ich es an der Zeit, einen Diskussionsprozess zwischen den verschiedenen Fraktionen der „Szene" voranzutreiben, welcher sich sowohl um die Entwicklung neuer Politikformen und Strategien, als auch um die Frage nach Sinn und Zweck neuer, zeitgemäßer Identitäten drehen müßte (und das Letztere werden die Frauen/Lesben wohl für sich alleine machen wollen). Die Konstituierung einer neuen Radikalen Linken ist, angesichts der gesellschaftlichen Lage jedenfalls seit Jahren überfällig. Und für einen irgendwie gedachten Avantgardeanspruch wäre dies wohl das mindeste.

Dazu würde ich es allerdings für notwendig halten, daß die Suche nach dem postrevolutionären guten Menschen und

die Diskussion darüber, wie diese Spezies innerhalb ihrer Freiräume, sozusagen prärevolutionär, entstehen kann ein wenig zurückgestellt wird. Genauso wie die Frage danach, wie jene, die dafür nicht die notwendigen Sozialisationsvoraussetzungen(oder gar das falsche Geschlecht?) mitbringen am schnellsten zu beseitigen sind. Nichts gegen persönliche Veränderung und Kritik. Die sind auch Bestandteil eines revolutionären Prozesses. Die Gewichtung im derzeitigen Politikverständniss scheint mir nur verdammt verschoben.
Außerdem würde das voraussetzen, daß alle Beteiligten sich klarmachen, daß „die Anderen", an die sie sich wenden, vielleicht nicht dieselben Diskussionsprozesse und Entwicklungen durchgemacht haben wie mann/frau selbst. Das bedeutet nämlich, daß eben alles noch mal von vorne haarklein und allgemein verständlich erklärt werden muß. Und zwar immer wieder. Zumindest dann, wenn wir davon ausgehen, daß sich auch ab und zu mal wer neues in diesen Sumpf verirrt. Das ist zwar obernervig und wird, je länger mensch dabei ist, zunehmend anstrengender. Es hat aber, wie ich finde, auch was mit revolutionärem Bewußtsein zu tun.
Desweiteren fände ich es zwingend notwendig, daß die „Szene" ein Bewußtsein dafür entwickelt, wie mensch mit Zensur umgehen sollte. Von denjenigen, die Zensur bei internen Diskussionsprozessen für angebracht halten erwarte ich schärfstens (auch wenn ich das hier nun schon zum dritten mal runterleiere), daß diese inhaltlich nachvollziehbar, sprachlich verständlich, detailliert begründet *und* zur offenen Diskussion gestellt wird.

Sollte die Radikale Linke sich auf diese Weise weitergehend von ihrer unbeschreiblichen Arroganz und Selbstgefälligkeit befreit haben, dann wäre vielleicht genug Raum für eine gemeinsame Studie des Jahrhunderte alten kleinen Einmaleins der revolutionären Strategie und Taktik (nachzulesen in jedem besseren Geschichtsbuch).
Dabei könnte mensch zum Beispiel zur Kenntnis nehmen, daß gute, geschickte Propaganda und Agitation Grundvoraussetzung für ein verändertes Bewußtsein der so gern zitierten, aber ungern gesprochenen „deutschen spießigen Masse" ist, und das es ohne diese keine Revolution geben wird. Daß mensch dabei zwangsläufig auf Leute trifft, die überhaupt nicht unserer Meinung sind, und diese vielleicht manchmal gar nicht zuhören wollen, ist nur logisch. Und wie ernst die zuhören hängt auch damit zusammen wie ernst mensch sie selber nimmt. Das macht natürlich keinen Spaß. Revolutionäre Arbeit war aber auch noch nie ein Zuckerschlecken. Andere Leute an anderen Orten der Welt gehen dafür sogar das Risiko ein erschossen oder gefoltert zu werden.
Es könnte zum Beispiel begriffen werden, daß verbindliche, kontinuierliche und effektive Kommunikationsstrukturen zwischen einzelnen Gruppen oder Individuen notwendig sind, wenn ein starker Gegner bekämpft werden soll. Der hat sowas nämlich.
Fast schon historisch wäre die Erkenntnis, daß auch eine Radikale Linke in einer defensiven politischen Situation Bündnisse schließen muß, um bestehen zu können. Dabei ist weniger von Bedeutung, was die Bündnispartner unterscheidet, sondern was sie verbindet und was gemeinsam erreichbar ist. Bewußt sollte einem dabei auch sein, daß in einem Bündnis normalerweise nicht die Maximalforderung durchsetzbar ist.
Auch nicht ohne wäre, nach 30 Jahren linksradikaler BRD-Geschichte mal festzustellen, daß der Weg zu einer Revolution langwierig, mühselig und steinig ist. Noch keine gesellschaftliche Veränderung ist bisher über Nacht gekommen. Vorher hatten immer sehr viele Menschen jahrzehntelange Aufbauarbeit betrieben. Die Mühen der Ebene bringen natürlich meist keinen Platz in den Geschichtsbüchern, und machen auch weit weniger Spaß als das Abfackeln von Bullenwachen.
Und unter ganz großer Anstrengung kann ja auch mal darüber nachgedacht werden, ob die bösen reformistischen Forderungen, die nicht sofort das ganze System plattmachen, nicht auch Etappensiege auf dem Weg zur großen Umwälzung darstellen könnten.

Festzuhalten bleibt, daß die Geschichte der Autonomen mit all ihren Nachwehen längst zu ende ist. Bekanntlich steht am Ende einer Geschichte immer auch der Anfang einer neuen Geschichte. Diejenigen, die sich durch beharrliches Festhalten an überkommenen Identitäten gegen einen neue Radikale Linke stellen, behindern nicht nur ihre Entwicklung, und riskieren das Scheitern derselben. Und sie sollten auch aufpassen, daß sie sich im postmodernen Deutschland nicht eines Tages auf der falschen Seite der Barrikade wiederfinden. Denn die Geschichte läuft auch ohne sie weiter. Und irgendwann machen die vielzitierten „Massen" ihre Revolten ganz von selbst - fragt sich nur wohin das führt.

Fliegenpilz

FrauenLesbenMädchen gegen Gewalt gegen FrauenLesbenMädchen

Auf zur Walpurgisnacht 1998 !!!

Aber vorher...

Auf zur Walpurgisnacht-Demo-Vorbereitung !!!

Wir wollen auch dieses Jahr wieder eine

schöne
wilde
politische
starke
aufregende
autonome
bulettenfreie

FrauenLesbenMädchen-Demo zum 30.4. haben.
Kommt und organisiert sie mit uns !

Und zwar:

Donnerstags
18 Uhr

Feministisches Lesbenreferat
autonom im AStA TU

AStA-Villa 3.Stock (Treppe/Aufzug)
Marchstr. 6
U-Bhf. Ernst-Reuter-Platz
314-27701

GEGEN GEWALT GEGEN INTERSEXUELLE!!!

21.02.1998

11:00 Uhr Kundgebung vor dem Charité-Hochhaus
Philippstraße/ Ecke Luisenstraße
U-Bhf. Oranienburger Tor (U6), Bus 140

17:00 Uhr Pressekonferenz und
18:00 Uhr Infoveranstaltung
im Senatssaal der Humboldt-Universität
Hauptgebäude der HUB, Unter den Linden 6

Wir sind
ein Bündnis von FeministInnen, Intersexuellen, Lesben, MenschenrechtlerInnen, Schwulen, Transsexuellen und Transgender-Personen

Mit dieser Kundgebung solidarisieren sich

Sonntags-Club e.V., Berlin, (030) 449 75 90
FFGZ Feministisches Frauengesundheitszentrum, Berlin, (030) 213 95 97
LaBAS Landesverband der Berl. Aids Selbsthilfegruppen, Berlin, (030) 31 50 46 80
Mutvilla lesbisch-schwule Interessenvertretung an der HU, Berlin
QUEERSTUDIEN beim Institut für Kulturwissenschaft der HU, Berlin
Spinnboden e.V. Lesbenarchiv, Berlin, (030) 448 58 48
AGGPG AG gegen Gewalt in der Pädiatrie und Gynäkologie, Bremen, (0421) 376 29 05
Lobby für Menschenrechte e.V. Metzingen, (07123) 60 655

BESETZERiNNEN-CAFE
MONTAGS in'ner KÖPI
(18-21 Uhr/20 Uhr Voku)

FREIRAUM DURCH BESETZUNG !

Wir laden alle interessierten Menschen ein, sich am B-CAFE zu beteiligen. Das B-CAFE soll politischen Gruppen und Einzelnen, die zum Thema arbeiten wollen, als Arbeitsraum, Treffpunkt und Forum dienen. Wenn Ihr Interesse habt auch mal zu kochen (vegan/vegetarisch), zu putzen, Tresen zu machen und/oder eine Veranstaltung zu organisieren, meldet Euch Montags im B-CAFE.

Häusermob

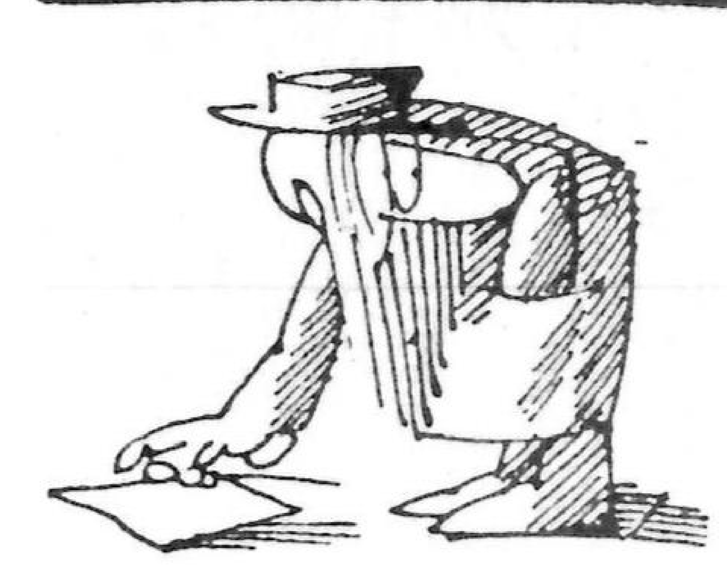
FÜR EINE BREITE KAMPAGNE „WEG MIT DEM PRINZIP SCHÖNBOHM" !!!!!!!!!!!!

FORDERN WIR DEN RÜCKTRITT DES INNENSENATORS JÖRG SCHÖNBOHM !

HEUTE IST NICHT ALLE TAGE,
WIR KOMMEN WIEDER, KEINE FRAGE !

WIR KÖNNEN AUCH ANDERS...

do, 19.2., 19.00
Militarisierung, Repression und Massakerpolitik
Veranstaltung zur Situation in Mexiko +
Eröffnung einer Fotoausstellung zum Thema
Dario Azzelini, Boris Kanzleiter



Zielona Góra
Grünbergerstr. 73
F´hain

EX

Wir haben wieder geöffnet! :
Montags ab 18.00 Uhr
Dienstags bis Freitags schon ab 12.00 Uhr
Samstags je nach Veranstaltung
Und jeden ersten und fünften Sonntag ist Lesbisch Schwuler Tag ab 15.00 Uhr.
Jeden zweiten und vierten Sonntag ist Frauen Lesben Tag ab 12.00 Uhr
(am 22.2. erstmals, aber erst ab 18.00 Uhr)

Im neuen EX gibt es für Veranstaltungs- und Partyanfragen
Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr Sprechstunde.
Anfragen für den Lauti sind Freitags von 19.00 bis 20.00 Uhr möglich.
Es werden noch Gruppen gesucht die Lust haben mitzumachen.

Do. 19.2. 19.30h **„Frauengefängnis Barnimstraße - Zeitzeuginnen berichten über ihre Haft 1933 bis 1945“** - Dok.film 1996, 34'; anschl. Gespräch mit Alice Michelson (ehemalige Insassin) und Claudia v. Gélieu (Autorin des gleichnamigen Buches)

Galerie OLGA BENARIO, Weserstr. 5, 12047 Berlin (Nähe Hermannplatz), Eingang Restaurant „Orlando“, Tel. 6241767;

Baskische Foto- und Plakatausstellung

in der
Nikodemus - Kirche
Nansenstr.12 (Neukölln)
(Nähe U-Bhf. Hermannplatz)
vom 8.Februar bis 3.März 1998
Freitag, Samstag, Sonntag, Montag
(außer 22.und 23.Februar)
und Dienstag, 3.März
jeweils 15 bis 19 Uhr

Veranstaltungen
jeweils 19 Uhr
Freitag 20.Februar
„Euskadi - Terror ohne Ende“
Film 1984, 92 Min.

21.2.98 22[00]

EX

Eröffnungs-PARTY

Mehringhof
Gneisenaustr. 2a Xberg

Samstag, 21.2.1998
CAFÉ☆ GRÖßENWAHN
immer samstags, Eintritt frei
15.30 - 20.00 Uhr: Kaffee und Kuchen
17.00 Uhr: Film
Butterfly Kiss
GB 1994
Roadmovie über/mit zwei extrem gegensätzlichen Frauen: Miriam ist eine graue Maus, Emice schwer psychopathisch und eine Serienkillerin.
Kinzigstr. 9 HH

LIVE MUSIK
GRUPPE :PRACHT
DJ
ESSEN & TRINKEN
21.02.1998
AB: 20.00 UHR
EINTRITT: 5 DM
Ⓐ6 ADALBERT-STR.6
KREUZBERG



Di. 24.02. Vortrag **Subversion und Gemeinschaft** 20.00 Uhr
Info- und Diskussionsveranstaltung
Zwei Begriffe die ein emeuter Veruch sind, das Ziel des freiheitlichen Sozialismus zu erreichen. Anhand des obigen Buchtitels von dem Autor H. Thielen werden folgende Themen besprochen: Utopiefeindlichkeit, der technische Fortschritt, die Rolle der Sozialdemokraten und das Versagen des Realsozialismus.

EL LOCCO
KREUZBERGSTR. 43
1000 BERLIN 61



Dienstag, 24.2.98
Eintrittsspende 4 mark
20.00 Uhr: Film

Kinzigstr. 9 HH
10247 Berlin

Kummer und Vergebung
Regie: Marcel Ophüls, F. 1969, 240 min.
Dokumentation über Kollaboration und Resistance in der Auvergne.

Do. 26.2. 19.30h „Gegen das Verschwindenlassen in der Türkei" - Informationsveranstaltung des Samstagsmütter-Komitee Berlin

Galerie OLGA BENARIO, Weserstr. 5, 12047 Berlin (Nähe Hermannplatz), Eingang Restaurant „Orlando", Tel. 6241767;

do, 26. 2., 19.00
Veranstaltung zur Gewerkschaftsbewegung in Südkorea (AG Internationale Solidarität)
grünberger straße 73 berlin-friedrichshain

Do. 26.02. Video **„ Die Wespen"**, BRD 1996, 90 min, Regie: Teodora Ansaldo und Julia Kunert, Dokumentarfilm 20.00 Uhr
Mit Humor und Betroffenheit erzählen Frauen ausHalle, wie die Staatssicherheit das Tagebuch ihrer Frauengruppe schrieb. Ihre Aktionen als „Frauen für den Frieden" machte die Stasi zum Zentralen Operativen Vorgang „Die Wespen". Für die Frauen hieß das Verfolgung, Demütigung, Knast und Eingriff in ihr persönliches Leben. Die Frauen erzählen vor der Kamera von der Überwindung ihrer Ängste, iher Solidarität und der Freundschaft, die in jenen Jahren wuchs. Ihr couragiertes Engagement in vergangenen Zeiten bestimmt ihre Lebenswege im vereinigten Deutschland.
Ein Film mit: Heidi Bohley, Katrin Eigenfeld, Christine Günther, Luise Kinzel, Brunhild Köhler, Helga Peschke, Sabine Wolff.

EL LOCCO
KREUZBERGSTR. 43
1000 BERLIN 61



Freitag 27.2.1998
Freitagskino im Größenwahn
Eintrittsspende 4 mark
20.00 Uhr: Film
Sag keinem wer du bist
Regie: Ingrid Strobl, D 1995, 2 x 30 min.
Ein Film über jüdische Kinder in Belgien, die die Nazizeit als „versteckte Kinder" überlebten.

Freitag 27.Februar 19 Uhr
„Von Franco bis Gonzales"
Folteropfer und Angehörige der 600 politischen Gefangenen berichten, Film 1990, 35 Min.
und
„Schmutziger Krieg und Terror gegen baskische Jugend"
Zeugenaussagen über den Krieg gegen die politische Jugendbewegung in Euskadi, Film 1990, 30 Min.,
anschließend Gespräch mit Vertreter vom Solidaritätskomitee „Benjamin Ramos Vega"

in der Nikodemus - Kirche
Nansenstr.12 (Neukölln)
(Nähe U-Bhf. Hermannplatz)

Fr. 27.02.Theater **„Todestrauer der tollen Tussi"** 21.00 Uhr
„La guèrre de l'amour"
Amauröses Bühnendrama in 5 Aufzügen mit ziemlich dramatischen und lyrischen Gesängen und einigen Todesfällen. s.o.

Sa. 28.02.Theater **„Todestrauer der tollen Tussi"** 21.00 Uhr
„La guèrre de l'amour"

El Locco, Kreuzbergstr. 43,

---

sa, 28. 2., 19.00
New Age und Linke
Veranstaltung mit LEVANTI
grünberger straße 73

CAFÉ☆ GRÖßENWAHN
immer samstags, Eintritt frei
15.30 - 20.00 Uhr: Kaffee und Kuchen
17.00 Uhr: Film
Fräulein Smilla`s Gespür für Schnee
D 1996, 120 min.
Die Geschichte der Eisforscherin Smilla, die durch den Tod eines Nachbarjungen den miesen Machenschaften eines großen Konzerns auf die Spur kommt.

Kinzigstr. 9 HH 10247 Berlin

Samstag, 28.2.1998
20.30 Uhr: Film
Sans papiers
Dokumentarfilm über die Situation von illegalen Flüchtlingsfrauen in Frankreich. Mit Interviews von Frauen, die sich gegen die französische Asylpolitik organisiert haben.

März- Termine



Montag, 02.03.98 19.30 Uhr
Dienstag, 03.03.98 19.30 Uhr

Das Weißbecker-Haus als Teil der linken Bewegung in Westberlin

Ton- Dia- Show mit ZeitzeugInnen an zwei Abenden

Hier soll ein Teil des nichtstudentischen Aufbruches der 60-er Jahre am Beispiel des Hauses und der Bewegung, aus der heraus ein solches Projekt entstehen konnte, erzählt werden. Diese Veranstaltung zeigt einen Teil der Geschichte aus unserer Sicht und derer, die sie mitbestimmt haben. Wir haben daher ZeitzeugInnen zu diesen beiden Veranstaltungen eingeladen.

Mittwoch, 04.03.98 19.30 Uhr

Film "Bambule" von Ulrike Meinhof

Dieser Film dokumentiert die Situation im Berliner Mädchenheim Ollenhauerstraße Ende der 60-Jahre und die Zeit des Aus- bzw. Aufbruchs.Die Uraufführung des Films 1970 fand nicht statt.Der Film wurde politisch zensiert.Nach der geglückten Befreiung von Andreas Baader im Mai 1970 , als erster militanter Aktion der RAF, wurde Ulrike Meinhof ,bekannte Journalistin und Autorin des Films als Teil der Gruppe von der Staatsmacht zur Unperson erklärt.Erst fast 25 Jahre später, nach dem Fall der Mauer, kam es zur Ausstrahlung des Filmes.Der Film ist ein Dokument der Zeitgeschichte, bekommt aber in der aktuellen Diskussion um die Wiedereinführung geschlossener Heime für nicht angepaßte Jugendliche eine erneute Aktualität.Auch bei dieser Veranstaltung werden ZeitzeugInen zu Wort kommen.

Donnerstag, 05.03.98 19.30 Uhr

TreberInnen-Bewegung und Straßenkids heute. Staatliche Angebote und/oder selbstbestimmte Lebensräume?

Diese Veranstaltung befaßt sich mit der Geschichte der TreberInnenbewegung und der Situation von Straßenkids heute.Wir wollen deutlich machen, daß sich die Situation von TreberInnen heute nicht wesentlich verändert hat. Im Gegenteil , ehemals erkämpfte Freiräume werden systematisch wieder zurückgedrängt.Wir zeigen einen Filmbeitrag zum Thema , es gibt Wortbeiträge bzw . Interviews von Betroffenen und eine hoffentlich rege Diskussion mit den Eingeladenen.

Wilhelmstr. 9
10963 Berlin- Kreuzberg
Tel.: 2512943, 2518539
U- Bhf. Hallesches Tor



VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN:

Mit dem Ohr an der Masse feiert die BRD den 50. Geburtstag ihres Grundgesetzes:



LAUSCHANGRIFF!

Gesicherte Demokratie oder gelockerte Dikatur?

Vortrag und Diskussion über den allseitig entwickelten Kapitalismus und seine politischen Formen.
am Montag, dem 2.3.1998
um 19.00 Uhr
im A-Laden, Rathenower Str.22 (Berlin Moabit)
U-Bhf. Birkenstr., Bus 187, 341

Sonntag, 01.03.98 ab 16.00 Uhr

Tag Der offenen Tür Im TWH

Ausstellungseröffnung "25Jahre TWH"
Kaffee und Kuchen
Kleines kulturelles Programm mit Überraschungen



Frauen Lesben Fest , mit Programm: zum 8. März
Internationaler Frauenkampftag,
Sa: 7. März 98 - ab 20,00 Uhr
im **SO 36, Oranienstr. 190**



SO: 8. März - Frauentag im EX, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a - ab 12,00 Uhr.

Montag 2.März
„Standpunkt der Basken"
Film 1996, 89 Min.

19 h

Dienstag 3.März
„... ein voller Erfolg der Luftwaffe"
Dokfilm von Klaus Figge und Walter Bittermann, 1977, 45 Min
und
„Die Reise nach Spanien - Gernika und 60 Jahre Verdrängung"
Dokfilm von Gisela Ellenberg, 1997, 45 Min.

in der
Nikodemus - Kirche
Nansenstr.12 (Neukölln)
(Nähe U-Bhf. Hermannplatz)

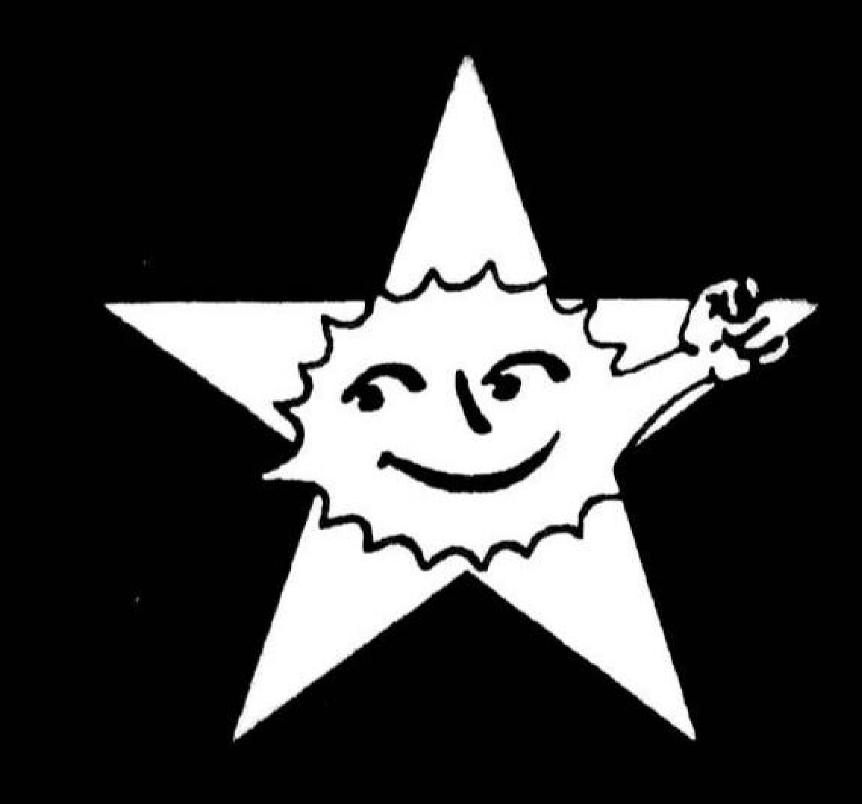
Anti-Atom Info& Aktionswochen

2.3. um 20h Internationale Vernetzung von Widerstand, wahrsch. mit Francis aus dem Wendland,im Bandito Rosso,Lottumstr.10a

5.3. um 20h das Komitee für Grundrechte und Demokratie berichtet über deren Beobachtungen bei den letzten Transporten,im Krähenfuß,Unter den Linden 6

Anti-Atom-Plenum,Kurfürstenstr.14,10785 Berlin
Tel. 2616252 Fax 030/2619812

ANTI ATOM-PLENUM proudly presents:



Anti Castor Party

Bands:

Die Schnitter

Roving Bottles (Roter Folk)

Ausserdem: Disco, Vokü, Coktails...

27.2.

KÖPI 137

ab 21^{00} Uhr